



Jahresbericht 2004

III. Wahlperiode



KAV - Kommunale Ausländer-
und Ausländerinnenvertretung
der Stadt Frankfurt am Main

Jahresbericht 2004

III. Wahlperiode

Herausgegeben von:
Stadt Frankfurt am Main
Geschäftsstelle der KAV
Walter-Kolb-Str. 9 – 11
60594 Frankfurt am Main

Tel.: 069-212-37765
Fax: 069-212-34627
Email: info.kav@stadt-frankfurt.de

www.kav-frankfurt.de

Redaktion: Dorothea Chabba, Thomas Usleber
Layout: Com-Des [Communication & Design]
Tel.: 0611 - 609 93 82
www.com-des.de
Druck: Druckerei Ebenhoch
Niedernhausen

April 2005

Bestellungen über die Geschäftsstelle der KAV

Inhalt

- I. Vorwort des Vorsitzenden
- II. 2004 – Im Focus der KAV
- III. Ausländerbeiratswahlen 2005
- IV. Die Sitzungen 2004
- V. Chronologie
- VI. Öffentlichkeitsarbeit
- VII. Die Veranstaltungen der KAV 2004
 - Veranstaltungen
 - Gäste in den Plenarsitzungen 2004
- VIII. Ausländische Bevölkerung in Frankfurt am Main nach Zahlen
- IX. Sitzungstermine 2005

Vorwort des Vorsitzenden

Liebe Leserin, lieber Leser,



der Jahresbericht, den Sie in den Händen halten, ist ein Resümee des Jahres 2004. In ihm sind alle Schwerpunkte enthalten, mit denen sich die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) im letzten Jahr beschäftigt hat.

Erlauben Sie mir aber trotzdem gleich am Anfang einen Ausblick auf das aktuelle Jahr 2005. Das Jahr 2005 wird für die Ausländerbeiräte Hessens, und deshalb auch für uns, den Ausländerbeirat der Stadt Frankfurt, ein sehr wichtiges Jahr werden. In diesem Jahr werden Ausländerbeiratswahlen stattfinden.

Vor vier Jahren, 2001, gab es eine schwere Wahlniederlage, nicht für eine einzelne Liste, sondern für den gesamten Ausländerbeirat: Die Wahlbeteiligung ist in Frankfurt unter die 5%-Grenze gesunken, hessenweit lag sie bei nur 7,6 Prozent. Da gibt es nichts schön zu reden und da gibt es kaum Entschuldigungen: Ein solches Debakel darf sich nicht wiederholen.

Wir haben uns selbstverständlich mit den Ursachen befasst und Sie können in einem besonderen Kapitel dieses Berichtes mehr darüber lesen.

Ursachenforschung ist jedoch nur ein Teil, nur der Anfang der Problemlösung. Für die KAV stand von Anfang an fest: Wir müssen arbeiten, wir müssen unsere Anstrengungen nicht nur verdoppeln, sondern verdreifachen, vervierfachen. Wir müssen neue Wege finden, die ausländische Bevölkerung zu erreichen, wir müssen der ausländischen Bevölkerung begreiflich machen, wie wichtig dieses Gremium für sie ist.

Wenn Sie, liebe Leserin, lieber Leser, unsere letzten Jahresberichte zur Hand nehmen und die Inhalte vergleichen, wenn Sie die Presse konsultieren, aber auch wenn Sie sich bei der ausländischen Bevölkerung, bei den Vereinen, wenn Sie sich bei den Politikern erkundigen, dann werden Sie feststellen, dass unsere Bemühungen schon erfolgreich waren: Das Image der KAV hat sich gewandelt. Sie ist bekannter und geschätzter geworden.

Nicht zuletzt hat dazu auch die Herausgabe einer eigenen Zeitung beigetragen. Seit Erscheinen dieses Blattes im November 2004 hören wir sehr viele und vor allem nur positive Kommentare.


Wir werden uns auf diesem Stand nicht ausruhen – im Gegenteil: Wir betrachten diesen kleinen Erfolg lediglich als einen ersten Schritt auf dem Weg zu dem Ziel, das wir uns setzen: die KAV soll eine Vertretung der ausländischen Bevölkerung der Stadt Frankfurt sein, die sowohl von dieser Bevölkerung als auch von den politischen Gremien der Stadt vollkommen als Vertretung der Migranten anerkannt und in Anspruch genommen wird.

Dieses Recht haben wir bereits aufgrund der Hessischen Gemeindeordnung, es aber mit Leben zu füllen, bleibt dennoch unsere Aufgabe.

Der Jahresbericht 2004 informiert Sie vor allem über vier politische Erfolge der KAV, aber auch darüber, dass drei wichtige Ziele der KAV, der Erhalt von drei Schulen mit einem hohen Anteil an Migrantenkindern, nicht erreicht werden konnten. Dies ist bedauerlich – nicht wegen unserer politischen Arbeit, sondern deshalb weil die Betroffenen gerade zu der Gruppe gehören, die am meisten unserer Hilfe bedürfen: den Migrantenschülerinnen und –schülern. Manchmal sind politische Niederlagen leider doppelt traurig.

Wir werden weiter für die Migrantenkinder in den Frankfurter Schulen kämpfen. Die politisch Verantwortlichen werden irgendwann einsehen müssen, dass diese Kinder allein die Zukunft Frankfurts sein werden.

Wir schauen optimistisch auf das Jahr 2005 und ich möchte zum Schluss alle Migrantinnen und Migranten dieser Stadt aufrufen, sich an der Ausländerbeiratswahl im November zu beteiligen. Zeigen Sie durch Ihre Stimme, dass auch Sie nicht nur hier leben, sondern auch hier wählen wollen!



Hüseyin Sitki
Vorsitzender der KAV



2004 - Im Focus der KAV

Schule und Bildung: Frankfurt, quo vadis?

**Frankfurts
Schülerinnen
und Schüler sind
die schlechtesten
von ganz Hessen!**

Zu diesem Eindruck kommt man jedenfalls, wenn man sich den Vergleich der Abschlussarbeiten von Real- und Hauptschulen, welcher im Herbst letzten Jahres durchgeführt wurde, ansieht.

Und Hans-Rolf Eifert, der Leiter des Staatlichen Schulamtes, hatte auch sofort eine passende Erklärung parat: Die mangelnden Sprachkenntnisse der Migrantenkinder.

Das mag stimmen oder nicht.

Wenn es stimmt, dann fragen wir uns, warum die Stadt als Träger der Kindertagesstätten und warum das Land als Schulbildungsträger so wenig unternimmt, um eine Änderung der schlechten Bildungssituation herbeizuführen. Wir wissen nicht - und niemand weiß es! - ob die diversen Maßnahmen von Stadt und Land, die es bereits für Migrantenkinder gibt, überhaupt greifen. Eine gezielte Überprüfung findet nicht statt. Legt man die statistischen Zahlen zugrunde, dann scheinen die Maßnahmen ins Leere zu laufen:

An den Hauptschulen in Frankfurt am Main bleibt die Zahl der ausländischen Schüler nahezu unverändert hoch:

2000: 2030 - 60,3 %

2001: 2215 - 60,0 %

2002: 2229 - 60,0 %

2003: 2189 - 59,1 %

An den Gymnasien der Stadt ist ihre Zahl noch immer rapide rückläufig:

2000: 3854 - 19,8 %

2001: 3609 - 18,8 %

2002: 3170 - 18,2 %

2003: 3078 - 17,6 %

Und an den Sonderschulen für Lernhilfe steigt die Zahl der Migrantenkinder alarmierend:

2000: 606 - 56,5 %

2001: 621 - 58,5 %

2002: 642 - 59,5 %

2003: 670 - 59,6 %

Quelle für alle Zahlen:
Die statistischen
Jahrbücher der Stadt
Frankfurt am Main,
2001 - 2004

Es ist also nicht einmal eine Tendenz zur Stagnation feststellbar, geschweige denn zu einer Wende.

Wie will man so darlegen, in welcher Weise die schulischen Maßnahmen erfolgreich sind?

Es gibt bisher keine Übersicht über alle stattfindenden Programme. Und ein wichtiger Antrag der KAV, jährlich einen Schul-Integrationsbericht vorzulegen, der eben darüber Aufschluss geben soll, wurde von der Stadtverordnetenversammlung Anfang 2004 abgelehnt.

Wenn die obige Behauptung von Herrn Eifert allerdings nicht stimmt, dann muss es andere Ursachen geben, aber auch nach diesen wird nicht geforscht, sondern es wird sofort eine oberflächliche Erklärung aus dem Hut gezogen.

Die KAV hat nicht lange gefragt, ob die Behauptung nun stimmt oder nicht. Wir wollen nicht monatelang Zeit verlieren, in denen wir über Erklärungsansätze diskutieren. Zeit, die wir den Schülerinnen und Schülern Frankfurts stehlen, denn sie sind die Betroffenen der Bildungsmisere. Und besonders die Migrantenkinder sind betroffen wie die Statistiken über den Besuch der höheren Schulen und der erreichten Abschlüsse deutlich beweisen.

Weil man diesen Bildungsnotstand der Migrantenkinder weder umständlich nachweisen muss noch leugnen kann, hat die KAV immer größere Anstrengungen unternommen, dem Trend entgegen zu wirken.

Leider konnten wir nicht verhindern, dass die Stadtverordnetenversammlung das Aus von drei Schulen mit einem hohen Anteil an Migrantenkindern - der Elly-Heuss-Knapp-Schule, der Heinrich-von-Stephan-Schule und des Herder-Gymnasiums - im Jahr 2004 beschlossen, bzw. nicht verhindert hat. Zwar wurden jeweils andere Begründungen für die Schließungsabsichten angegeben, aber das ungute Gefühl, dass genau dieser hohe Anteil ausschlaggebend war, bleibt und es trat auch auf einer Anhörung, die die KAV zu Beginn des Jahres anberaumte, deutlich zu Tage.

Das äußerst wichtige Know-How, das an den beiden Berufsschulen



Foto: T. Usieber

Anhörung zu den geplanten Schließungen; Schüler überreichen dem Leiter des Staatlichen Schulamtes, Herrn Eifert die Gründe für den Erhalt der Elly-Heuss-Knapp Schule.

(Elly-Heuss-Knapp-Schule und Heinrich-von-Stephan-Schule) über Jahre hinweg erarbeitet wurde und das dort gebündelt besonders Migrantenjugendlichen zu Gute kam, geht nun unwiederbringlich verloren. Und dass ein hoher Migrantenanteil an einem Gymnasium - leider eine Seltenheit, nicht nur in Frankfurt - mehr als nur ein positiver Impuls hätte sein können, hat die Verantwortlichen ebenfalls kaum interessiert.

Nicht nur die KAV, auch Elternvertretungen, die Gewerkschaft GEW und einige kleinere Fraktionen im Stadtparlament haben unermüdlich für den Erhalt dieser Schulen gekämpft.

Wir mussten eine Niederlage einstecken - aber wir kämpfen weiter.

Viele weitere Hürden und viel unwegsames Gelände sind auf dem Weg zur Chancengerechtigkeit noch zu überwinden:

„nicht beschulbare“ Kinder Obwohl die Stadt uns keine Zahlen genannt hat, nehmen wir aufgrund von inoffiziellen Daten an, dass die Zahl der sogenannten „nicht beschulbaren“ Kinder und Jugendlichen zunimmt und ein großer Teil von ihnen über einen Migrationshintergrund verfügt.

Förderschulen Immer mehr Migrantenkinder werden auf die Förderschule für Lernhilfe überwiesen. Allein diese Tatsache sollte bereits hinterfragt und überprüft werden. Darüber hinaus aber möchten wir nun in Erfahrung bringen, ob an diesen Schulen wenigstens auch besondere Maßnahmen für Migrantenkinder laufen oder ob der Besuch der Förderschule eine Einbahnstraße darstellt, die geradewegs in die Sozialhilfe führt.

Diskriminierung und Rassismus Ein weiterer Schwerpunkt ist das Tabu-Thema „Diskriminierung und Rassismus in den Schulen“. Es wird selten zur Sprache gebracht. Eine detaillierte Untersuchung wäre mittlerweile mehr als notwendig. Diskriminierungen mindern die Leistungen der Migrantenschüler. Es gibt drei Arten: von Mitschülern, von Lehrern und drittens spricht Prof. Dr. Frank-Olaf Radtke auch von einer institutionellen Diskriminierung. Solange Diskriminierung nicht offen diskutiert wird, kann sie auch nicht bekämpft werden. Die KAV hat dazu einen Antrag an die agah, die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, gestellt, dass an Hessischen Schulen verstärkt das bereits mit zahlreichen Auszeichnungen gewürdigte Projekt „Schule ohne Rassismus“ eingeführt wird. Bisher sind von ca. 150 Schulen in Deutschland lediglich 6 hessische

Schulen daran beteiligt, davon liegt keine Einzige im Rhein-Main-Gebiet.

Das sind die Punkte, mit denen wir uns zur Zeit intensiv beschäftigen. Wie am Anfang erwähnt, ist die Zahl der Migrantenkinder an Gymnasien weiterhin rückläufig: Von 3854 Schülerinnen und Schülern im Jahr 2000 ist sie auf 3078 im Jahr 2003 gefallen. Das ist ein Minus von über 2 Prozentpunkten.

Es wäre also an der Zeit, dass es objektive Informationen über weiterführende Schulen für Eltern gibt, die es ihnen ermöglichen, eine möglichst optimale Entscheidung hinsichtlich der Wahl der Schulform für ihre Kinder zu finden.

Umso mehr hat es die KAV verwundert, dass das Amt für multikulturelle Angelegenheiten im Jahr 2004 drei Informationsfilme für ausländische Eltern herausgebracht hat, von denen einer den Eltern die „Gefahren“ aufzeigt, die entstehen können, wenn sie ihr Kind nach dem 4. Grundschuljahr auf ein Gymnasium anmelden. Der Film stellt die Vorteile aller weiterführenden Schulen, besonders der Haupt- und Gesamtschule heraus, nur nicht die des Gymnasiums. Hier werden für die Kinder negative Auswirkungen genannt. Angesichts der Tatsache, dass Prof. Dr. Radtke in seinem Buch „Institutionelle Diskriminierung“ deutlich sagt, dass Kinder, egal in welcher Schulform sie sich befinden, diese so gut wie immer auch meistern, ist die Empfehlung des Informationsfilms ausschließlich als schädlich anzusehen. Sie trägt darüber hinaus lediglich dazu bei, den schon bestehenden Trend zu verstärken. Migrantenkinder kommen häufig aus sozial schwachen Familien und alle internationalen Schulstudien in den letzten Jahren haben leider herausgestellt, dass die soziale Selektion in Deutschland am stärksten ist. Es muss nun darum gehen, dieser Tendenz entgegen zu wirken. Wir wollen weder, dass deutsche, noch ausländische Kinder aus sozial schwachen Familien die Unterschicht in Deutschland bleiben oder werden. Die Stadt Frankfurt am Main muss noch größere Anstrengungen unternehmen, um aus der Bildungsmisere heraus zu kommen. Sie hat die Verantwortung, sich beim Land Hessen dafür einzusetzen. Ausbildung ist eine Investition in die Zukunft. Frankfurt braucht qualifizierte Arbeitskräfte. Die Hälfte der Arbeitsplätze in unserer Stadt wird von Pendlern eingenommen, während immer mehr Frankfurter zu unqualifizierten Hartz-IV-Empfängern werden. Kann das wirklich unser Ziel sein?

Die KAV und die Presse

Im Jahr 2004 hat die KAV die Anzahl ihrer Pressemitteilungen verdoppelt. Das hat zu einer Steigerung der Medienpräsenz geführt. Trotzdem lässt die Anzahl der Erwähnungen der KAV stark zu wünschen übrig. Viele für Migranten wichtige Meldungen, viele wichtigen politischen Äußerungen blieben unveröffentlicht (Sie können die vollständigen Presseerklärungen in diesem Jahresbericht im Abschnitt 6 nachlesen).

Es mag sein, dass Themen, die Migranten betreffen, für die deutsche Presse keinen besonderen Stellenwert haben, aber wir sollten daran denken, dass mehr als ein Viertel der in Frankfurt lebenden Menschen Ausländer sind, eine auch für die Medien wichtige Zielgruppe. Andererseits sind Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen aber auch ein bedeutender Bestandteil des politischen Systems. Nicht nur, weil sie für die Leser eine Informationsquelle sind, auf deren Grundlage diese ihre politische Meinung bilden, sondern auch, weil sie eine ausgleichende und kontrollierende Funktion haben. Dadurch ist ihnen eine nicht zu unterschätzende Macht in die Hände gegeben.

Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung braucht die Medien genauso wie die Parteien und einzelne Politiker. Durch sie können wir unsere Meinungen verbreiten, durch sie können wir aber auch die Öffentlichkeit über Probleme und Missstände informieren. Durch Herstellung von Öffentlichkeit wiederum ist es oft leichter, auf Missstände hinzuweisen und diese dann zu beseitigen.

Wenn die Presse jedoch sehr wichtige Mitteilungen der KAV ignoriert, dann ist uns ein einflussreiches Mittel verwehrt, mit dem wir Veränderungen herbeiführen könnten.

Da die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung das wichtigste Mitsprachegremium der ausländischen Bevölkerung dieser Stadt ist, mussten wir uns also neue Wege ausdenken, um sowohl mit den Migranten in Kontakt zu bleiben, als auch, um ihnen eine Möglichkeit zu geben, mit uns in Kontakt zu treten und über die Arbeit der KAV informiert zu werden.

Neben den oben genannten Aspekten arbeitet die KAV noch immer daran, ihren Bekanntheitsgrad unter der ausländischen Bevölkerung zu erhöhen, zum einen natürlich, um ihre Aufgaben besser wahrnehmen zu können, zum anderen aber auch, um die Wahlbeteiligung an

den Ausländerbeiratswahlen zu erhöhen. Niedrige Wahlbeteiligungen werden immer wieder von allen Parteien mit mangelndem Interesse an diesem Gremium begründet und das wiederum liefert ihnen einen scheinbaren Beweis, dass der Ausländerbeirat keine Existenzberechtigung hat. Anstatt also den richtigen Weg zu gehen und die KAV zu unterstützen, bekannter zu werden, wird sie von manchen Politikern als bedeutungslos hingestellt.

So entsteht ein Teufelskreis: Denn je weniger die KAV von der Politik zur Kenntnis genommen wird, desto weniger ist sie in der Presse präsent, desto weniger wird sie wahrgenommen.

Wir haben in den letzten Jahren begonnen, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Wir haben mit den Vertretern vieler Parteien Gespräche geführt, haben zielgerichtete Anregungen gegeben, haben in Arbeitskreisen und Gremien mitgewirkt. Das alles ist nicht ohne Erfolg geblieben: die Stadtverordnetenversammlung hat im Jahr 2004 vier wichtigen KAV-Anträgen zugestimmt, wir waren Mitveranstalter der „Parade der Kulturen“ und wurden nicht nur von Frau Oberbürgermeisterin Petra Roth, sondern auch bei der Vorstellung unseres Jahresberichtes 2003 von Vertretern vieler Fraktionen für unsere Arbeit gelobt. Das alles ist uns ein Ansporn, in dieser Weise fortzufahren und weiterhin unsere Bemühungen darauf zu konzentrieren, noch mehr für die ausländische Bevölkerung zu erreichen.

Umso notwendiger wird nun eine gute Öffentlichkeitsarbeit für uns. Die Erfolge müssen auch bekannt werden. Darum hat die KAV nun ein eigene regelmäßig erscheinende Publikation herausgebracht: die KAV-Zeitung. Die KAV-Zeitung berichtet alle zwei Monate über die Arbeit der KAV, informiert die ausländischen, aber selbstverständlich auch die deutschen Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt über Themen, die für Migranten von Interesse sind, aber von der Presse oft nicht behandelt werden. Sie klärt auf, aber sie bezieht auch Stellung.

Die Zeitung soll nicht nur ein Bekanntmachungsorgan sein, sondern vielmehr eine Plattform für ausländische Mitbürger dieser Stadt mit uns, aber auch untereinander in Kontakt zu treten, Meinungen und Informationen austauschen zu können.

Obwohl sie noch neu ist, ist sie mittlerweile schon sehr beliebt. Täglich gehen zahlreiche Bekundungen von Leserinnen und Lesern ein, die die Zeitung nicht nur als gut, sondern auch als wichtig für die ausländische Bevölkerung in Frankfurt bezeichnen.

Städtische Ämter wie die Ausländerbehörde, das Amt für multikulturelle Angelegenheiten, die Bürgerberatung Römer und die Stadtbücherei waren sofort damit einverstanden, die Zeitung in ihren Warte- oder Informationsräumen auszulegen. Wir möchten uns an dieser Stelle ganz herzlich dafür bedanken. Mittlerweile legen auch viele Vereine und soziale Einrichtungen unsere KAV-Zeitung aus, so dass die Auflage von zur Zeit 5000 Exemplaren eine größtmögliche Zahl von Menschen erreichen kann. Darüber hinaus kann die Zeitung auch als pdf-Dokument auf unserer städtischen Homepage (www.kav-frankfurt.de) herunter geladen werden.

Unsere Anstrengungen gehen allerdings weiter. Noch im Frühjahr 2005 wird eine alternative Homepage - ebenfalls mit der Möglichkeit, untereinander und mit uns in Kontakt zu treten - online gehen: www.kav-frankfurt.de (mit Bindestrich statt mit Punkt nach „kav“)

**Integration
in Deutschland
- die Debatte ist
neu entbrannt**

Am Dienstag, dem 2. November, wurde der Regisseur und Publizist Theo van Gogh in Amsterdam ermordet. Der mutmassliche Täter marokkanischer Herkunft heftete dem Opfer Theo van Gogh mit dem Messer eine Anklage auf die Brust. Eine Woche später brannte in der ältesten Republik der Welt eine islamische Schule, Moscheen wurden beschmiert, es kam zu Übergriffen.

In den Niederlanden wurde die Frage nach einer verfehlten Politik laut. Das gerne als Musterbeispiel in Sachen Integration vorgeführte Land wurde sich der Grenzen seiner Einwanderungspolitik bewusst.

Nur wenige Tage später schwappte nicht nur diese Frage nach Deutschland über: In Sinsheim wird ein Brandanschlag auf eine Moschee verübt. Namhafte Politiker wie der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt lassen nun gefährliche Statements los.

Der Mord an einem Islamkritiker wie auch die danach erfolgten Übergriffe gegen islamische Einrichtungen erschüttern gleichermaßen die Öffentlichkeit. Was läuft falsch, wenn einmal die freie Meinungsäußerung radikal angegriffen wird und zum anderen nach der Tat eines Einzelnen sofort eine ganze Glaubensgruppe dafür verantwortlich gemacht und auch attackiert wird?

Eine Frage, mit der sich auch die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung in ihrer letzten Sitzung des Jahres 2004 beschäftigte. Besonders die Muslime in der KAV machten dabei deutlich, dass es hauptsächlich Mitglieder ihrer Glaubensgemeinschaft

sind, die unter der Debatte und auch unter der aufkommenden Angst der Deutschen zu leiden haben. Doch auch unter den Muslimen breitet sich angesichts der Anschläge zusehends Angst aus.

Wem nützt diese Angst?

Die Stadt Frankfurt am Main leistet viel auf dem Gebiet der Integration: Es gibt seit vielen Jahren ein Amt für multikulturelle Angelegenheiten und seit einigen Jahren ein eigenes Dezernat „Integration“. Hier wurden schon immer vielfältige Projekte, Informationsreihen, Beratungen, Vereinsförderungen, Deutschkurse und vieles mehr durchgeführt, die alle zum Ziel hatten, das Zusammenleben der Migranten und der Deutschen in der Stadt zu verbessern. Eine ganze Reihe dieser Programme wurde inzwischen von anderen Städten übernommen und auch ein „Amt für multikulturelle Angelegenheiten“ ist - vielfach unter einer anderen Bezeichnung - keine Seltenheit mehr in der Bundesrepublik Deutschland. Im Jahr 2003 hat die Stadt - auf Antrag der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) - als erste Stadt der Republik eine Antidiskriminierungsrichtlinie erlassen.

Dennoch muss die Frage erlaubt sein: Genügt das alles?

Diese Frage ist nicht in dem Sinn gemeint: „Kann man noch mehr tun?“, denn sicherlich können immer - sofern die finanziellen Mittel vorhanden sind - mehr Programme und Projekte durchgeführt werden. Diese Frage zielt vielmehr darauf ab: Waren die Zielsetzungen immer richtig?

Wenn Dr. Hüseyin Kurt, Öffentlichkeitsreferent der Merkez-Moschee (Frankfurter DITIB-Verein) und langjähriges Mitglied der KAV, nach Jahren der Zusammenarbeit mit städtischen Ämtern und nach Jahren der Bemühung um Integration nun plötzlich feststellt, dass die Akzeptanz von islamischen Organisationen unter der deutschen Bevölkerung rapide bergab geht, dann müssen sich nicht nur die Muslime, sondern alle Ausländer die gleiche Frage stellen, die Dr. Kurt auf der KAV-Sitzung äußerte: „Soll man daraus schließen, dass wir Ausländer unerwünscht sind?“

Die Frage stellt sich nicht ohne Grund, denn wie Blitze aus heiterem Himmel schossen Ende des Jahres Äußerungen namhafter Politiker in die Öffentlichkeit:

Unter anderem war es für den ehemaligen Bundeskanzler Schmidt (SPD) „ein Fehler, die Gastarbeiter ins Land zu holen.“ Und der bayrische Ministerpräsident Stoiber (CSU) hält die multikulturelle Gesellschaft für „kalt und gefährlich“.

Sie sollten wissen, welche Wellen solche gefährlichen Worte schlagen können. Menschen, die ihre Fremdenfeindlichkeit bisher nicht offen gezeigt haben, könnten sich nun aufgrund dieser Aussagen bestätigt fühlen und sich ihrerseits zu ähnlichen, vielleicht gar härteren Äußerungen hinreißen lassen.

Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung kommt zu der Feststellung, dass zumindest für eine Seite genügend Integrationsmaßnahmen stattgefunden haben: für die Seite der Migranten.

Es wird selbstverständlich immer Menschen geben, die nicht in oder von der Gesellschaft integriert werden, Deutsche wie Ausländer, aber von „Parallelgesellschaften“ kann zumindest in Frankfurt am Main keine Rede sein. Die ausländischen Menschen sind - zum Großteil zusammen mit ihrer jeweiligen Kultur - zu einem festen Bestandteil der Stadt geworden und tragen zu einer ausgesprochen „warmen und liebenswerten“ Multikulturalität in Frankfurt bei. Wenn aber eine gesamte Glaubensgruppe wegen der Aktionen einiger weniger Terroristen

leiden muss, dann liegt das daran, dass für die Aufnahmegesellschaft, also für die Deutschen, nicht genügend und nicht wirksame Maßnahmen gelaufen sind.

Integration wurde bisher weitgehend einseitig gesehen: Die Ausländer hatten sich zu integrieren. Kaum wurde darauf Wert gelegt, dass auch ein Deutscher lernen muss, mit dem „Fremden“ zu leben, ihn und seine Kultur kennen zu lernen. Ein Beispiel: Während sich die Mitglieder der Taqwa-Moschee bei einer Polizei-Aktion vorbildlich benahmen und die ihnen zustehenden deutschen Rechte und Möglichkeiten ausschöpften, gelang es der Polizei wieder einmal nicht, die Gebetsräume der Moschee zu achten. Höflichkeit und Respekt muss auch bei einem Verdacht - welcher sich im Übrigen nicht bestätigt hat - möglich sein.

Ein anderes Beispiel ist die Schule: Während immer mehr Kinder

Foto: Usleber



**Hüseyin Sitki,
Vorsitzender
der KAV auf der
„Parade der
Kulturen.“**

Vorlaufkurse besuchen, Eltern Deutsch lernen (z.B. über das Projekt „Mama lernt Deutsch“) und sich über unser Schulsystem informieren, hat das Kultusministerium noch immer nicht die seit Jahren von Pädagogen geforderte „Interkulturelle Kompetenz“ in die Lehrerausbildung aufgenommen. Interkulturelles Potential (z.B. Zweisprachigkeit) wird bislang in den Schulen als ein Mangel angesehen, während es in den meisten Ländern dieser Erde als Vorteil angesehen wird. Die meisten Kinder der Welt wachsen mindestens zweisprachig auf.

Die KAV legt den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft nahe, Integration endlich als eine zweiseitige Angelegenheit zu sehen. Auch die Aufnahmegesellschaft muss ihren Teil dazu beitragen. Es ist nicht länger so, dass der Ausländer vom Deutschen lernen muss, sondern auch die Deutschen können und sollten von den Ausländern lernen. Still gehegte Wünsche von manchen, dass die Migranten vielleicht eines Tages aus Deutschland verschwinden, werden nicht in Erfüllung gehen. Die Migranten sind bereits zu einem festen Bestandteil der Gesellschaft geworden und das ist auch gut für diese Gesellschaft. Es ist jetzt nicht mehr die Frage, ob, sondern nur noch, wie wir in Zukunft zusammen leben.



Ausländerbeiratswahlen 2005

Die letzte Ausländerbeiratswahl hatte ein alarmierendes Ergebnis: die Wahlbeteiligung ist in Frankfurt unter die 5 Prozent-Schwelle gefallen. Fast unvermeidlich hatte dies zur Folge, dass Politiker, die sowieso schon keinen Sinn und Zweck in einer Ausländervertretung sahen, argumentieren konnten, dass auch die Ausländer selbst dem Gremium keine große Bedeutung zumessen. Sollte die Wahlbeteiligung im Jahr 2005 bei dieser Prozentzahl bleiben oder gar weiter fallen, wird es die KAV in Zukunft noch schwerer haben, sich für die Belange und Probleme der nicht deutschen Bevölkerung einzusetzen.

Wir müssen deshalb sehr hart daran arbeiten, dass wieder mehr Ausländer im November 2005 zur Wahlurne gehen. Das bedeutet zunächst, die wirklichen Gründe für das Fernbleiben festzustellen.

Das Frankfurter Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen wiederholt seit mittlerweile drei Legislaturperioden die folgende Aussage:

„Zu vermuten ist, dass trotz der vielfältigen Bemühungen seitens der Stadt Frankfurt am Main, die KAV-Wahl in das Bewusstsein der Wahlberechtigten zu rücken, eine überwältigende Mehrheit sich weder mit den Wahlvorschlägen noch mit der Institution der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung identifizieren konnte. Darüber hinaus konnten die bisherigen Tätigkeiten der KAV den Wahlberechtigten nicht ausreichend vermittelt werden.“

Diese nie belegten Annahmen wurden bis vor wenigen Jahren als so selbstverständlich hingenommen, dass nicht daran gedacht wurde, sie auch zu überprüfen. Es machte auch scheinbar niemanden stutzig, dass in keiner bundesdeutschen Stadt die Wahlbeteiligung bei Ausländerbeiratswahlen auch nur annähernd so hoch war wie bei Wahlen zu deutschen Vertretungen und Parlamenten. Sollte es wirklich keinen einzigen Ausländerbeirat in Deutschland geben, der auch akzeptiert wäre?

Seit dem Jahr 2000 haben mittlerweile in drei Bundesländern, in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz und in Hessen intensive Untersuchungen stattgefunden. Die Ergebnisse wurden zusammen mit umfangreichen Materialien veröffentlicht:

„Auswertung der Ausländerbeiratswahlen in NRW“, LAGA, 2000

„Wahlanalyse zu den Ergebnissen der Ausländerbeiratswahlen am 4.

November 2001“, AGAH, 2002 und „Ausländerbeiräte in der Krise?“, eine Studie der Landesregierung Rheinland-Pfalz, 2003

Das Fazit aller drei Studien mag zwar auf den ersten Blick erstaunen, ist aber ein Beweis dafür, dass die vorschnellen Annahmen und Vermutungen nicht richtig sind.

Hauptursache für die geringe Beteiligung ist eben nicht die unzureichende Akzeptanz des Gremiums, sondern der mäßige Bekanntheitsgrad sowohl des Gremiums als auch des Wahltermins.

Zunächst ein Zitat aus der „Auswertung der Ergebnisse der Ausländerbeiratswahlen in NRW“, LAGA, 2000:

„Die Unterstützung der Kandidaten war im Vergleich zu 1995, als in den meisten Städten erstmals gewählt wurde, oft wesentlich geringer. Die Kandidaten/Listen mußten ihren Wahlkampf praktisch ausschließlich aus der eigenen Tasche bezahlen. Die allgemeine Werbung durch die Kommunen konnte, wenn sie überhaupt stattfand, kein ausreichender Ersatz sein.

Der Rücklauf der unzustellbaren Wahlbenachrichtigungen war wesentlich höher als bei Kommunalwahlen. Viele Wahlberechtigte, die nicht über perfekte Deutschkenntnisse verfügen, wußten diese Karten nicht einzuordnen und haben sie als „Werbung“ weggeworfen. Diese potentiellen Wähler haben nie erfahren, wann und wo sie ihre Stimme abgeben sollen.

Die fehlende Möglichkeit der Briefwahl hatte erheblichen Einfluß auf die Wahlbeteiligung, liegt doch ihr Anteil bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen inzwischen bei zwanzig und mehr Prozent. Hier muß für die Zukunft unbedingt eine Änderung herbeigeführt werden.“

Die oben genannte Analyse der AGAH (Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen) spricht von einem „niedrigen Bekanntheitsgrad des Ausländerbeirats, seiner Mitglieder und seiner Arbeit. Auch imposante Pressespiegel und eine wohlwollende Berichterstattung in vielen Lokalblättern können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Arbeit der Ausländerbeiräte bei den Betroffenen - sprich der ausländischen Bevölkerung vor Ort - weitgehend unbekannt ist. Die Wahrnehmung der Arbeit des Ausländerbeirates vor Ort ist im Regelfall mangelhaft.“

Die Untersuchung „Ausländerbeiräte in der Krise“ (herausgegeben von der Landesbeauftragten für Ausländerfragen Rheinland Pfalz, 2003) sagt deutlich:

„Es lässt sich beobachten, dass unter diesen Merkmalen sowohl die

Bekanntheit der vergangenen Ausländerbeiratswahlen als auch die Bekanntheit der Beiratstätigkeit eine herausgehobene Stellung für eine generelle Beteiligung bei den Ausländerbeiratswahlen einnehmen. Demzufolge werden sich Personen verstärkt an Ausländerbeiratswahlen beteiligen, wenn ihnen die Wahlen und die Beiratstätigkeit bekannt sind.“

Wenn in einer Stadt oder einer Gemeinde Kommunalwahlen stattfinden, so wirbt zum einen jede antretende Partei für ihre Gunst. Große Parteien geben mitunter in einer Stadt wie Frankfurt mehrere zehntausend Euro alleine für ihre Wahlwerbung aus. Zum anderen sind immer wieder Statements und etliche Hinweise in den örtlichen Medien zu finden. Überregionale Medien wie das Fernsehen kommen auch nicht umhin, bereits im Vorfeld das eine oder andere Mal über die Wahl zu berichten. Da sehr viele Menschen mittel bis sehr gut unterrichtet sind, können Diskussionen und Stadtgespräche stattfinden. Und zu guter Letzt: Da die zur Wahl stehenden Parteien im Allgemeinen mit denen identisch sind, die auch zu Landtags- und Bundestagswahlen antreten, ist ihr Bekanntheitsgrad sehr hoch. Bürger, die sich also kaum bis gar nicht für Kommunalpolitik interessieren, wählen meist trotzdem ihren Landes- oder Bundesfavoriten.

Bei einer Ausländerbeiratswahl ist das alles völlig anders. Die Listen, die hier zur Wahl antreten, werden meist aus Migrantenvereinen heraus gebildet. Migrantenvereine haben, wie die meisten Vereine, nur ein sehr mäßiges Budget. Wahlwerbung einer Liste findet deshalb in den meisten Fällen überhaupt nicht statt. Es bleibt also nur noch, den Ausländerbeirat selbst und die Wahl an sich bekannt zu machen.

Genau das ist das Ziel der KAV für 2005 und die Zukunft.

Langfristig ist es unser Bestreben, dass das Thema „Ausländerbeiräte“ auch im Sozialkunde-Unterricht an hessischen Schulen behandelt wird. Bisher ist das an allen drei Schulformen nicht der Fall. Das ist ein Hohn für viele ausländische Schülerinnen und Schüler, die nur über politische Einrichtungen und Wahlen unterrichtet werden, von denen sie selbst ausgeschlossen sind. Die einzige tatsächliche Möglichkeit ihrer politischen Partizipation aber wird nicht erwähnt.

Langfristig arbeiten wir daran, dass in allen Informationen über politische Partizipation in Deutschland, z.B. in den Schriften der Bundes-

zentrale für politische Bildung, in den Webseiten der Bundesregierung und der Länderregierungen, in den Medien, auch die Ausländerbeiräte dargestellt werden.

Diese Pläne können jedoch, selbst wenn wir sie verwirklichen können, kurzfristig keine Änderung herbeiführen, deshalb beschreiten wir parallel noch andere Wege.

Bereits Ende 2004 haben wir die KAV-Zeitung herausgebracht, die zweimonatlich erscheint und über die Arbeit der KAV, aber auch über die Ausländerbeiratswahlen und über Wege der politischen Partizipation sowie Themen, die für Ausländer von Interesse sind, berichtet. Sie soll ein wichtiges Instrument werden, das sowohl die ausländische Bevölkerung erreicht, als auch als Forum dient, über das die Migranten mit uns in Kontakt treten und ihre Fragen, Anregungen und Meinungen publizieren können.

Für das Jahr 2005 planen wir, in den höheren Klassen der Schulen die Jungwähler über 18 Jahre anzusprechen. Dazu wollen wir alle Schulen, in denen es solche Klassen gibt, persönlich besuchen und die Schüler in einer kurzen Informationsveranstaltung über die KAV und den Wahltermin aufklären. Wir hoffen, dass wir hierzu die Unterstützung der Schulen erhalten.

Wir beabsichtigen ferner, sowohl einen Kino-Werbespot als auch einen Informationsfilm für den offenen Kanal - ersteres in Zusammenarbeit mit der agah, der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen - zu produzieren.

Weitere Möglichkeiten der Wahlbekanntmachung werden über die ausländischen Vereine, die Konsulate, sowie über die bekannten Großveranstaltungen, die „Parade der Kulturen“ und das Museumsuferfest wahrgenommen.

Eine alternative Homepage, welche ständig aktualisiert sowohl über den Wahltermin, als auch über Möglichkeiten, selbst eine Liste aufzustellen und über die dazu erforderlichen Formalien Auskunft gibt, soll die Werbung abrunden. Auf dieser Homepage werden dann die zur Wahl stehenden Listen mit den Kandidaten auch persönlich vorgestellt.

Wir hoffen, dass wir damit eine deutliche Erhöhung der Wahlbeteiligung herbeiführen können. Wir nehmen jederzeit gerne Ihre Vorschläge und Ihre Mitarbeit an. Helfen Sie mit! Die KAV-Wahl 2005 muss ein deutliches Signal setzen: Auch die Ausländer wollen mitentscheiden!

IV Die Sitzungen 2004

(Auszüge aus den Protokollen)

23. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 12.01.2004 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer.

5. „Gewalt Sehen Helfen“ - Vorstellung des Projektes des Präventionsrates

Herr Goldberg stellt das Projekt „Gewalt Sehen Helfen“ vor, in dem es vor allem darum geht, die „Unkultur des Wegschauens“ zu bekämpfen. Gewalt, so Goldberg, kann oft dadurch verhindert werden, wenn Beobachter Öffentlichkeit herstellen, helfen und Hilfe herbeiholen.

Im Anschluß an die Vorstellung werden Fragen der KAV-Mitglieder von Herrn Goldberg beantwortet.

6. Fragestunde

MdKAV Aygün fragt, wie die KAV das Potential der Studenten, vornehmlich derer, die kurz vor dem Abschluß ihres Studiums stehen, nutzen und sie dazu motivieren kann, sich ehrenamtlich zu engagieren. Vorsitzender Sitki weist auf die Akademische Auslandsstelle an der Uni hin, von der Informationen über ausländische Studenten zu



Foto: Tozoglu

KAV-Sitzung

bekommen seien. Er schlägt vor, dies in der nächsten Präsidiumssitzung zu diskutieren. MdKAV Kuntich schlägt vor, den Aushang an der Universität zu nutzen. MdKAV Parrondo merkt an, dass das Thema „Studenten“ überhaupt von Interesse für die KAV sein sollte, z.B. Wohnungssuche oder auch BAFÖG.

MdKAV Emir berichtet kurz vom Fußball-Benefizturnier in Karben, bei dem die Mannschaft der KAV den Fairness-Pokal errungen hat.

Vorsitzender Sitki fragt Stadtrat Dr. Magen, wann die Magistratskommission für Gleichberechtigung und Integration das nächste Mal tagen wird. Stadtrat Dr. Magen will sich dazu demnächst melden.

7. Berichte der Delegierten

MdKAV Carbone berichtet aus dem Schulausschuss, in dem es unter anderem um zwei SPD-Anträge zu Integrativen Schulen und Ethnic Monitoring ging.

MdKAV Parrondo beklagt die Nicht-Anwesenheit der KAV-Vertreter in den Gremien - besonders bei der AGAH und in der Stadtverordnetenversammlung. Es sei schlimm, dass einige Delegierte nicht kämen, während andere im Zuschauerbereich sitzen müssten, weil sie nicht mitstimmen dürfen. MdKAV Parrondo berichtet außerdem von der AGAH, wo die Themen Schulen und Zuwanderungsgesetz in diesem Jahr wieder von Bedeutung sein werden.

9. Anträge

9.1. Die Herderschule muss erhalten bleiben.

Es gibt keine Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9.2. Jährlicher Schulintegrationsbericht.

Es gibt keine Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9.3. Eilantrag: Kommunales Wahlrecht für alle Ausländer

MdKAV Parrondo heißt den Antrag für gut, spricht sich aber für eine Bündelung von Aktionen aus. Zum Beispiel ließe sich eine Kampagne zusammen mit der Unterschriften-Aktion für eine EU-Staatsbürgerschaft durchführen.

MdKAV Dr. Kurt empfiehlt, in der Begründung auch auf das „Super-

Wahljahr“ 2004 hinzuweisen, von dem die Nicht-EU-Ausländer wieder einmal ausgeschlossen werden.

MdKAV Tozoglu äußert, dass das Wahlrecht für alle Wahlen, nicht nur die Kommunalwahlen, gelten sollte. Außerdem sollten „Illegale“ legalisiert werden wie in den USA.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

9.4. Situation der Agisra

Vorsitzender Sitki erläutert die aktuelle Situation des Vereins Agisra, der zahlungsunfähig ist. Stadtrat Dr. Magen erklärt, dass Agisra zu viele Schulden gemacht habe. Der Verein sei sogar eine der wenigen Einrichtungen gewesen, bei der das Land Hessen seine Zuschüsse nicht reduziert oder eingestellt habe.

Vorsitzender Sitki sieht keine Möglichkeit für einen Antrag der KAV.

10. Verschiedenes

MdKAV Gülegen fragt nach dem Stand der Organisation der Podiumsdiskussion am 07. Februar. Geschäftsführer Usleber legt den derzeitigen Stand dar: als Referenten habe die Geschäftsstelle Frau Prof. Dr. Haller und Herrn Dr. Cengiz Deniz gewinnen können, für die Moderation Frau Holler. MdKAV Gülegen äußert sein Mißfallen, dass keine Politiker, z.B. Frau Ebeling oder eine Person aus dem Kultusministerium eingeladen worden seien. Geschäftsführer Usleber erläutert, dass das erst jetzt, nachdem das Podium besetzt sei, getan werden könne. MdKAV Parrondo und Stadtrat Dr. Magen bekunden, dass die Politiker zuerst eingeladen werden sollten. Geschäftsführer Usleber erklärt, dass diese Veranstaltung nicht als politische, sondern eher als pädagogische Diskussion vom Präsidium gewünscht worden war, es war nicht vorgesehen, dass Politiker auf dem Podium Platz nehmen sollten, sondern sie sollten lediglich als Teilnehmer eingeladen werden. MdKAV Carbone äußert, dass man Politiker besser befragen und zu einer Meinungsäußerung bringen könne, wenn sie im Podium säßen. MdKAV Gülegen meint, dass das Präsidium mit der pädagogischen Fragestellung selbstverständlich politische Lösungen erreichen wollte.

MdKAV Aslan und Alemdar nehmen dies zum Anlass, um darauf hinzuweisen, dass das Präsidium nicht effektiv arbeite. Die Geschäftsstelle müsse sich ja an die Beschlüsse des Präsidiums halten.

Vorsitzender Sitki beendet die Diskussion mit dem Hinweis, dass sich der Vorsitzende und der Geschäftsführer sowieso wegen dieser Veranstaltung am kommenden Mittwoch treffen. Jedes KAV-Mitglied sei eingeladen, an dieser Besprechung teilzunehmen.

24. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 09.02.2004 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer.

Nach 3: Das Konzept der Migrationsausstellung im Historischen Museum.

Stadtrat Dr. Nordhoff sowie Herr von Wolzogen vom Historischen Museum stellen das Konzept der Migrationsausstellung vor und verteilen dazu Informationsmaterial. Herr Dr. Nordhoff weist auf die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs zum Thema „Gastarbeitergedenken“ hin. Ein KAV-Mitglied soll der Jury angehören.

Im Anschluss an die Vorträge werden Fragen an Stadtrat Dr. Nordhoff und Herrn von Wolzogen gestellt. MdKAV Gülegen fragt, ob auch die negativen Seiten der Migration gezeigt werden. Diese Frage wird bejaht. MdKAV Dr. Kurt fragt, inwieweit der Vielfalt der Religionen Rechnung getragen wird. Herr von Wolzogen weist darauf hin, dass sich die Ausstellung immer wieder verändert. Der sogenannte „Trialog“ der Religionen ist erst der Beginn.

Analphabetismus in Frankfurt

Frau Shahibi hält einen Vortrag über das Problem „Analphabetismus“, die Situation in Frankfurt und über Maßnahmen zur Bekämpfung. In Frankfurt liegt die geschätzte Zahl der Analphabeten bei über 5000. Es sind vornehmlich Frauen und Migranten aus den Ländern Marokko, Afghanistan und Türkei, die davon besonders häufig betroffen sind. Institutionen wie die Lehrerkooperative, die VHS, AWO, Infrac oder der Evangelische Regionalverband bieten Kurse an. Da die finanzielle Förderung jedoch immer geringer wird und somit die Gebühren steigen, werden die Kurse leider immer weniger wahrgenommen.

Stadtrat Dr. Magen erklärt dazu, dass der Bund „nein“ zur besonderen Alphabetisierung von Migranten sagt, das Land äußert sich überhaupt

nicht und die Stadt diskutiert weiter. Die Finanzfrage sei also weiterhin ungeklärt.

8. Nachbetrachtung Podiumsdiskussion am 07.02.2004

MdKAV Tozoglu spricht sich dafür aus, solche Veranstaltungen öfter durchzuführen. Er habe den Eindruck gewonnen, dass an den beiden Berufsschulen viele wichtige Projekte laufen, während die Herderschule bisher kaum etwas getan habe. Er habe nichts gegen ihre Schließung.

MdKAV Gülegen betont das hohe Niveau der Podiumsdiskussion. Nun sei eine Meinungsbildung der KAV notwendig. Die KAV solle ihre Meinung auch an die Presse geben.

Auch MdKAV Kuntich stellt heraus, dass die Veranstaltung qualitativ hochwertig gewesen und gut organisiert worden sei. Er weist im Hinblick auf die Diskussion in der letzten Plenarsitzung darauf hin, dass das Präsidium entgegen anderen Aussagen sehr gut gearbeitet habe.

Vorsitzender Sitki weist auf gute Aspekte aus der Rede von Schulamtsleiter Eifert hin und schlägt vor, eine Veranstaltung mit ihm durchzuführen.

9. Anträge

Votum für den Termin der Ausländerbeiratswahlen 2005.

Vorsitzender Sitki stellt die vier Auswahltermine vor:

06. November 2005

13. November 2005

20. November 2005 und

27. November 2005.

In Anbetracht der Tatsache, dass die ersten drei Termine auf Feiertage fallen, schlägt er vor, sich für den 27. November zu entscheiden.

Diesem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

**25. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen
Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 08.03.2004
im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung,
Rathaus Römer.**

5. Zum Begriff „Interkulturelle Kompetenz“

Frau Dr. Kühnel hält ein Referat zum Begriff „Interkulturelle Kompetenz“. Das Referat ist diesem Protokoll in der Anlage beigefügt.

Im Anschluss werden Fragen an Frau Dr. Kühnel gestellt. Vorsitzender Sitki fragt, ob eine einheitliche Definition des Begriffes überhaupt möglich sei. Frau Dr. Kühnel erklärt, dass dies schwierig, aber denkbar sei. MdStvv Brillante geht auf die Wichtigkeit der interkulturellen Kompetenz für die Lehrerbildung ein, was auch Frau Dr. Kühnel unterstreicht. MdStvv Yüksel betont, dass zu einem Bekenntnis der Stadt zur interkulturellen Kompetenz auf jeden Fall dazugehört, dass sich die Verwaltung auch öffnet und mehr Mitarbeiter mit Migrationshintergrund einstellt.

6. Situation der älteren Migranten

Frau Helga Nagel, Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten, referiert zur Situation der älteren Migranten in Frankfurt am Main. Sie weist zunächst darauf hin, dass in den nächsten Monaten eine sehr ausführliche Dokumentation zur Situation der älteren Migrantinnen und Migranten erscheinen wird.

Zusammenfassung des Referates: Das Alter hat auch eine kulturelle Dimension. Alter ist ein relativer Begriff. Das lässt sich schon am Sprachgebrauch ablesen. Wenn man von älteren Menschen spricht, meint man oft schon die, die jünger sind als die ganz Alten.

Die Vorstellung von Alter und über das Altern ist in den Kulturen sehr unterschiedlich und so auch die Bedeutung eines bestimmten Lebensalters.

In allen Kulturen des Mittelmeerraumes herrscht die Ansicht, dass ältere Menschen einen höheren sozialen Status haben als jüngere, auch wenn sich doch zunehmend Veränderungen bemerkbar machen. Alte Menschen nicht zu achten wird als respektlos angesehen. Die Stellung in den Familien ist - besonders in Marokko und Türkei - eine andere als in Deutschland. In manchen Ländern auch deshalb, weil dort eine gesetzliche Altersvorsorge nicht besteht.

Sowohl vom deutschen Staat als auch von den Migranten selbst war ursprünglich geplant, dass diese im Alter in ihr Ursprungsland zurückkehren. So wurde die Altenhilfeplanung für Migranten weder frühzeitig eingerichtet, noch bestehende Einrichtungen von Migranten wahrgenommen.

Die Zahl der älteren Migranten wächst von Jahr zu Jahr. 2010 wahrscheinlich 1,3 Mio. Bis 2030 auf 2,8 Mio.

Frankfurt: 13.680 (Lebensalter 50 - 59), 13.000 (Lebensalter über 60) (Anzahl der Menschen mit nicht deutschem Pass).

Besonderheiten, die ältere Migranten betreffen:

- Mehr von Krankheit betroffen als deutsche Senioren
- Stehen Pflegeeinrichtungen skeptisch gegenüber
- Einrichtungen sind wenig interkulturell ausgerichtet

Barrieren auf Seiten der Älteren u.a.:

- „Rückkehr-Illusion“
- Hemmung vor deutschen Institutionen
- Angst vor ausländerrechtlichen Konsequenzen

Verbesserungsmöglichkeiten:

- Interkulturelle Öffnung von Alteneinrichtungen, bevor die Senioren pflegebedürftig werden
- Zusammenarbeit Dienste Altenhilfe und Migrationsarbeit (Informationsreihe „Älterwerden in Deutschland“)
- Kultursensible Altenpflege

Was wird schon getan:

- AmkA und Migrantenvereine: Interkulturelle Rentenberatung
- Gute Vernetzung von Wohlfahrtsverbänden, die sich in der Altenhilfe engagieren
- Arbeitskreis „Ältere Migranten“

8. Berichte der Delegierten

MdKAV Aygün berichtet aus dem Ausschuss Jugend und Soziales, MdKAV Carbone aus dem Schulausschuss und MdKAV Parrondo aus dem Wohnungsausschuss. Im Wohnungsausschuss ging es unter anderem um überhöhte Abrechnungen der ABG Holding an ihre Mieter. MdKAV Parrondo stellt die Frage, ob nicht auch ausländische Mieter davon betroffen seien, die womöglich nicht ihre Rechte durchsetzen können.

Im Anschluss daran berichtet MdKAV Parrondo ausführlich über

die AGAH-Sitzungen, in denen drei Themen sehr relevant waren: Die Zukunft der Ausländerbeiräte nach Novellierung der HGO, das Kommunale Wahlrecht für alle Ausländer (auf Antrag der KAV) und die Europäische Verfassung. Zu Letzterem wird ein Referendum angestrebt, wofür jedoch in ganz Europa mindestens 1 Million Unterschriften benötigt werden.

10. Anträge

10.1 Aufnahme des Themas „Ausländerbeiräte“ in die schulischen Lehrpläne

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

10.2 „Interkulturelle Kompetenz“ muss zur Lehrerausbildung dazugehören.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

10.3 Wie bewähren sich die Vorlaufkurse? - Zusatzanfrage

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

10.4 Wann wird der Arbeitskreis „Ethnic Monitoring“ einberufen?

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

26. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 26.04.2004 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer.

5. A) Beendigung der Maßnahme „Therapie für Flüchtlinge und Opfer organisierter Gewalt“

Vorsitzender Sitki erläutert die Situation: Der Evangelische Regionalverband hat seit ca. 8 bis 9 Jahren eine Maßnahme laufen, die sich „Therapie für Flüchtlinge und Opfer organisierter Gewalt“ nennt. Durch die fristlose Kündigung einer Therapeutin sind diese Behandlungen von heute auf morgen beendet worden. Eine Delegation von 25 Patienten des Programms wandte sich an die KAV mit der Bitte, sich ihres Anliegens anzunehmen und dieses auf der heutigen Plenarsitzung zur Sprache zu bringen. In dem genannten Programm wird psychologische Therapie für Flüchtlinge, die zudem häufig Opfer organisierter Gewalt geworden sind, angeboten. Die 25 Frauen und Männer repräsentieren insgesamt 360 Patienten und Patientinnen des Programms aus dem ganzen Bundesgebiet.

Stadtrat Dr. Magen weist zunächst darauf hin, dass die Kündigung der Therapeutin eine privatrechtliche Angelegenheit ist, in der weder KAV noch Stadtverwaltung irgendeine Entscheidung beeinflussen können. MdKAV Gülegen erklärt, dass es nicht um die Kündigung an sich gehe, sondern um die Fortführung der Therapie. Anliegen der KAV sei einzig die Situation der Patienten und deren Zukunft.

Ein anwesender Patient schildert die Therapie-Angebote und fügt hinzu, dass die Maßnahme von heute auf morgen beendet wurde. Er erwähnt ebenfalls, wie einige der Patienten in der Türkei krank geworden sind.

MdKAV Aygün weist diese Andeutungen entschieden ab. Die Türkei sei ein demokratisches Land mit fairen Gerichtsurteilen. Er könne die medizinischen Probleme der hier anwesenden Patienten verstehen, aber sie sollten hier nicht politisch argumentieren und Politik solle hier auch nicht zur Debatte stehen. Weiter führt MdKAV Aygün an, dass selbstverständlich eine muttersprachliche Behandlung besser sei als eine mit Dolmetscher, die nun als Alternative angeboten werde.

MdKAV Alemdar vertritt die gleiche Meinung wie MdKAV Aygün, schlägt zusätzlich vor, eine Arbeitsgruppe zu bilden.

MdKAV Kuntich bedauert, dass nur eine Seite angehört wird. Um sich ein Urteil bilden zu können, müsse auch der Evangelische Regionalverband gehört werden und müsse man auch wissen, warum der Therapeutin gekündigt wurde.

Dies lehnt MdKAV Parrondo ab: Die Kündigung sei eine private Sache, die die KAV nichts angehe. Nichtsdestotrotz könne man diese Menschen nicht in der Luft hängen lassen. Um sie müsse sich die KAV kümmern.

Hinsichtlich der politischen Äußerungen merkt MdKAV Tsouras an, dass es sich hier um ein sensibles Thema handle. Die KAV-Kollegen sollten bitte darauf achten, in welcher Art und Weise sie sich hier äußern.

MdKAV Gülegen wiederholt, dass es hier einzig und allein um 360 Patienten gehe, um schwerst traumatisierte Menschen, aus welchem Grund auch immer. Er legt diesbezüglich einen Antrag vor.

Es entsteht erneut eine Debatte um die Politik in der Türkei, die sowohl von verschiedenen Mitgliedern der KAV als auch von einigen Patienten geführt wird. Schließlich beantragt MdKAV Parrondo das Ende der Debatte und die Abstimmung über den Antrag.

Dies wird bei einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen so beschlossen.

MdKAV Gülegen erläutert den Antrag. MdKAV Parrondo schlägt einige Änderungen vor, denen sich MdKAV Gülegen teilweise anschließt.

Die Änderungen:

Im Absatz 1 fallen die Spiegelstriche und der Text dazwischen weg.

Der Absatz 3 entfällt gänzlich.

In Frage 1 wird das Wort „sozial“ durch das Wort „medizinisch“ ersetzt.

Der so geänderte Antrag wird einstimmig beschlossen.

B) Fragestunde

Es gibt keine Fragen an den Vorsitzenden oder die Geschäftsstelle.

8. Anträge

8.1 Illegale in Frankfurt am Main

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

8.2 Aussagekräftige Statistiken: Menschen mit Migrationshintergrund

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

27. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 24.05.2004 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer.

5. Anträge

5.1. Keine Auflösung der Elly-Heuss-Knapp-Schule

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

6. „Kommunalwahlrecht für alle Ausländer?“

Kandidaten für das Europa-Parlament der CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP und der PDS geben Statements und stellen sich Fragen.

Es sprechen:

Dr. Daniela Birkenfeld (CDU), Ozan Ceyhun (SPD),

Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Wolf Klinz (FDP)

Dr. Eberhard Dähne (PDS).

Im Anschluss an die Statements findet eine Diskussion über die Inhalte statt.

**28. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen
Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am
28.06.2004 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung,
Rathaus Römer.**

2. Genehmigung der Tagesordnung.

Es liegt eine Nachtrags-TO als Tischvorlage vor.

Es liegen zwei Anträge vor:

1. Verbot aller faschistischen Parteien. Vorsitzender Sitki erklärt die Eilbedürftigkeit aufgrund des Bezuges zu einigen Plakaten der Europawahl.

Die Eilbedürftigkeit wird einstimmig beschlossen.

2. Interner Antrag über die Abwahl von bestimmten KAV-Delegierten für die Stadtverordnetenversammlung und AGAH.

MdKAV Gülegen spricht gegen die Eilbedürftigkeit. MdKAV Parrondo plädiert für eine Aussprache unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Anschluss an die heutige TO.

Bei 2 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen wird dieser Vorschlag angenommen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

5. Fragestunde

MdKAV Petkos ist aufgefallen, dass bei der „Parade der Kulturen“ die nichtdeutschen Vereine alle auf dem Paulsplatz ihre Stände hatten, hingegen die deutschen Veranstalter auf dem Römer zu finden waren. Dies war seiner Meinung nach besonders deshalb ungünstig, da auf dem Römer ausreichend Platz vorhanden war, während der Paulsplatz durch die dort angesiedelten Gaststätten sehr dicht gefüllt war. Man müsste die Vereine auch viel stärker finanziell unterstützen.

MdStvv Yüksel gehört als Vertreter des Frankfurter Jugendrings zu den Veranstaltern. Er antwortet: Es gab keine Segregation. Auf dem Römer waren die Veranstalter und Partner der Veranstaltung. Außerdem, führt MdStvv Yüksel an, seien die Standgebühren sehr niedrig. Sie alle zusammen würden nicht einmal die Kosten für die Spülstraße decken.

MdKAV Parrondo möchte gerne, dass zwei Themen heute oder demnächst von der KAV besprochen werden: 1. Die Radio-Sendung „Rendezvous in Deutschland“, die eingestellt werden soll und 2. der

neue Entwurf des Zuwanderungsgesetzes.

Vorsitzender Sitki macht darauf aufmerksam, dass zur Radio-Sendung heute ein Antrag auf der Tagesordnung stehe.

Stadtrat Dr. Magen weist darauf hin, dass das Zuwanderungsgesetz noch nicht öffentlich sei. Es sei deshalb zu früh, es zu diskutieren.

MdKAV Esen hält eine Rede zum Entwurf des Zuwanderungsgesetzes, in der er auch auf die aktuelle politische Lage in Deutschland eingeht.

Die neue Version des Gesetzes sei auf keinen Fall besser als der erste Entwurf, im Gegenteil: sie sei an manchen Stellen äußerst restriktiv.

Stadtrat Dr. Magen kann nicht allem, was in dieser Rede gesagt wurde, zustimmen. Zum Beispiel gäbe es gegenüber dem alten Entwurf selbstverständlich einige Verbesserungen.

MdStvv Yüksel plädiert dafür, sich erst einmal mit dem Entwurf vertraut zu machen, bevor man über ihn diskutiert.

Vorsitzender Sitki kritisiert im Anschluss an die Fragestunde einige Mitglieder des Präsidiums wegen deren zu seltener Teilnahme an den Sitzungen und ihrem verbesserungswürdigen Engagement.

Außerdem appelliert er an die Listen, besonders an die, die bisher noch nie aktiv wurden, Anträge zu stellen.

6. Berichte der Delegierten aus den Gremien

MdKAV Aygün berichtet aus dem Sportausschuss. Er erwähnt unter Bezugnahme auf die Appelle des Vorsitzenden unter TOP 5, dass nicht jedes Engagement sofort auffalle, weil viele nicht von ihren Erfolgen z.B. im Ortsbeirat, berichten. Er zählt eine Reihe von Erfolgen in seinem Ortsbeirat auf.

MdKAV Carbone berichtet vom Schulausschuss. Wichtigster KAV-relevanter Punkt war die Zunahme der Zuweisungen von Ausländerkindern an die Förderschulen.

MdKAV Parrondo berichtet von der AGAH, unter anderem von der Kampagne „Bildungsland Hessen - auch für Migranten“.

8. Anträge

8.1. Benennung oder Umbenennung eines Platzes oder einer Straße in Frankfurt am Main nach dem Ehrenbürger der Stadt Frankfurt, François Mitterrand

Der Antrag wird bei einer Gegenstimme angenommen.

8.2. Die Sendung „Rendezvous in Deutschland“ muss erhalten bleiben!

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

8.3 Verbot aller faschistischen und rassistischen Parteien

MdKAV Tsouras könnte dem Antrag zustimmen, wenn einige Änderungen vorgenommen werden. Zum Beispiel sollten einige Verallgemeinerungen, die außerdem kaum stimmen, wie z.B. „alle ausländischen Bürger zahlen hier Steuern, etc.“ weggelassen werden.

MdKAV Aygün beklagt, dass die KAV lediglich reagiere. Sie solle endlich einmal agieren.

MdKAV Kuntich spricht sich dafür aus, den Antrag „länderneutral“ abzufassen, also Benennungen wie „Türkei“ rauszulassen.

Für MdKAV Tsouras wäre der Antrag stimmiger, wenn er sich nur auf bestimmte Plakate, wie z.B. auf das der NPD bezöge und keinen Rundumschlag darstellte.

Er sollte noch einmal überarbeitet werden und dann in die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung aufgenommen werden.

Diesen Vorschlag unterstützt auch MdKAV Tozoglu.

MdKAV Parrondo bemerkt, dass die besagten Plakate noch heute hängen. Es wäre deshalb z.B. möglich, konkrete Fragen an den Magistrat zu stellen. Grundsätzlich aber sollte sich die KAV nächstes Mal schon vor der Wahl Gedanken machen.

MdKAV Gülegen beantwortet eine Frage von MdKAV Parrondo: Es gibt zwar eine Vorschrift, die Plakate nach einer gewissen Frist abzuhängen, aber keine Möglichkeiten für Sanktionen bei Nicht-Befolgen dieser Vorschrift.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nicht-öffentlicher Teil:

Der nicht-öffentliche Teil der Sitzung wird nicht wiedergegeben.

**29. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen
Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am
30.08.2004 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung,
Rathaus Römer.**

4. Vortrag der Oberbürgermeisterin Petra Roth

Frau Petra Roth hält einen Vortrag zur Situation der deutschen Städte. Ausgehend vom Förderalismus in der Bundesrepublik erklärt sie, dass die Städte nur wenig selbst entscheiden können, da die Gesetzgebungsgewalt ausschließlich in den Händen von Bund und Ländern liegt. So müssen die Städte einen ständig wachsenden Teil ihrer Finanzen für die Erfüllung der Pflichtaufgaben des Bundes aufwenden, so dass immer weniger Geld für freiwillige Aufgaben übrig bleibe. In dieser Lage befänden sich mittlerweile alle Großstädte und alle mittelgroßen Städte. Der Städtetag, deren Präsidentin Petra Roth ist, fordere deshalb ein striktes Konnexitätsprinzip, das heißt: Die Ebene (Bund, Land oder Gemeinde), die die Aufgabe bestimmt, muss sie auch bezahlen.

Frau Roth bedankt sich für das Engagement aller KAV-Vertreter, von denen die meisten ja auch in der Stadtverordnetenversammlung tätig sein könnten, da sie auch Deutsche oder EU-Angehörige seien.

Die Fragen aus dem Publikum beziehen sich zum größten Teil auf Vereinszuschüsse. Die Oberbürgermeisterin macht deutlich, dass Frankfurt eine Stadt sei, die immer noch eine große Vereinsförderung betreibe. Sie erklärt aber auch, dass das Land viele Zuschüsse gestrichen habe und das „Vierer-Bündnis“ im Stadtparlament den Beschluss gefasst hat, diese Zuschüsse nicht kompensieren zu können und zu wollen.

MdKAV Dr. Kurt kommt auf die Polizeiaktion am 11. Juli in der Taqwa-Moschee zu sprechen. Viele islamischen Gemeinden stünden in einem permanenten Dialog mit den Behörden. Es stelle sich also die Frage, was man noch tun könne oder sollte, dass so etwas nicht passiert. Die Oberbürgermeisterin erkennt dies als politischen Appell an und verweist für Details an Stadtrat Dr. Magen. Dieser erklärt, dass eine solche Aktion bei Verdacht einer strafbaren Handlung möglich sei. Er appelliert an alle Beteiligten, die Art und Weise des Vorgehens erst nach Ende der Angelegenheit zu diskutieren.

Eine Vertreterin des Elternvereins der Französischen Schule in der

Gontard-Straße beklagt, dass in dieser Straße noch immer keine Lösung für diese Gefahrenstelle gefunden worden ist und macht darauf aufmerksam, dass am nächsten Tag aufgrund des Schulbeginns und einer aktuellen Baustelle die Gefahr besonders hoch sei. Frau Roth verspricht, die Polizei um eine Verkehrsregelung zum Schulbeginn zu bitten.

5. Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende Sitki gibt aktuelle Termine bekannt und weitere aktuelle Informationen.

Der Vorsitzende bittet MdKAV Kuntich, etwas zur Polizei-Aktion in der Taqwa-Moschee zu sagen. MdKAV Kuntich gibt einen ausführlichen Bericht darüber, wie es zur Aktion gekommen ist und wie die Aktion durchgeführt wurde. Er gibt an, der Durchsuchungsbefehl stamme vom Mai, die Durchsuchung selbst habe dann aber erst am 11. Juli stattgefunden.

Stadtrat Dr. Magen rät noch einmal, keine Vor- und Zwischendebatten zu führen. Er betont, dass die Stadt Frankfurt am Main den Verein moralisch weiterhin unterstütze, aber selbstverständlich nicht in ein laufendes Verfahren eingreifen kann. Er warne davor, vieles überzubetonen.

MdKAV Alemdar stellt klar, was eigentlich eine Koranschule sei und dass diese jetzt in Verruf geraten seien. Selbst seine Tochter (türkisch) gehe auf eine marokkanische Koranschule.

MdKAV Dr. Kurt äußert den Wunsch, endlich damit anzufangen, mit den Ausländern zu reden, statt über sie zu reden. Er selbst, sein Verein und sehr viele andere religiöse Vereine suchten ständig den Dialog mit den Behörden. Er fragt sich, warum sie in solchen Fällen nicht konsultiert werden.

MdKAV Parrondo wundert sich ebenfalls darüber, warum die Polizei mit ihrer Durchsuchung so lange gewartet hat.

MdKAV Gülegen erinnert daran, dass seit dem 11. September (2001) die Messlatte der Einstufung der Gefährlichkeit sehr niedrig angesetzt wird, was alle die angeht, die unter den Begriff „Islamisten“ fallen könnten.

Herr Essadik von der Taqwa-Moschee nutzt die Gelegenheit, Herrn Dr. Magen für seine moralische Unterstützung und seine Darlegungen in der Presse über den Verein zu danken. Noch einmal betont er,

dass sein Verein sauber sei und die Anschuldigungen jeder Grundlage entbehren.

Stadtrat Dr. Magen führt aus, dass nur sehr, sehr wenige Moslems tatsächlich gewaltbereit seien. Daran dürfe nicht die gesamte Glaubensgemeinschaft gemessen werden und auch kein Mensch, der sich zum Islam bekennt. Aber auch die Muslime sollten diesen Vorfall nun nicht zum Anlass nehmen, einen Konflikt herbeizureden, der gar nicht existiere.

6. Fragestunde

MdKAV Petkos fand es nicht gut, dass der KAV-Stand so weit vom Stand des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) entfernt war. Außerdem beklagt er, dass die Geschäftsstelle der AGAH nicht zum 15jährigen Jubiläum des AmkA eingeladen war.

Auch MdKAV Parrondo ist der Ansicht, dass die KAV auf dem Museum-suferfest nicht getrennt vom AmkA auftreten sollte.

Vorsitzender Sitki erinnert daran, dass es im letzten Jahr der ausdrückliche Wunsch der KAV gewesen ist, einen separaten Auftritt zu haben, da der Platz im AmkA-Zelt sehr begrenzt gewesen sei. Das Angebot der KAV hat sich in den letzten beiden Jahren kontinuierlich vergrößert, sowohl was den Raum, als auch die Publikationen betrifft.

Stadtrat Dr. Magen erklärt, dass die Geschäftsstelle selbstverständlich beantragt habe, in die Nähe des AmkA-Platzes zu kommen.

10. Anträge

10.1. Abwahl von Delegierten zur Stadtverordnetenversammlung und AGAH

MdKAV Parrondo erinnert an die Diskussion der letzten Plenarsitzung (nicht-öffentlicher Teil) und erklärt, dass dieser Antrag alle Delegierten betreffen soll, nicht nur die gewählten Vertreter für die AGAH und Stadtverordnetenversammlung. Es bestehe für ihn kein Zweifel, dass eine Abwahl möglich sei.

Auch MdKAV Alemdar kann sich nicht vorstellen, dass eine Abwahl unmöglich sei. Stadtrat Dr. Magen zieht einen Vergleich zu den Fraktionen, die ihre Vertreter für die Ausschüsse jederzeit abberufen können, stellt jedoch auch die Frage, ob die KAV überhaupt andere Kandidaten für die Posten habe.

Vorsitzender Sitki liest die Stellungnahme von Herrn Klein (Rechtsamt

der Stadt Frankfurt am Main) vor, wonach eine Verhältniswahl stattgefunden habe. Danach ist eine Abwahl nur möglich, wenn eine rechtliche Regelung hierzu getroffen worden sei. Dies ist jedoch weder bei der Geschäftsordnung der KAV, noch bei der Stadtverordnetenversammlung und auch nicht bei der Hessischen Gemeindeordnung der Fall.

MdKAV Dr. Kurt fragt, wieso solch ein Antrag ein Jahr vor der nächsten Ausländerbeiratswahl gestellt werden würde und sieht keinen Grund, warum er nur AGAH- und Stvv-Delegierte betreffen sollte.

Für die MdKAV Petkos und Tsouras ist die gesamte Debatte unvernünftig. Jeder, der seinen Posten nicht wahrnehmen kann, sollte selbst genug Verantwortungs- und Pflichtgefühl haben, um zurückzutreten. MdKAV Tsouras und MdKAV Parrondo beantworten die Frage des Stadtrates Dr. Magen, ob es Kandidaten gibt, mit „Ja“.

Bei einem Redebeitrag des MdKAV Gülegen kommt es zu verbalen Auseinandersetzungen. Ein Teil der Mitglieder verläßt unter Protest die Sitzung.

Vorsitzender Sitki bricht daraufhin die Sitzung ab.

Der Antrag bleibt ohne Beschluss.

Die weitere Tagesordnung und die TO II bleiben durch den Sitzungsabbruch ebenfalls ohne Beschluss.

30. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am 27.09.2004 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus Römer.

2. Genehmigung der Tagesordnung.

Es liegt eine Nachtrags-TO als Tischvorlage vor.

Es liegt außerdem ein Eilantrag zur Heinrich-von-Stephan-Schule vor.

Vorsitzender Sitki läßt über die Eilbedürftigkeit abstimmen.

Der Antrag wird einstimmig als TOP 10.7. in die Tagesordnung aufgenommen.

Vorsitzender Sitki macht darauf aufmerksam, dass der Antrag 10.4 - „Nicht beschulbare Kinder und Jugendliche“ - kurzfristig geändert wurde. Der aktuelle Text liegt als Tischvorlage vor.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

4. Vortrag über das Türkische Volkshaus

Da der Vorsitzende des Türkischen Volkshauses, Herr Ersan, leider wegen Krankheit verhindert ist, stellt MdKAV Esen das Türkische Volkshaus vor.

Der Verein Türkisches Volkshaus hat 142 Mitglieder, wovon 38 Prozent deutsche Staatsbürger sind.

Von den umfangreichen Programmen und Aktivitäten des Vereines seien an dieser Stelle genannt:

- Deutschkurse, Sprachkurse und Alphabetisierungskurse, die 2003 von über 7000 Menschen besucht wurden
- Seniorenarbeit, z.B. durch das Cafe (H)alteplatz
- Kinder- und Jugendarbeit, z.B. durch die Kinderinsel Hamburger Allee und den Treff für Jugendliche „All Colours - SchülerInnen-galerie“
- Kulturelle und informative Veranstaltungen

MdKAV Dr. Kurt fragt, ob es noch andere Türkische Volkshäuser in Deutschland gibt und ob diese in irgendeinem Verbund zusammenarbeiten oder zusammengehören.

MdKAV Esen bejaht die erste Teilfrage. Es gibt noch etliche Volkshäuser, z.B. in Köln und in Düsseldorf. Ein Verbund existiere jedoch nicht.

MdKAV Aslan betont die Wichtigkeit des Türkischen Volkshauses und erklärt, dass solche Institutionen durch die Politik und die KAV unterstützt werden sollten.

7. Jahresbericht 2003

MdKAV Parrondo bemerkt, dass der Jahresbericht in dieser Form weit aus besser lesbar sei und daran festgehalten werden sollte.

Der Jahresbericht wird einstimmig angenommen.

9. Berichte der Delegierten aus den Gremien

MdKAV Rinaldi berichtet vom Jugend- und Sozialausschuss, in dem u.a. über die Schließung der Kinder- Jugend- und Elternberatungsstelle Sachsenhausen beraten wurde. Dort werden ca. 11.000 Kinder betreut, von denen ein großer Teil ausländischer Herkunft ist. Es fehlen zur weiteren Finanzierung jedoch 1 Million Euro.

Stadtrat Dr. Magen erläutert, dass der Jugendhilfeausschuss die Schließung schon länger beschlossen habe.

MdStvv Pürsün würde sich darüber freuen, wenn die KAV einen

Antrag gegen die Schließung stellen würde. Zwar hätte der Jugendhilfeausschuss wirklich schon beschlossen, die Beratungsstelle nicht zu finanzieren, die anderen Ausschüsse aber noch nicht. Letztendlich würde ein Etat-Antrag daraus werden.

Die MdKAV Petkos und Parrondo berichten aus den letzten AGAH-Sitzungen.

10. Anträge

10.1. Wann werden die Mitarbeiter der Stadt Frankfurt am Main endlich interkulturell geschult?

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

10.2. Erhöhung der Haushaltsmittel für die Ausländerbeiratswahl 2005
Der Antrag wird einstimmig angenommen.

10.3. Hartz IV: Was kommt auf die ausländischen Mitbürger zu?

MdKAV Tsouras äußert ihre Zustimmung darüber, dass die KAV endlich Hartz IV zu ihrem Thema macht, findet den Antrag jedoch zu wenig überzeugend formuliert. Es sollten konkrete Punkte genannt werden, die negative Auswirkungen auf die Ausländer haben.

MdKAV Esen nennt einige dieser Punkte, z.B. Menschen, die keine Niederlassungserlaubnis haben oder die Schwierigkeiten damit haben, die Formulare auszufüllen.

MdKAV Rinaldi merkt an, dass Hartz IV Migranten und Deutsche gleichermaßen betrifft und kaum nur auf Ausländer bezogen werden kann.

MdKAV Parrondo hält die erste Frage des Antrages für überflüssig. Er stellt fest, dass es für die Ausländerbeiräte in den nächsten Monaten sowieso unumgänglich werden wird, sich mit Hartz IV zu befassen. Die zweite Frage des Antrages sei deshalb sehr wichtig.

Auch MdStvv Brillante hält die erste Frage für wenig sinnvoll. Bezüglich der zweiten Frage macht er darauf aufmerksam, dass es schon eine Reihe von Hilfen gäbe.

Vorsitzender Sitki plädiert dafür, die Anfrage doch wie vorgeschlagen zu beschließen. Selbst wenn die erste Frage überflüssig sei, wäre es doch gut zu wissen, wie der Magistrat dazu stünde.

Der Antrag wird unverändert zur Abstimmung gebracht und einstimmig beschlossen.

10.4. „Nicht beschulbare“ Kinder und Jugendliche

Der vorliegende aktuelle Antrag wird einstimmig beschlossen.

10.5. Sind Ganztagschulen auch ganztags Schulen?

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

10.6. Antirassismus-Projekte an Hessischen Schulen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

10.7. Was geschieht mit der Heinrich-von-Stephan-Schule?

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

10.8. Abwahl bestimmter Delegierter

Dieser Antrag ist in der letzten Sitzung nicht beschlossen worden und ist deshalb wieder auf der Tagesordnung.

Vorsitzender Sitki gibt bekannt, dass die Geschäftsstelle auf Wunsch des Plenums eine Liste erstellt habe, aus der die Anwesenheit der Delegierten bei ihren Sitzungen ersichtlich ist.

MdKAV Parrondo fragt, warum diese Liste nicht längst an die Mitglieder verteilt wurde.

Vorsitzender Sitki erklärt, dass das Präsidium beschlossen habe, dass dazu erst das Plenum befragt werden solle.

Abstimmung: Es wird einstimmig beschlossen, die Liste an alle KAV-Mitglieder zu senden.

Der Antrag „Abwahl bestimmter Delegierter“ wird von den Antragstellern zurückgezogen.

12. Informationsfilme des AMKA über das Schulsystem

Die drei Informationsfilme werden alle in ganzer Länge vorgeführt.

MdKAV Tozoglu hat die Filme bereits gesehen, hat jedoch nichts bemerkt, was der Kritik bedarf.

MdKAV Tsouras hat die Filme mehrmals gesehen und sie inzwischen sowohl griechischen als auch deutschen Gruppen gezeigt, die meisten der Zuschauer haben Kinder. Allen negativ aufgefallen ist der Ausdruck „Familienstolz“. Migranten fühlten sich dadurch verletzt. Ebenfalls wurde von allen bemerkt, dass über das Gymnasium nur ganz kurze Aussagen gemacht wurden.

Migranten fragten sich auch: „Haben deutsche Kinder diese Probleme etwa nicht? Wieso spricht man ausgerechnet uns an?“ Ihr selbst ist aufgefallen, dass sehr viel von Überforderung gesprochen wurde und nicht über Unterforderung. Interessant ist für sie auch, dass im Teil „Berufliche Schulen“ Schulen vorgestellt wurden, die es (bald) nicht mehr gibt.

MdKAV Dr. Kurt findet die Idee sehr gut, und auch den ersten und

den dritten Film gut gemacht. Im zweiten Film erkennt er jedoch ein Bemühen, die ausländischen Kinder vor der „Gefahr“ des Gymnasiums zu schützen. Es wird kaum auf die freie Wahl der Eltern hingewiesen. Er vermutet dahinter eine versteckte Politik, ausländische Kinder vom Besuch des Gymnasiums abzuhalten. Diese decke sich auch frappierend mit eigenen Erfahrungen und den Schilderungen vieler türkischer Familien, die massive Schwierigkeiten hatten, ihre Kinder auf das Gymnasium zu bekommen. Er empfiehlt der KAV, falls es zu einem Votum kommt, den zweiten Film abzulehnen. Auch Begriffe wie „Familienstolz“, die nichts mit der Wahl der Schule zu tun haben, sollten aus dem Film entfernt werden.

MdKAV Carbone fand die drei Teile insgesamt nicht ausgewogen. Auch die Grundschule wird überbetont. Der Ton ist zu appellativ, zu platt. Es hat sie verwundert, dass viele Informationen, z.B. die Existenz von Förderkursen für Deutsch, gar nicht gegeben werden. Berufsfelder werden aus monokultureller Perspektive gesehen, viele, die für Migranten interessant wären, z.B. Im- und Export, Handel, Touristik, werden nicht genannt. Die Zugangsvoraussetzungen für das Gymnasium werden ihrer Ansicht nach zu streng dargestellt. Die Abschaffung der Durchlässigkeit ist - obwohl für die Eltern sehr wichtig - ebenfalls nicht erwähnt worden. Bei italienischen Kindern ist es oft so, dass sie nach der Hauptschule in Deutschland noch ein Gymnasium in Italien besuchen, auch diese Möglichkeit wurde leider nicht erwähnt.

Stadtrat Dr. Magen bittet MdKAV Dr. Kurt zu spezifizieren, wen er beschuldigt, welche Politik zu machen, da er als Dezernent der verantwortliche Politiker sei.

Er betont, dass dieser Film von Fachleuten hergestellt worden sei und nicht von ihm selbst oder von der Amtsleitung.

MdKAV Dr. Kurt möchte niemanden persönlich angreifen. Aber ein Film werde nach einem Plan, nach einem Drehbuch, gemacht und dies macht sich dann auch im Film bemerkbar. Er sehe seine Meinung, dass man viele ausländische Kinder nicht auf dem Gymnasium haben wolle, durch den zweiten Film bestätigt.

Stadtrat Dr. Magen unterstreicht, dass der Auftrag für den Film ein rein beschreibender gewesen sei, es sollte kein politischer sein.

Vorsitzender Sitki wirft ein, dass es der KAV als einem politischen Gremium möglich sein muss, Aussagen über Politik zu machen.

MdKAV Parrondo erwähnt eingangs seines Beitrages, dass das deut-

sche Schulsystem eines der ungerechtesten sei. Auch er kritisiert, dass nur Berufsbilder einer bestimmten Richtung gezeigt werden, man wisse jedoch aus Gesprächen mit der Wirtschaft, dass es auch andere Entwicklungen gibt, an die leider nicht gedacht worden ist. Über das Gymnasium erfährt man ebenfalls zu wenig. Das generelle Problem aber ist - und das sei auch bei einem Film der Nassauischen Heimstätte das Problem gewesen -, dass man die KAV im Vorfeld nicht um ihre Meinung gebeten habe.

Vorsitzender Sitki erteilt auf Wunsch einem Gast, Herrn Azizfendioglu, das Wort. Herr Azizfendioglu war an der Entstehung der Filme beteiligt.

Er erklärt, dass das Team, das die Filme hergestellt hat, ein multikulturelles war. Die Zielgruppe des Filmes seien Problemgruppen, Eltern, die auf herkömmlichem Wege bisher nicht erreicht wurden. Eltern, die sich um ihre Kinder nicht kümmern. Herr Azizfendioglu arbeitet selbst an einer Schule mit einem großen Ausländeranteil. Die Filme sollten Eltern Mut machen, sie sollten auch nicht ohne Kommentar gezeigt werden, sondern sie werden bei Elternabenden gezeigt. Es würden auch keine Berufsschulen vorgestellt, sondern lediglich „besondere Bildungsgänge“ in den Berufsschulen und diese gäbe es nach Auflösung der Berufsschulen auf jeden Fall weiter. Herr Azizfendioglu betont, dass in der Schule, in der er arbeitet, in den letzten 8 Jahren kein Kind auf die Hauptschule geschickt wurde, aber „die Eltern mit denen wir arbeiten, sind nicht direkt die Eltern von Gymnasialkindern“, so Azizfendioglu.

MdKAV Carbone geht auf die Betonung ein, keine Politik machen zu wollen. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten sei die Antidiskriminierungsstelle der Stadt Frankfurt. Sie sei also gerade dafür zuständig, den Menschen zu helfen, die nicht die Bevölkerungsmehrheit darstellen. Das bedeute jedoch, dass gerade da die notwendige Politik gemacht werden müsse.

MdKAV Tsouras warnt davor, das Medium Film nicht zu unterschätzen; selbst bei gut gemeinten Filmen könne eine gegenteilige Wirkung auftreten. Hier müsse man auch die Wahrnehmungen und Meinungen so vieler Menschen ernst nehmen und sich nicht auf den Standpunkt zurückziehen: „Wir haben es anders gemeint und wenn ihr das nicht versteht, habt ihr Pech gehabt!“

MdKAV Petkos versteht die Aufregung um das Wort „Politik“ nicht. Es

gibt nichts ganz und gar Unpolitisches.

Auch MdKAV Dr. Kurt sieht es als unzureichend an, sich hinter die Behauptung zurückzuziehen, der Film sei so oder so gemeint. Er selbst habe nun den Film gesehen und kenne keine Vorgeschichte und aufgrund seiner 34jährigen Erfahrungen in Deutschland komme er zu einer für ihn richtigen Wahrnehmung. Die Tendenz des zweiten Filmes decke sich mit seinen Erfahrungen. Er appelliert an das Filmteam, seine Kritik anzunehmen und sich nicht als letzte Instanz der Weisheit zu sehen. Das Gymnasium werde viel zu knapp dargestellt. Aus dem Film sei keine Intention zu erkennen, Chancengleichheit herzustellen, er manipulierte die Eltern bei ihrer Entscheidung und lasse keine wirklich freie Wahl zu.

MdKAV Aslan ist der Meinung, dass die Filme empfohlen und gezeigt werden können. Er sei trotz Kleinigkeiten, die nicht gut seien, eine Informationsquelle.

Vorsitzender Sitki erteilt dem Gast Herrn Pavicevic auf dessen Wunsch das Wort. Herr Pavicevic war ebenfalls an der Entstehung der Filme beteiligt.

Er stellt sich kurz vor und erklärt, dass die Filme nur bedingt geeignet seien, unkommentiert Eltern gezeigt zu werden. Eine Empfehlung für eine bestimmte Schule sei sehr schwierig. Einzelberatung sei unabdingbar. Ziel der Filme und des Projektes „Ausbildungsorientierte Elternarbeit“ sei Beratung über das Schulsystem und nicht, welche Schule richtig oder nicht richtig ist. Der Film zeige objektiv betrachtet nur Tatsachen und dabei längst nicht alle. Es sei auch nicht möglich, dass ein solcher Film aktuell sei, dazu entwickle sich bei den Schulen viel zu viel.

Man solle aber schon bedenken, wohin man sein Kind schicke, denn es gäbe auch Kinder, die auf der Hauptschule landen, die früher auf dem Gymnasium waren. Leider schafften nicht alle das Gymnasium. Ansonsten gäbe es ja zum Glück die Gesamtschule.

Vorsitzender Sitki fragt, angesichts der Tatsache, dass der Film nur Problemfamilien gezeigt werden soll oder auch Eltern, die ihr Kind überschätzen, wer den Bildungsstand der Eltern überprüft. Wer traut sich so etwas zu? Außerdem sei das Ziel der KAV das Gegenteil: Die KAV möchte der Tatsache entgegenwirken, dass immer mehr Schüler auf die Hauptschule verwiesen werden, sie möchte die Eltern nicht auch noch dazu ermutigen. Es ginge jetzt darum, einen gemeinsa-

men Weg zu finden.

Herr Pavicevic bestreitet, dass es das Ziel der Filme sei, die Kinder auf eine bestimmte Schule zu schicken, sondern dieses liege allein in der Aufklärung. Alle Berater im Projekt kennen das Schulsystem und die Informationsvermittlung sei ihre Aufgabe.

Vorsitzender Sitki gibt das Wort an Frau Dejak, die ebenfalls an dem Film mitgewirkt hat.

Frau Dejak meint, den Filmemachern würde unterstellt werden, sie arbeiteten gegen sich selbst. Sie weist diese Unterstellung von sich. Sie arbeitet mit den Russisch sprechenden Migranten. Ihre Befürchtungen betreffen nicht das Gymnasium oder die Realschule, sondern die Frage: Wie holen wir die Kinder von der Straße? Sie erzählt das Beispiel ihres Sohnes, der vom Gymnasium schrittweise herabgestuft wurde bis zur Hauptschule. In einem weiteren Beispielfall kam es zu einem tiefen Konflikt in der Familie. Diese Tendenz, eben die möglicherweise falsche Einschätzung der Kinder, wurde vom Filmteam wahrgenommen. Ihre Aufgabe sei es, auch die Gefahren aufzuzeigen. Man solle weniger nach einem Wort, z.B. Familienstolz, fragen, sondern nach dem Sinn.

Vorsitzender Sitki fällt auf, dass Frau Dejak in ihrem Beitrag lediglich über falsche und richtige Einschätzungen bezüglich der Schulwahl gesprochen hat, obwohl Herr Pavicevic betont hat, dies sei gar nicht die Aufgabe der Filme.

Vorsitzender Sitki erteilt einem weiteren Gast das Wort: Frau Müller-Handl vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten. Sie hat die Filme redaktionell betreut.

Zunächst stellt Frau Müller-Handl klar, dass die Filme aus dem Projekt „Ausbildungsorientierte Elternarbeit mit Migrantenfamilien“ heraus entstanden sind und informiert über dieses Projekt, an welchem mittlerweile 54 Menschen beteiligt sind, die alle Elternarbeit leisten. U.a. sind die DITIP, die Taqwa-Moschee und viele Migrantenvereine daran beteiligt. In den letzten zwei Jahren wurden verstärkt muttersprachliche Lehrerinnen und Lehrer eingebunden, weil sich herausgestellt hat, dass schon viel früher Informationen fehlen. Nun wird bereits in den Grundschulen angefangen, die Eltern über die Schul- und Ausbildungswege zu informieren.

Aus diesen Elternabenden und Gesprächen hat sich ergeben, dass zwar über das Gymnasium Informationen bekannt sind, aber z.B.

kaum über die Gesamtschulen. Und deshalb haben sich so die Prioritäten ergeben. Bei allem wurden immer weitere Wege, weitere Möglichkeiten aufgezeigt. Das Gleiche war auch bei den sogenannten „besonderen Bildungsgängen“ der Fall.

Die Filme seien ein didaktisches Mittel, die z.B. auf Elternabenden auch deutschen Eltern gezeigt werden und mit ihnen erarbeitet werden. Sie werden nicht kommentarlos herumgereicht.

Alle Texte wurden mit den Übersetzern der jeweiligen Sprache noch einmal durchgesprochen und geprüft, ob alle Fragen auch aufgenommen wurden. So ist auch die Sache mit dem „Familienstolz“ hineingekommen, die in der Elternarbeit immer wieder gehört wurde. MdStvv Yüksel widerspricht der Aussage Dr. Kurt's, hinter den Filmen stecke eine Politik. Dies riecht für ihn nach einer Verschwörungstheorie. Er selbst hat den Film zum ersten Male gesehen, hatte sich etwas Dramatisches vorgestellt, empfindet den Film aber als eine Hilfe für Eltern. Auch der „Familienstolz“ sollte seiner Meinung nach angesprochen werden, da er Eltern kennt, auf die genau diese Einstellung zutrifft. Dieser Stolz existiert seiner Ansicht nach. Er räumt ein, dass dem Thema „Gymnasium“ wenig Platz eingeräumt wird, und dass das Thema „Sonderschule“ tabuisiert wird. Insgesamt spräche jedoch nichts dagegen, diesen Film zu zeigen.

Stadtrat Dr. Magen wehrt sich entschieden dagegen, durch diesen Film sei bewusst eine für Ausländer nachteilige Politik betrieben worden. Er kann für den gesamten Magistrat sprechen und sagen, dass sie alle um das Wohl der Migranten sehr bemüht sind. Eltern sollen stolz auf ihre Kinder sein. Die Filme sollen nur unterstützend als Hilfsmittel dienen. Die Debatte, die hier geführt wird, betrifft nicht nur Nicht-Deutsche, sondern zieht sich auch durch die deutsche Gesellschaft. Dr. Magen betont, dass die Gesellschaft auch die Ressourcen der Migranten braucht.

Durch die geäußerten Verdächtigungen werden die betroffenen Mitarbeiter des AmKA angegriffen und das sei nicht gerecht.

MdKAV Tsouras stellt klar, dass es tatsächlich besser gewesen wäre, all diese Informationen vorher gehabt zu haben, dass dies jedoch an den festgestellten Tatsachen überhaupt nichts ändere. Der Familienstolz in dem Zusammenhang, in dem er im Film erwähnt wird, assoziiere eben etwas anderes als einen allgemeinen Stolz. Und genau das haben alle richtig herausgehört. Auch wenn Eltern im Beisein von Multipli-

katoren und Elternberatern diese Sätze hören müssen, spricht sie sich entschieden dagegen aus. Die genannten Sätze haben Eltern Angst gemacht. Was da alles an Zugangsvoraussetzungen für das Gymnasium genannt wird, stimme einfach nicht.

An Frau Dejak gerichtet, stellt MdKAV Tsouras fest: Das Problem, das sie geschildert habe, betreffe die Kritik der KAV an diesem Film überhaupt nicht.

MdKAV Dr. Kurt freut sich zu hören, dass die von ihm vermutete Politik nicht vorherrscht. Er ist sich jedoch sicher, dass die Einschätzungen, zu denen die KAV-Mitglieder gekommen sind, auch bei den Eltern, die den Film sehen werden, identisch sein werden. Die teils unterschwelligten Warnungen und Befürchtungen werden wirken. Die Filme wären ausgeglichener ausgefallen, wenn an der Vorbereitung auch Menschen beteiligt gewesen wären, die ähnliche Erfahrungen wie er selbst gemacht haben. Die genaue Zielgruppe ist ihm immer noch unklar: teils wurden heute sogar deutsche Eltern genannt, teils Problemfamilien, teils Kinder, die in der Schule Probleme haben. Das wurde heute unterschiedlich ausgeführt. Hier sei sich wohl selbst die Gruppe der Filmverantwortlichen nicht einig. Der zweite Film sollte auf jeden Fall so nicht gezeigt werden.

Vorsitzender Sitki stellt einige der Fragen vor, die sich dem Präsidium gestellt haben:

- Wurde das Städtische Schulamt im Vorfeld mit einbezogen?
- Wurde das Staatliche Schulamt beteiligt?
- Wurde das Dezernat für Schule beteiligt?
- Wenn nein: Warum nicht?
- Warum wurde der Film erst der Öffentlichkeit gezeigt, nachdem schon die Verbreitung beschlossen war?
- War die geplante Änderung des Hessischen Schulgesetzes den Filmemachern bekannt?
- Warum wird nie von der Unterforderung der Kinder gesprochen, die auf der Hauptschule falsch sind?
- Ist den Filmemachern bekannt, dass dann, wenn Lehrereinschätzung und Elterneinschätzung auseinander gehen, in den weitaus meisten Fällen die Elterneinschätzung richtig ist?
- Warum wird nicht Positives über das Gymnasium berichtet?
- Warum wird kein Gymnasium im Film vorgestellt?

**31. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen
Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am
01.11.2004 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung,
Rathaus Römer.**

**5. Vorstellung der Kroatisch-Europäischen Kulturgesellschaft
und der Kroatischen Gemeinde Frankfurt am Main**

Der Vorsitzende der Kroatisch-Europäischen Kulturgesellschaft, Herr König, stellt seinen Verein vor.

Der Verein wurde 1970 durch die ersten Kroaten in Frankfurt gegründet und war der erste Kulturverein seiner Art in Deutschland überhaupt. Mitglieder waren nicht nur Arbeiter, sondern auch Studenten und Akademiker. Leider ging die Mitgliederzahl zurück, so dass der Verein im Jahr 2002 mit einem weiteren Kroatischen Verein fusionieren mußte, um weiterhin bestehen zu können.

Heute trägt der Verein auf verschiedenen Tätigkeitsfeldern zur Förderung der Integration, zur Pflege der Identität, zur Bewusstseinsbildung der kroatischen Landsleute bei: durch muttersprachliche Bildungs- und Kulturveranstaltungen, durch Konzerte klassischer Musik, durch Diskussionsveranstaltungen an der Universität, durch Beratungsgespräche und vieles mehr.

Der Vorsitzende der Kroatischen Gemeinde, MdKAV Akmadza, stellt diese vor.

Die Gemeinde ist kein Verein, sondern eine kirchliche Gemeinde, welche 1963 gegründet wurde und heute ca. 15.000 Mitglieder zählt. Damit ist sie die größte katholische Gemeinde in Frankfurt am Main. Sie beschäftigt 3 Pfarrer, 3 Ordensschwwestern, 2 Sozialarbeiter und viele ehrenamtliche Helfer.

Ziele und Angebote sind die Seelsorge, die Sozialarbeit und die Kulturarbeit. In der Sozialarbeit wiederum sind die Jugendarbeit, die Arbeit mit älteren Mitgliedern und die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Vereinen und Institutionen die Schwerpunkte. Dazu finden nicht nur Gottesdienste statt, sondern es wird Religionsunterricht angeboten und es gibt u.a. einen Chor, eine Folkloregruppe, eine Musikgruppe und ein Orchester.

9. Anträge

9.1 Keine Auflösung der Kinder-Jugend-Elternberatung Sachsenhausen

9.2 Weitere Nutzung des „Amerika-Hauses“

9.3 Offener Treffpunkt für Jugendliche auf dem „Teves“-Gelände

9.4 Bekanntmachung des neuen Staatsangehörigkeitsrechtes

9.5 Frankfurt braucht ein „Haus der Kulturen“

9.6 Umfangreichere Förderung von ausländischen Schülerinnen und Schülern

Allen Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

10. Verschiedenes

MdKAV Parrondo berichtet, dass sich der Vorstand der AGAH mit dem Antrag der KAV „Schule ohne Rassismus“ befasst habe. Der Vorstand empfiehlt, dass sich die einzelnen Ausländerbeiräte direkt an die Schulen in ihrer Stadt wenden sollten. Die AGAH sieht derzeit noch keine Möglichkeit, etwas von Wiesbaden aus zu steuern.

Er weist außerdem auf die AGAH-Plenarsitzung am 22. Januar 2005 im Frankfurter Römer hin, bei der Ministerpräsident Koch zu Gast sein wird. Die Mitglieder der KAV sollten dabei zugegen sein.

MdKAV Tsouras empfiehlt, Fragen an Herrn Koch zu formulieren, auch wenn die Antworten schon vorstellbar seien. Die Fragen sollten jedoch die Aufmerksamkeit der Zuhörer wecken.

MdKAV Erbas bittet das Präsidium, zum Ende vom Fastenmonat Ramadan, einem großen Feiertag der Muslime, eine Presseerklärung herauszugeben.

Vorsitzender Sitki nimmt diesen Vorschlag entgegen.

Es findet eine ausführliche Diskussion über den Namen der geplanten KAV-Zeitung statt, in der in der Hauptsache kritisiert wird, dass das Plenum an der Namensgebung bisher nicht beteiligt war. MdKAV Dr. Kurt beantragt eine Abstimmung, dass in der nächsten Sitzung über den Namen abgestimmt werden soll.

Die Abstimmung ergibt 11 Stimmen für die nächste Sitzung und 9 Stimmen für diese Sitzung. Somit wird in der nächsten Sitzung über den Namen der KAV-Zeitung befunden.

**32. ordentliche öffentliche Plenarsitzung der Kommunalen
Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) am
29.11.2004 im Plenarsaal der Stadtverordnetenversammlung,
Rathaus Römer.**

5. Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende Sitki gibt aktuelle Termine bekannt und weitere aktuelle Informationen.

Zum Namen der KAV-Zeitung beschließt das Plenum einstimmig, dass der vorläufige Name „KAV-Zeitung“ auch beibehalten werden soll.

Der Vorsitzende Sitki gibt ein kurzes Resümee der zurückliegenden Arbeit der KAV im ablaufenden Jahr 2004.

6. Vortrag des Leiters des Jugend- und Sozialamtes, Herrn Staymann, zur sozialen Lage der Stadt Frankfurt am Main

Herr Staymann beginnt mit neuen Erkenntnissen zur Migrantensituation in Frankfurt am Main. Er geht davon aus, dass 1/3 der Bevölkerung zumindest über einen Migrationshintergrund verfügt. Die Sozialhilfequote sei besonders in den Stadtgebieten hoch, in denen auch die Ausländerquote und die Arbeitslosenquote hoch sei. Hier gäbe es also einen erwiesenen Zusammenhang. Bei einer Befragung der Sozialräthäuser, die auf einer Skala von 0 (keine) bis 3 (große) Probleme mit Ausländern im Stadtteil bewerten sollten, gab es keine „0“, aber dreimal eine „3“.

Das Sozialamt führt eine Reihe von Projekten durch, von denen Herr Staymann exemplarisch das Quartiersmanagement und das Projekt „Frankfurt - Soziale Stadt - Neue Nachbarschaften“ nennt. Hier wurden seit 1998 viele in Angriff genommenen Ziele auch erreicht. Das Projekt läuft in anderen Stadtteilen weiter und Herr Staymann legt der KAV nahe, auch Gebiete zu nennen, in denen das Projekt durchgeführt werden sollte.

Zur Jugend bemerkt Herr Staymann, dass die sogenannte „Retardierung“, also eine Entwicklungsverzögerung bei ausländischen Kindern doppelt so hoch sei wie bei deutschen. Sie nähmen auch weniger an den Vorsorgeuntersuchungen teil.

Jeder zweite Einwohner unter 18 Jahren ist Migrant oder hat Migrationshintergrund. Ziel der Jugendarbeit sei eine identitätsbezogene Jugendfacharbeit. Ein Diskussionsentwurf zur Frankfurter Jugendhil-

feplanung werde bald der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt und stellt den derzeitigen Stand dar.

Zu den älteren Menschen stellt Herr Staymann heraus, dass die Migranten unter den Über-70-Jährigen oder gar Über-80-Jährigen noch unterrepräsentiert seien. Aber schon bei den Menschen über 55 entspräche ihr Anteil auch dem allgemeinen Anteil. Die Nachfrage nach spezifischer Altenhilfe für Migranten wird also in den kommenden Jahren steigen.

Er weist auf den Wegweiser „Älter werden in Frankfurt“, sowie auf die laufende Maßnahme „Partizipative Altersplanung“ hin.

Zum Abschluss seines Vortrages geht Herr Staymann auf die aktuelle Umbruchphase im Sozialamt ein. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sei eine völlig neue Situation entstanden. Frankfurt habe die Möglichkeit einer Arbeitsgemeinschaft zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit gewählt. Dadurch entstehen neue Fachbehörden, die Job-Center. Sie übernehmen einige Aufgaben, die früher in den Sozialrathäusern durchgeführt wurden. Dadurch wiederum werden ein paar Sozialrathäuser aufgelöst, während im Gegenzug fünf Job-Center entstehen werden.

Herr Staymann steht im Anschluss an seinen Vortrag für Anmerkungen und Fragen zur Verfügung.

MdKAV Aygün macht drei Anmerkungen: Er weist darauf hin, dass die Kombination „hohe Sozialhilfequote“ in Stadtteilen mit „hoher Ausländerquote“ ja nicht von den Ausländern so gewollt sei. Außerdem kritisiert er eine Bemerkung Staymanns, ein Türke identifiziere sich über seine Nationalität. Zum Dritten sei mittlerweile erwiesen, dass die ausländischen Kinder keine besondere Schuld an den schlechten PISA-Ergebnissen haben.

MdKAV Gülegen bedauert ebenfalls, dass bei der Diskussion um die Bildungsmisere die Schuld ausschließlich auf der Seite der Ausländer gesucht werde. Warum sollte nicht auch die Schule betrachtet werden? Deutschland habe monolinguale Schulen für bilinguale Kinder.

MdKAV Dr. Kurt stellt die Frage, was die Ausländer gegen die Entwicklung von Parallelgesellschaften machen könnten. Er stellt heraus, was verschiedene ausländische Gruppen, auch Moschee-Vereine, schon getan haben, um ein Miteinander der Ethnien zu ermöglichen, aber

ihnen werde bei passender und auch bei unpassender Gelegenheit immer wieder der Vorwurf gemacht, Parallelgesellschaften bilden zu wollen.

MdKAV Tsouras bezweifelt Herrn Staymanns Bemerkung, es gäbe keinen erwiesenen Zusammenhang zwischen Armut und Krankheit. Sie weist darauf hin, dass durch die Gesundheitsreformen allein schon ein erheblicher Unterschied in der Krankenbehandlung entstanden sei, und zwar aufgrund der anfallenden Kosten. Sie stellt auch in Frage, dass die Schließung von drei Sozialrathäusern angemessen sei. Ihrer Meinung nach würden in Zukunft sogar noch mehr Sozialrathäuser benötigt werden.

MdKAV Alemdar führt den sozialen Brennpunkt Sossenheim an. Er ist der Meinung, dass alle dort durchgeführten Projekte bis jetzt keinen Erfolg zeigen. Er ist außerdem der Auffassung, dass die Migrantenkinder sehr wohl sehr gut Deutsch sprechen, aber trotzdem kein Abitur erreichen.

Herr Staymann geht auf die einzelnen Anmerkungen ein: Der Zusammenhang zwischen Quoten und Bevölkerungsanteil sei eine wissenschaftliche Feststellung, keine Schuldzuweisung und auch keine Begründung für irgendetwas. Auch er ist im Übrigen der Ansicht, dass es in Frankfurt am Main gar keine Parallelgesellschaften gäbe, da kein Stadtteil existiere, in dem lediglich eine einzige Nation lebe. In Bezug auf die Bildung merkt er an, dass das nicht sein Ressort betreffe, und noch nicht einmal in der Verantwortung der Stadt Frankfurt am Main läge. Auf kommunaler Ebene sei hier sehr wenig zu bewegen. Er habe sich deshalb auf die Punkte konzentriert, auf die man direkt Einfluss nehmen könne.

9. Anträge

9.1 Bereinigung des Melderegisters der Stadt Frankfurt am Main

MdKAV Tsouras hält den zweiten Punkt des Antrages für frauenfeindlich. Sie und MdKAV Carbone plädieren dafür, dass man im Falle einer zurückkommenden Wahlbenachrichtigungskarte diese nicht dem Ehemann zusenden solle, sondern diesen darauf aufmerksam machen solle, auch den Namen der Ehefrau am Briefkasten anzubringen.

Vorsitzender Sitki erklärt, dass dies nicht frauenfeindlich sei, denn ohne nochmalige Zusendung würden die Frauen gar keine Wahlbenachrichtigungskarte erhalten. Im Übrigen solle ja die gleiche Karte

lediglich in einen Briefumschlag gesteckt und ansonsten nicht verändert werden.

MdKAV Parrondo bemerkt, dass die Kommune kein Interesse daran hätte, eine Bereinigung des Melderegisters durchzuführen. Außerdem entstünden dadurch ja auch Ausländern eventuell Probleme.

Der Antrag wird bei 7 Stimmen dafür und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

9.2 Bürgernahe Verwaltungssprache

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

9.3 „Interkulturelle Kompetenz“ muss zur Lehrerausbildung gehören - AGAH-Antrag

9.4 „Interkulturelle Kompetenz“ muss zur Lehrerausbildung gehören - Antrag an die Stadtverordnetenversammlung

MdKAV Parrondo plädiert dafür, diese beiden Anträge zurückzustellen, da die Agah demnächst ein Gespräch mit der Kultusministerin Wolff führen werde.

Die Zurückstellung wird einstimmig beschlossen.

9.5 Raumnot in der Franz-Böhm-Schule beseitigen

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

10. Aktuelle Stunde

MdKAV Dr. Kurt dankt für die Aufnahme dieses Punktes auf die Tagesordnung und erklärt den Grund für eine Aussprache: Das türkische Sprichwort „Jeder, der einen Mund hat, redet“ bewahrheitet sich für ihn wieder einmal, weil zurzeit jeder, der öffentlich politisch auftritt, meint, etwas über den Islam oder die Integration der Muslime, vornehmlich der Türken äußern zu müssen.

Viele Muslime haben versucht, dieser „Islam-Phobie“ entgegen zu wirken. Zum Beispiel habe die DITIB eine große Demonstration veranstaltet, an der sich über 50.000 Menschen, auch Prominente, beteiligt haben.

Doch wenn der Innenminister behauptet, integriert sei nur derjenige, der am Ende sagt: „Ich bin Deutscher!“, so ist das keine Integration sondern Assimilation.

Es kommt ihm vor wie eine Kampagne gegen die Muslime. Und angesichts der Tatsache, dass so viele Menschen schon so lange hier leben und so viel zur Integration beigetragen haben, fragt sich MdKAV Dr. Kurt, wie es weitergehen soll.

MdKAV Aygün fand die Idee einer Demonstration gut, aber sie hatte einen Fehler: Die DITIB vertritt nicht die gesamten Muslime in Deutschland. Hätte man zusätzlich andere islamische Organisationen und Vereine eingeladen, wären nicht 50.000 sondern sogar 100.000 Menschen gekommen. Er hofft, dass man das nächste Mal daran denkt.

MdKAV Alemdar verliest eine Rede. Er stellt heraus, dass wegen einer kleinen Gruppe von Radikalen der gesamte Rest in den gleichen Topf geworfen wird. Nicht die Minarette seien gefährlich, sondern Keller und Garagen. Die Muslime in Deutschland akzeptieren das Grundgesetz und seine Werte, sie haben eine Brücke mit viel Liebe gebaut. Wo bleibt nun die Toleranz? Die Muslime fühlen sich zum allergrößten Teil nicht als Gäste in einem Gastland, sondern als Bürger Deutschlands. Islam bedeutet gleichzeitig „Friede“ und „Hingabe“. Der Islam gebietet, das jeweilige Recht anzuerkennen, also wird auch das deutsche Recht von den Muslimen anerkannt. Auch Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und viele andere Untugenden und Gefährlichkeiten werden vom Islam grundlegend abgelehnt. Wir müssen lernen, in Liebe miteinander zu leben. Dazu gehören z.B. staatliche Hilfen für den Bau von Moscheen wie in Frankreich oder eine positive Diskriminierung, eine Quotenregelung für Muslime bei Arbeitsplätzen.

Stadtrat Dr. Magen erkennt eine sehr kritische Situation in Deutschland. Beides, der Mord an Van Gogh und die Übergriffe gegen Moscheen und islamische Einrichtungen in Holland waren gleichermaßen schlimm. Auf beiden Seiten werden jetzt Ängste und Aufgeregtheiten aufgeschaukelt und das sei das Schlimmste, was passieren kann. Die Gefahr besteht, dass sich nun Muslime zurückziehen und bei ihnen der Eindruck entsteht, Deutschland wolle sie nicht. Er bittet alle hier anwesenden Muslime, die Menschen in ihren Kreisen zu beruhigen, denn es gibt viel mehr Deutsche, die sie akzeptieren, als es zurzeit den Eindruck macht. Das Schlechteste sei eine Panikmache. Das Beste sei jetzt, das Gespräch zu suchen.

MdKAV Parrondo sieht diesen letztgenannten Punkt als den problematischsten an. Es sieht so aus, als ob alles, was die Migranten in den letzten Jahren aufgebaut haben, jetzt wieder zerstört wird. Es macht ihn sehr traurig, dass die mühevollte Arbeit, z.B. die der ehrenamtlichen Ausländerbeiratsmitglieder überhaupt nicht erwähnt wird. Medien und Politiker äußern sich nicht, um Lösungen anzubieten, sondern

um sich einer bestimmten Stimmung zu bedienen. Wir, die KAV und die Stadt müssten gemeinsam zum Ausdruck bringen, was wir unter Dialog verstehen. Wir sollten gemeinsam auftreten und ein Beispiel für andere Kommunen sein.

MdKAV Dr. Kurt kann über die aktuelle Situation nur seine Sprachlosigkeit ausdrücken. Er fragt sich, wo Deutschland hingeht. Was soll er den Menschen sagen? Wir arbeiten zwar weiterhin dafür, dass sich die Menschen hier verstehen, sowohl Dr. Magen als auch die KAV und die Moscheevereine, aber die Äußerungen und plakativen Sprüche der Politiker schaden. Wem könnten sie nützen? Was bewirken sie? Wir müssten aus der Geschichte lernen. Zum Beispiel hat eine Umfrage nach den Äußerungen des ehemaligen Bundeskanzlers Schmidt („Es war ein Fehler, Gastarbeiter ins Land zu holen“) ergeben, dass sich nun sehr viele Deutsche dieser Auffassung anschließen. Soll man daraus schließen, dass wir Ausländer unerwünscht sind? Die Politiker sollten aufhören, mit dem Feuer zu spielen.

MdKAV Kuntich findet, dass die Diskussion falsch geführt wird. Man fordert nur von den Muslimen, nicht von den Anderen. Schon die Formulierungen „wir“ und „ihr“ seien falsch. Vor Übergriffen sollten islamische Institutionen genauso wie christliche oder jüdische Einrichtungen geschützt werden. Er bemängelt aber auch, dass es für den Islam in Deutschland keine Ansprechpartner gibt.

MdKAV Tozoglu wundert sich, dass ausgerechnet ein ehemaliger Bundeskanzler einen solchen Ausspruch tun konnte. Er dankt Agah-Geschäftsführerin Foraci für ihre guten Beiträge in „Maintower“. Sein Appell ist: Wenn jeder mit seinem Nachbarn in Frieden lebt, kommt der Friede über das ganze Land.“

MdKAV Alemdar erwähnt einen angeblichen Islam-Experten, der in der BILD-Zeitung Halb- und Unwahrheiten über den Islam verbreitet hat. Klarstellungen wurden leider nicht gebracht. Zu den Demonstrationen merkt er noch an: Viele Menschen haben Angst, an solchen Demos teilzunehmen. Man wird leider sehr leicht in einen falschen Topf geworfen und z.B. als „militant“ bezeichnet.

Zum Abschluss sagt Vorsitzender Sitki, dass Integration keine Einbahnstraße ist, die gesamte Gesellschaft muss daran arbeiten und er ist zuversichtlich, dass wir das Ziel erreichen können.

V Chronologie

1. Anregungen der KAV im Jahr 2004 an die Stadtverordnetenversammlung

Nr.:	Titel	Antrag von:	Beschluss der StVV:
K 36	Die Herderschule muss erhalten bleiben	LIS	Ablehnung
K 37	Jährlicher Schul-Integrationsbericht	LIS	Ablehnung
K 38	Aussagekräftige Statistik: Menschen mit Migrationshintergrund	LIS	Prüfung und Bericht: B 106
K 39	Keine Auflösung der Elly-Heuss-Knapp-Schule	Präsidium	Ablehnung
K 40	Benennung oder Umbenennung eines Platzes oder einer Straße in Frankfurt am Main nach François Mitterrand	LIS	Zustimmung
K 41	Die Sendung „Rendezvous in Deutschland“ muss erhalten bleiben!	WIF	Prüfung und Bericht: B 554
K 42	Wann werden die Mitarbeiter der Stadt Frankfurt am Main endlich interkulturell geschult?	Präsidium	Beratung noch nicht abgeschlossen
K 43	Erhöhung der Haushaltsmittel für die Ausländerbeiratswahl 2005	LIS	Zustimmung mit Zusatz
K 44	Keine Auflösung der Kinder- Jugend- Elternberatung Sachsenhausen	LIS	Zustimmung im Rahmen des Etatantrages 202/2004
K 45	Offener Treffpunkt für Jugendliche auf dem Teves-Gelände	LiFa	Prüfung und Bericht
K 46	Bekanntmachung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts	EU	Prüfung und Bericht
K 47	Frankfurt braucht ein „Haus der Kulturen“	LIS	Vereinfachtes Verfahren
K 48	Umfangreiche Förderung von ausländischen Schülerinnen und Schülern	LIS	Prüfung und Bericht
K 49	Abhilfe der Raumnot der Franz-Böhm-Schule	EU	Vereinfachtes Verfahren

2. Anfragen der KAV im Jahr 2004 an den Magistrat

Nr.:	Titel:	Antrag von:
KA 19	Wie bewähren sich die Vorlaufkurse? Zusatz Anfrage der KAV zur Anfrage KA 18 vom 02.10.2003	WIF
KA 20	Wann wird der Arbeitskreis „Ethnic Monitoring“ einberufen?	WIF
KA 21	Zum Abbruch von Therapien für circa 360 schwerst traumatisierte Opfer im Rahmen des Programms „Therapie für Flüchtlinge und Opfer organisierter Gewalt“ beim Evangelischen Regionalverband	IFL
KA 22	Illegale in Frankfurt am Main	LIS
KA 23	Hartz IV: Was kommt auf die ausländischen Mitbürger zu?	LIS
KA 24	„Nicht beschulbare“ Kinder und Jugendliche Bezug Bericht des Magistrats vom 03.09.2004, B 593	LIS
KA 25	Sind Ganztagschulen auch ganztags Schulen?	LIS
KA 26	Was geschieht mit der Heinrich-von Stephan -Schule	LIS
KA 27	Weitere Nutzung des „Amerika Hauses“	LIS
KA 28	Bürgernahe Verwaltungssprache (3)	LIS

3. Anregungen der KAV im Jahr 2004 an die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH)

Datum:	Titel:	Antrag von:	Beschluss:
12.01.2004	„Kommunales Wahlrecht für alle Ausländer“ Antrag der AGAH Nr.: 04005, Plenarsitzung vom 06.03.2004	LIS	Zustimmung
08.03.2004	Aufnahme des Themas „Ausländerbeiräte“ in die schulischen Lehrpläne“ Antrag der AGAH Nr.: 04008, Plenarsitzung vom 08.05.2004	Präsidium	Zustimmung mit Ergänzungen
08.03.2004	„Interkulturelle Kompetenz“ muss zur Lehrerbildung dazugehören Antrag der AGAH Nr.: 04009, Plenarsitzung vom 08.05.2004	Präsidium	Zustimmung
27.09.2004	Antirassismus-Projekt an Hessischen Schulen Antrag der AGAH Nr.: 04014, Plenarsitzung vom 09.10.2004	LIS	Zustimmung

EU: Emigranten Union

LIS: Liste Internationale Sozialdemokraten

IFL: Internationale Liste Frankfurt

WIF: WIR in Frankfurt

LiFa: Liste für Integration in Frankfurt/M.

Alle Anregungen im Volltext:

K 36 Die Herder-Schule muss erhalten bleiben

vom 13.01.2004
Anregung an die
Stadtverordneten-
versammlung

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 23. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 12.01.2004 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, Folgendes zu beschließen:

Die Herderschule wird nicht geschlossen.

Begründung:

Die geplante Schließung der Herderschule ist eine falsche Maßnahme zur falschen Zeit. Das Gymnasium ist mit einem mehr als sechzigprozentigen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund eindeutig eine mehrkulturelle Schule. Da für mehrkulturelle Schulen noch keine verbindlichen Qualitätsstandards existieren und sich die Herderschule zudem noch in einem Entwicklungsprozess befindet, wäre eine Schließung - bevor überhaupt vernünftige Aussagen zur Qualität solcher Schulen gemacht werden können - besonders fatal.

Zudem ist bisher nicht ersichtlich, warum das Stadtschulamt nicht steuernd eingreift, um einer Tendenz entgegen zu wirken, dass einige Gymnasien überfüllt sind, während die Herderschule um ihre Anmeldungen werben soll.

gez. Hüseyin Sitki

Jährlicher Schul-Integrationsbericht

K 37

vom 13.01.2004

**Anregung an die
Stadtverordneten-
versammlung**

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 23. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 12.01.2004 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, Folgendes zu beschließen:

Der Magistrat erbittet sich vom Hessischen Kultusministerium einen jährlichen Integrationsbericht der Frankfurter Schulen. Dieser Schul-Integrationsbericht soll alle Maßnahmen enthalten, die das Land durchführt, um die schulische Integration von ausländischen Schülerinnen und Schülern zu verbessern. Er soll außerdem auch die Erfolge, bzw. Mißerfolge dieser Maßnahmen deutlich machen.

Der Magistrat ergänzt diesen Bericht mit einschlägigen Maßnahmen im Elementarbereich (Kindertagesstätten, u.a.).

Begründung:

Die „Dokumentation zur Situation von Schülerinnen und Schülern mit Migrationserfahrungen an Frankfurter Schulen im Schuljahr 2000/2001“ (Dipf, 2002) zeigt, daß sich die Integration ausländischer Kinder an Schulen gegenüber den Vorjahren nicht verbessert hat. In Bezug auf die Zahlen der Abiturienten hat sie sich sogar verschlechtert.

Die verschiedenen Maßnahmen, um dieser Tendenz entgegen zu steuern, sind mittlerweile durch Erweiterungen, Neueinführungen und Beendigungen sehr undurchsichtig geworden. Dies läßt sich besonders bezüglich ihrer Effizienz sagen.

Erfolgreiche Projekte wie „BABYLON“ in Hanau werden in Frankfurt nicht durchgeführt und ein hilfreiches Ethnic Monitoring wartet immer noch auf seine Einführung.

Durch den jährlichen Schul-Integrationsbericht erwarten wir uns sowohl eine Quelle zur Prüfung und Übersicht von laufenden Maßnahmen als auch ein Hilfsmittel, um zielgerichtete Anträge zur Verbesserung der schulischen Notlage stellen zu können.

gez. Hüseyin Sitki

K 38 Aussagekräftige Statistiken: Menschen mit Migrationshintergrund

vom 27.04.2004

Anregung an die
Stadtverordneten-
versammlung

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 26. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 26.04.2004 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, Folgendes zu beschließen:

Der Magistrat erstellt eine aussagekräftige Statistik, die nicht nur die Anzahl der Ausländer, sondern auch die der Menschen mit Migrationshintergrund erfasst und veröffentlicht diese in ihrem statistischen Jahrbuch.

Begründung:

Immer wieder ist in Studien und Projekten die Aussage zu lesen oder zu hören, dass keine genauen Angaben über die Menschen mit Migrationshintergrund getroffen werden können. Besonders von Interesse sind diese Daten für die Arbeit von Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungsbetrieben.

Die Statistiken weisen jedes Mal darauf hin, dass nur die Zahl der Ausländer angegeben werden kann, die ausschließlich einen ausländischen Pass besitzen, Doppelstaatler und Eingebürgerte werden nicht erfasst.

Es ist jedoch möglich, diese Statistiken ohne großen Aufwand zu ergänzen. Das Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen verfügt auch über die Angaben zum Status der doppelten Staatsbürgerschaft. Das Standesamt kennt die Zahl der Einbürgerungen und die Schulen können bei Anmeldung ihrer Schüler auch nach bisherigen Staatsbürgerschaften der Eltern fragen, so sie es nicht schon tun. In den Kindergärten wird dies wahrscheinlich wegen der Vorlaufkurse ebenfalls schon praktiziert.

Dadurch könnte sich ein aussagekräftiges Bild über die Einwohner, insbesondere über die Schüler mit Migrationshintergrund ergeben.

Komplettiert werden könnte dieses Bild noch durch folgende Fragen bei Kindergarten- und Schulanmeldungen:

- Welche Sprachen werden zu Hause gesprochen?

- Ist ein Elternteil nicht deutscher Nationalität?

Es wird zwar oft darauf hingewiesen, dass die Abfrage solcher Daten die Privatsphäre verletze, doch erstens werden diese Angaben höchstwahrscheinlich sowieso schon verlangt und zweitens könnte man sie anonymisieren. Sie müssten lediglich in eine Statistik einfließen. Die Erhebung dieser Daten wäre von hohem Interesse.

gez. Hüseyin Sitki

Keine Auflösung der Elly-Heuss-Knapp-Schule

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 27. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 24.05.2004 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, Folgendes zu beschließen:

Die im Schulentwicklungsplan B vorgesehene Auflösung der „Elly-Heuss-Knapp-Schule“ wird nicht durchgeführt und die Schule bleibt in der jetzigen Form erhalten.

Begründung:

Der Schulentwicklungsplan B (SEP B) sieht die Auflösung der Elly-Heuss-Knapp-Schule vor, die dort laufenden Programme (vornehmlich „Benachteiligtenmodelle“) sollen auf andere berufliche Schulen verteilt werden.

Diesen Plan betrachten wir schon allein wegen der Entwicklung dieser Schule, in der eine ganz außerordentliche pädagogische Kompetenz entstanden ist und die gleich in mehrfacher Hinsicht Vorreiter und Vorbild für andere berufliche Schulen war und ist, nicht nur für falsch, sondern dazu auch für tragisch.

Hinzu kommt, dass die Umsetzung des Planes auch aus einer ausländerbezogenen Sicht äußerst negativ wäre: Durch die Konzentration auf Benachteiligtenmodelle können einige Programme, z.B. auch die

K 39

**vom 25.05.2004
Anregung an die
Stadtverordneten-
versammlung**

sehr wichtigen Deutschkurse nur hier angeboten werden, weil hier eben eine hohe Zahl an Schülern, die das Angebot in Anspruch nehmen, vorhanden sind. Verteilt man die Schülerinnen und Schüler auf viele Schulen, so geht die Nachfrage dort unter, ebenso wie vermutlich auch das Fachwissen der Lehrkräfte.

Zur Zeit noch bietet die Elly-Heuss-Knapp-Schule personell und konzeptionell als einzige berufliche Schule die Gewähr einer besonderen Sprachförderung für jugendliche Migrantinnen und Migranten: von der Alphabetisierung über 1- bis 2-jährige Klassen zur Erlangung des Hauptschulabschlusses bis zu 2-jährigen Klassen zur Erlangung der Mittleren Reife.

Der Lernort Elly-Heuss-Knapp-Schule mit seinen für spezielle Lerngruppen ausgebauten Lernräumen, Sozialräumen und Werkstätten ermöglicht die Partizipation an Frankfurter Kultur. In dieser Diversität ist dies für keinen alternativen Standort im Schulentwicklungsplan vorgesehen.

Da hier in dieser Schule nicht nur Integration funktioniert, sondern auch gelebt wird, entspräche ihre Auflösung der Vernichtung gerade eines positiven Beispiels.

Die KAV spricht sich entschieden dagegen aus!

gez. Hüseyin Sitki

K 40 Benennung oder Umbenennung eines Platzes oder einer Straße in Frankfurt am Main nach François Mitterrand

vom 29.06.2004

**Anregung an die
Stadtverordneten-
versammlung**

Gemäss Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 28. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 28.06.2004 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, im Einvernehmen mit dem zuständigen Ortsbeirat ein Verfahren zur Benennung oder Umbenennung eines zentralen Platzes oder einer zentralen Straße in Frankfurt am Main nach dem Ehrenbürger der Stadt François Mitterrand in die Wege zu leiten.

Begründung:

In Würdigung seiner überragenden Verdienste für die Stadt verlieh die Stadt Frankfurt am Main François Mitterrand im Jahre 1986 die Ehrenbürgerrechte.

François Mitterrand hat mit Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl die europäische moderne Geschichte maßgeblich mitgestaltet und die deutsch-französische Freundschaft sowie die Einigung Europas mit Leidenschaft und Hingabe gefördert.

Auch die Stadt Frankfurt am Main gewinnt durch dieses modern gestaltete Europa.

2004, das Jahr der EU-Erweiterung und der Europawahl, ist optimal geeignet, diese Benennung oder diese Umbenennung in Gang zu setzen.

gez. Hüseyin Sitki

Die Sendung „Rendezvous in Deutschland“ muss erhalten bleiben!

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 28. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 28.06.2004 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, Folgendes zu beschließen:

Die multikulturelle und mehrsprachige Sendung „Rendezvous in Deutschland“ vom Hessischen Rundfunk bleibt erhalten.

Begründung:

Der Hessische Rundfunk plant eine drastische Änderung der multikulturellen, mehrsprachigen Sendung „Rendezvous in Deutschland“, die von der aktuellen 3stündigen Sendezeit auf UKW auf knappe 50 Minuten - in 2 Abschnitten am Sonntag Nachmittag- in HRSkyline verkürzt wird.

Diese Sendung hat sich seit Ende der 60er Jahre immer weiterentwickelt und aus dem damaligen reinen Gastarbeiterprogramm ist eine

K 41

**vom 29.06.2004
Anregung an die
Stadtverordneten-
versammlung**

multikulturelle, mehrsprachige, internationale Sendung entstanden, die durch kompetente Beiträge von Studiogästen und Hörern kulturelle, gesellschaftliche und politische Themen aufgreift und behandelt, die nirgendwo in dieser Form in der deutschen und ausländischen Medienlandschaft sonst erscheinen.

Sie ist also eine Sendung, die ein besonderes Prädikat aufweist, da sie nämlich den Informationsaustausch innerhalb der verschiedenen Kulturen hier und zwischen Deutschland und den Herkunftsländern der ersten Zuwanderer aus einer multikulturellen Perspektive pflegt und fördert. Damit trägt sie immer noch und immer mehr zur Integration aller Kulturen und Sprachen (auch jener, die nicht zur Gastarbeitergeneration gehören) in Frankfurt und Hessen bei.

Wir sind empört, dass gerade in Zeiten der Globalisierung, wobei Frankfurt und Hessen sich stärker gerade durch ihren internationalen Charakter profilieren möchten, diese Sendung dem monokulturellen Habitus zum Opfer fallen soll. Das erscheint uns inkohärent und sogar gefährlich für die Integration, da jede verkürzte Form an gesellschaftlicher Teilhabe für die Verstärkung von Parallelgesellschaften sorgt.

Die KAV protestiert entschieden gegen diese Entscheidung und fordert die Stadtverordnetenversammlung auf, sich für den Erhalt der Sendung mit der jetzigen Sendezeit bei dem HR einzusetzen, und den HR eindringlich zu bitten, die geplante Änderung zurückzunehmen.

gez. Hüseyin Sitki

K 42 Wann werden die Mitarbeiter der Stadt Frankfurt am Main endlich interkulturell geschult?

vom 28.09.2004

**Anregung an die
Stadtverordneten-
versammlung**

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 30. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung vom 27.09.2004 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, den Beschluss § 6775 vom 29.01.2004 ordnungsgemäß und zielgerichtet umzusetzen.

Begründung:

Mit dem Bericht B 564 versucht der Magistrat, beide Punkte des Beschlusses § 6775 der Stadtverordnetenversammlung vom 29.01.2004 zu umgehen.

Der Bericht beinhaltet zwar eine Definition der „Interkulturellen Kompetenz“, versucht aber gleichzeitig darzulegen, warum es keine stadt einheitliche Definition und Umsetzung geben kann. Diese Darlegung widerspricht nicht nur der eigenen Definition, welche gerade durch ihre Allgemeingültigkeit ohne Probleme in allen Bereichen der Stadtverwaltung übernommen werden kann, sondern auch der Praxis in mittlerweile immer mehr deutschen Großstädten.

Der Bericht zementiert eine Auffassung, die der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main laut einer Studie von Martin Schmitz („Integrationsmaßnahmen und Integrationspolitik der Stadt Frankfurt am Main“, Amt für multikulturelle Angelegenheiten, 1998) schon lange pflegt, nämlich Probleme punktuell anzugehen und nicht in einem Gesamtkontext. Deshalb resümiert Schmitz auch (a.a.O., S. 99): „Die Probleme werden getrennt und von unterschiedlichen Stellen bearbeitet, so dass umfassende, übergreifende Veränderungen und Maßnahmen kaum mehr möglich sind.“

Auch wenn in diesem Fall von externen Integrationsmaßnahmen die Rede ist, die Konsequenzen sind die gleichen. Umfassende und übergreifende Veränderungen sind erst möglich, wenn es ein Gesamtkonzept gibt. Und genau dieses hat die KAV gefordert und die Stadtverordnetenversammlung auch am 29. Januar 2004 beschlossen. Aber auch die Einzelmaßnahmen, die im Bericht genannt werden, sind unzureichend:

1. Dass Beamtinnen und Beamte im Rahmen ihrer Ausbildung mit „Interkultureller Kommunikation bekannt gemacht“ werden, ist zu begrüßen. Angesichts der Tatsache, dass die Stadt jedoch zwar 150 - 200 Auszubildende pro Jahr einstellt, davon jedoch nur 20 bis 40 Beamtenanwärter/innen sind, ist das nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Zahl der Beamtenanwärter/innen wird zudem noch in den nächsten Jahren verringert werden. Was ist mit dem Großteil der Auszubildenden, den Angestellten?

2. Dass die städtischen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner Probleme aus ihrer Sicht benennen und Lösungsschritte erarbeiten sollen, hört sich auf den ersten Blick interessant an, aber:

- Benennen sie auch wirklich Probleme?
- Wer erarbeitet die Lösungsschritte mit ihnen?
- Inwieweit wird den Problemen **aus Sicht der Migranten** Rechnung getragen?

3. Im Bericht heißt es: „Der Erwerb der aufgeführten Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden ist nicht für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gleichen Maße erforderlich.“

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bezieht sich deshalb auch nur auf die Bediensteten im Publikumsverkehr. Leider geht der Bericht hierauf nicht ein.

4. Die einzelnen Maßnahmen einzelner Ämter und besonders des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten sind zu begrüßen und ohne Frage auszubauen. Der Magistrat sollte jedoch darüber nachdenken, dass dieses letztgenannte Amt die Integration schon seit langem „als eine gesamtstädtische Aufgabe betrachtet und damit begonnen hat, alle Bereiche des städtischen Lebens miteinzubeziehen und untereinander zu vernetzen, ...“ („Städtische Förderungen und Massnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Frankfurt am Main“, im Auftrag des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten, 1993, S. 62) (Hervorhebungen im Original!)

Fazit: Die auf Seite 3 des Berichtes B 564 genannten Fähigkeiten sollten allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in publikumsintensiven Bereichen vermittelt werden. Es ist dabei keine Frage, dass sie in unterschiedlichen Bereichen auch unterschiedliche Ausprägungen haben kann, aber die interkulturelle Öffnung der Verwaltung - und die interkulturelle Kompetenz ist ein unverzichtbarer Teil der interkulturellen Öffnung - muss Top-Down erfolgen - und dies ist auch in anderen Städten so geschehen.

gez. Hüseyin Sitki

Produktgruppe 10.8

Produkt 10.8.2.1 Öffentlichkeitsarbeit der Kommunalen

Ausländervertretung

Erhöhung der Haushaltsmittel für die Ausländerbeiratswahl 2005

K 43

vom 28.09.2004
Anregung an die
Stadtverordneten-
versammlung

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 30. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung vom 27.09.2004 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für das Produkt „Öffentlichkeitsarbeit der Kommunalen Ausländervertretung (10.8.2.1) werden im Jahr 2005 zusätzlich 60.000 € zur Durchführung der Ausländerbeiratswahl bereitgestellt.

Begründung:

Der bereitgestellte Ansatz von 30.000 € im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) reicht bei weitem nicht aus, um vernünftig für die Wahl Werbung machen zu können.

Die Wahlbeteiligung ist bei den zurückliegenden Ausländerbeiratswahlen kontinuierlich von 19,6 Prozent (1993) auf 4,9 Prozent (2001) zurückgegangen. Eine repräsentative Umfrage, die von der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH) erstellt wurde, verdeutlicht unmissverständlich, dass mangelndes Wissen über die Wahlen und der geringe Bekanntheitsgrad der Ausländerbeiräte für den Rückgang der Wahlbeteiligung verantwortlich sind. Besonders in den Großstädten ist das eindeutig ein Problem der öffentlichen Verbreitung der Informationen.

Während für andere Wahlen durch die Parteien riesige Summen für Werbung ausgegeben werden, beliefen sich die Ausgaben zur Bekanntmachung der Ausländerbeiratswahl in Frankfurt auf ca. 25.000,-- €, im günstigsten Fall auf 50.000,-- €. Der Etat für allgemeine Öffentlichkeitsarbeit beträgt 20.000 € pro Jahr.

Das Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen in Frankfurt „vermutet“ seit Jahren eine mangelnde Identifikation der Wahlberech-

tigten mit der Ausländervertretung (siehe: „Wahl zur Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung am 9. November 1997“ und „Wahl zur Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung am 4. November 2001“)

Diese Vermutung hat sich inzwischen u.a. durch die folgenden Wahlanalysen als falsch erwiesen: „Ausländerbeiräte in der Krise?“, eine Studie der Landesregierung Rheinland-Pfalz, 2003, „Wahlanalyse zu den Ergebnissen der Ausländerbeiratswahlen am 4. November 2001“ von der AGAH und „Auswertung der Ergebnisse der Ausländerbeiratswahlen in NRW“, LAGA, 2000.

Die geringe Wahlbeteiligung wird allerdings - in Anlehnung an die genannte falsche Vermutung! - immer wieder als Argument gegen die Existenzberechtigung der KAV (und anderer Ausländerbeiräte) verwendet.

Anders als bei anderen Wahlen ist jedoch ein Fernbleiben der Wähler bei der Ausländerbeiratswahl so gut wie nie auf Wahlmüdigkeit oder Nicht-Identifikation mit einer der zur Wahl stehenden Listen verbunden, sondern mit mangelnder Kenntnis der Wahl schlechthin. Diesem Umstand muss mit einer Reihe von Kampagnen und Maßnahmen entgegengewirkt werden.

gez. Hüseyin Sitki

K 44 Keine Auflösung der Kinder-Jugend-Elternberatung

vom 02.11.2004

Sachsenhausen

**Anregung an die
Stadtverordneten-
versammlung**

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 31. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 01.11.2004 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, Folgendes zu beschließen:

Die Kinder-Jugend-Elternberatungsstelle Sachsenhausen wird nicht geschlossen.

Begründung:

Die 15 Erziehungs- und Familienberatungsstellen in Frankfurt am Main wurden bisher zu 1/3 vom Land Hessen finanziert. Das Land hat seinen Anteil von 840.000 € gestrichen. Das Sozialdezernat der Stadt Frankfurt am Main versucht nun, diesen Fehlbetrag durch Auflösung der Kinder-Jugend-Elternberatung Sachsenhausen zu kompensieren.

Eine vollständige Deckung der Differenz ist jedoch alleine durch die Schließung dieser Beratungsstelle nicht gegeben. Es könnten höchstens 300.000 € gespart werden.

Zunächst erscheint es der KAV unverständlich, warum eine wichtige Beratungsstelle wegen 300.000 € geschlossen werden soll.

Die Beratungsstelle Sachsenhausen betreut zudem rund 10.000 Kinder und Jugendliche, von denen fast die Hälfte Migranten sind oder über Migrationshintergrund verfügen. Und das in Ortsteilen (Sachsenhausen und Oberrad), in denen in den letzten 10 Jahren sukzessive andere Jugendeinrichtungen (z.B. Jugendhaus am Südbahnhof) geschlossen wurden.

Die Beratungsstelle Sachsenhausen hat darüber hinaus als einzige städtische Beratungsstelle ein interkulturelles Konzept und ist federführend für den wichtigen Arbeitskreis „Migration und psychische Gesundheit“. Die KAV wehrt sich entschieden dagegen, dass wieder eine für die Integration sehr wichtige Einrichtung verloren gehen soll. Hier liegt die Verantwortung - anders als in anderen Einrichtungen, die aufgrund der Streichung von Landesmitteln aufgegeben werden mussten - alleine in den Händen der Stadt Frankfurt am Main. Angesichts zu erwartender Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer muss es möglich sein, die gesamte Differenz zu kompensieren, damit die Kinder-Jugend-Elternberatung Sachsenhausen erhalten bleiben kann.

gez. Hüseyin Sitki

K 45 Offener Treffpunkt für Jugendliche auf dem „Teves“-Gelände

vom 02.11.2004

**Anregung an die
Stadtverordneten-
versammlung**

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 31. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 01.11.2004 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, Folgendes zu beschließen:

Auf dem leerstehenden „Teves“ - Gelände in der Rebstöcker Straße wird ein offener Jugendtreffpunkt eingerichtet.

Begründung:

Das sogenannte „Teves“-Gelände gehört der Stadt Frankfurt am Main. Es steht weitgehend leer und ist ungenutzt. Im Beirat „Soziale Stadt Gallus“ hat sich die Mehrheit der Mitglieder dafür ausgesprochen, auf diesem Gelände einen offenen Jugendtreff einzurichten.

Es ist bekannt, dass im Gallus-Viertel mit seinem hohen Anteil an ausländischer Bevölkerung weitere Angebote für Jugendliche dringend notwendig sind. Hierzu könnte das leerstehende Gelände sehr gut dienen.

gez. Hüseyin Sitki

K 46 Bekanntmachung des neuen Staatsangehörigkeitsrechtes

vom 02.11.2004

**Anregung an die
Stadtverordneten-
versammlung**

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 31. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 01.11.2004 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, Folgendes zu beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, weiterhin mit Broschüren und mehrsprachigen Info-Blättern über das neue Staatsangehörigkeitsrecht zu informieren.

Der Magistrat wird im Einzelnen beauftragt:

1. Eine aktualisierte Broschüre zum neuen Staatsangehörigkeitsrecht sowie mehrsprachige Faltblätter wieder in hoher Auflage in Umlauf zu bringen.
2. Die Bekanntgabe soll mindestens über Auslage dieser Broschüren in den Bürgerämtern, der Ausländerbehörde, den Konsulaten, den Migrantenvereinen, dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten sowie dem Standesamt erfolgen.
3. Über die Homepage der Stadt Frankfurt am Main, bei „Frankfurt International“ soll ebenfalls an gut sichtbarer Stelle darüber informiert werden.
4. Es soll eine ansprechende Broschüre, bzw. ein ansprechendes Faltblatt über die mögliche Mehrstaatigkeit bei EU-Bürgern erstellt werden. Dies soll ebenfalls wie unter Punkt 2 und 3 beschrieben, verbreitet werden.

Begründung:

Das neue Staatsangehörigkeitsrecht war ein bedeutender Schritt in Richtung auf ein nachvollziehbares und gerechtes Recht für in Deutschland geborene Menschen. Zwar ist der Stichtag zur Beantragung der deutschen Staatsangehörigkeit für die in Frage kommenden Kinder schon abgelaufen, andere Regelungen wie etwa der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt unter bestimmten Voraussetzungen sind jedoch weiterhin gültig. Viele werdenden Eltern oder junge Paare ausländischer Nationalität kennen diese Regelungen kaum oder es kursieren falsche Annahmen.

Nach den Maßnahmen des Standesamtes im Jahre 2000 hat keine flächendeckende Aktion mehr stattgefunden, über das neue Staatsangehörigkeitsrecht zu informieren. Sie dienten anscheinend nur der Information über den Einbürgerungsanspruch der schon geborenen Kinder bis zum 31.12.2000.

Wie viele Nachfragen bei KAV-Mitgliedern beweisen, ist jedoch der Informationsbedarf weiterhin vorhanden. Die Stadt Frankfurt am Main sollte diesen Bedarf endlich abdecken.

Im Jahre 2000 wurde vom Standesamt der Stadt Frankfurt ein mehrsprachiges Infoblatt erstellt, das zusammen mit einem Faltblatt der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung in Umlauf gebracht

wurde. Über die Mehrstaatigkeit für EU-Bürger informierte lediglich ein deutschsprachiges einfaches DIN-A4-Blatt.

Beide Kampagnen haben sich als zu oberflächlich und zu knapp herausgestellt und wurden mittlerweile entweder eingestellt oder auf ein Minimum zurückgefahren.

gez. Hüseyin Sitki

K 47 Frankfurt braucht ein „Haus der Kulturen“

**vom 02.11.2004
Anregung an die
Stadtverordneten-
versammlung**

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 31. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 01.11.2004 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, Folgendes zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf,

1. bis zum März 2005 eine geeignete bebaute Liegenschaft zu finden, auf der ein „Haus der Kulturen“ eingerichtet werden kann.
2. bis zum Juni 2005 mit der Einrichtung zu beginnen.
3. die notwendigen finanziellen Mittel für ein „Haus der Kulturen“ im Haushalt 2005/2006 bereitzustellen.

Begründung:

Wir verweisen zunächst auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung § 2178 in seiner 10. Sitzung am 28.02.2002, resultierend auf den Antrag der SPD NR 503 vom 06.02.2002 und der Anregung der KAV K 21 vom 06.11.2001.

In diesem Beschluss wurde der Magistrat gebeten, zu prüfen und zu berichten, ob, wo und wie in Frankfurt am Main ein „Haus der Kulturen“ als Ort der Begegnung für Menschen unterschiedlicher Nationalität, Kultur und Religion geschaffen werden kann.

Durch diesen Beschluss hat die Stadtverordnetenversammlung grundsätzlich den Bedarf eines „Hauses der Kulturen“ befürwortet und die Begründungen in der KAV-Anregung und im SPD-Antrag akzeptiert.

Leider ist das Projekt seit dieser Zeit, also seit fast 3 Jahren, immer mehr in Vergessenheit geraten. Ein Antrag der KAV im Jahre 2002, im heute kaum genutzten Gebäude Kaiserstr. 52, für welches die Stadt noch immer hohe Mieten zahlt, ein „Haus der Kulturen“ einzurichten, wurde abgelehnt. Dadurch sind der Stadt leider Mieteinnahmen entgangen, durch die sie ihre Ausgaben hätte vermindern können. Trotzdem braucht eine internationale Stadt wie Frankfurt ein solches multikulturelles Zentrum. Angesichts neuer Entwicklungen, z.B. der Kürzungen der hessischen Landesregierung im Sozialbereich, unter denen viele Migrantenvereine leiden, der Spannungen zwischen Behörden und religiös orientierten Vereinen, aber auch des Bedarfs von sozial schwachen und/oder kinderreichen Migrantenfamilien, kommen permanent neue und gewichtige Gründe für eine Begegnungsstätte hinzu. Dem sollte die Stadt Frankfurt am Main endlich Rechnung tragen.

gez. Hüseyin Sitki

Umfangreichere Förderung von ausländischen Schülerinnen und Schülern

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 31. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 01.11.2004 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, Folgendes zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf,

1. die schulischen Maßnahmen und Projekte zur Förderung von Migrantenkindern, wie z.B. „MitSprache“, erheblich auszuweiten.
2. die vorschulischen Maßnahmen und Projekte zur Förderung von Migrantenkindern erheblich auszuweiten.
3. sich beim Kultusministerium um umfangreichere Förderungen von Migrantenkindern zu bemühen.
4. einen runden Tisch einzurichten, der sich allein mit der Situation ausländischer Schülerinnen und Schüler beschäftigt. An diesem

K 48

**vom 02.11.2004
Anregung an die
Stadtverordneten-
versammlung**

runden Tisch sollen die Verantwortlichen aus dem städtischen und dem staatlichen Schulamt sowie politische Vertreter teilnehmen.

Begründung:

Mit unserem Antrag K 37 vom 12. Januar 2004 forderten wir einen jährlichen Schul-Integrationsbericht, welcher alle Maßnahmen des Landes und der Stadt, die der Verbesserung der schulischen Integration von ausländischen Schülerinnen und Schülern dienen, aufzählen sollte. Er sollte außerdem auch die Erfolge, bzw. Misserfolge dieser Maßnahmen deutlich machen. Dieser Antrag wurde leider abgelehnt.

In den Zeitungen der letzten Tage war nun zu lesen, dass bei einem hessenweiten Vergleich der Abschlussarbeiten von Haupt- und Realschulen die Frankfurter Schülerinnen und Schüler am schlechtesten abgeschnitten haben. Herr Eifert, der Leiter des staatlichen Schulamtes, führte dies auf den hohen Anteil ausländischer Schüler zurück, die keine Muttersprache richtig gelernt haben. Er forderte (lt. FR vom 13.10.2004): „Das Kind muss in seiner Sprache gefördert werden, dann lernt es auch Deutsch.“

In Frankfurt finden bereits an einigen Schulen die richtigen Maßnahmen statt. Leider ist es ohne einen Schul-Integrationsbericht schwer, die verschiedenen Programme zu überblicken. Jedoch kann gesagt werden, dass laut des Integrationsberichtes 2003 z.B. das Projekt „MitSprache“ an lediglich sechs Schulen durchgeführt wird. Auch die rund 29.000 €, die zur Förderung von muttersprachlichem Unterricht ausgegeben werden und die sich dazu noch auf 23 Einrichtungen verteilen (Anlage 3 des Integrationsberichtes) sind bei weitem nicht ausreichend.

Die Stadt Frankfurt am Main kann nicht weiterhin zusehen, wie sich die Situation von Migrantenkindern an Frankfurter Schulen - und damit zusehends auch die schulische Situation überhaupt - von Jahr zu Jahr verschlechtert. Maßnahmen und Programme dürfen nicht länger Alibi-Funktionen haben, sondern sollen etwas nützen. Dazu müssen sie entsprechend ausgebaut und erweitert werden. Dazu müssen sie auch endlich überprüft werden können.

gez. Hüseyin Sitki

Abhilfe der Raumnot der Franz-Böhm-Schule

K 49

**vom 31.11.2004
Anregung an die
Stadtverordneten-
versammlung**

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 32. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 29.11.2004 wird folgende Bitte an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat wird beauftragt, sehr kurzfristig der Raumnot der Franz-Böhm-Schule abzuwehren.

Begründung:

Das für 1000 Schülerinnen und Schüler ausgelegte Gebäude der Franz-Böhm-Schule wird seit vielen Jahren von doppelt so vielen Schülerinnen und Schülern genutzt.

Für die Kinder bedeutet dies, dass sie bezüglich der Qualität ihrer Ausbildung benachteiligt sind. Hilfen und Gesprächsmöglichkeiten für die Schüler sind viel schwerer zu organisieren. Sie können nur unzureichend betreut werden.

Schülerinnen und Schüler müssen auf Fachräume ausweichen, die nicht wie Klassenräume angelegt sind und in denen Spezialeinrichtungen stören. Im Gegenzug dazu können diese Fachräume wiederum nicht immer wie notwendig für den entsprechenden Fachunterricht genutzt werden.

Da die Unterrichtsräume trotzdem nicht ausreichen, müssen die Schüler oft in viel zu kleine Gruppenräume ausweichen, es gibt keine Möglichkeiten für Gruppenarbeiten oder gar Ruhe für ein Einzelgespräch.

Ein Schüleraufenthaltsraum, eine Cafeteria für die Schüler mit Nachmittagsunterricht und auch eine Aula fehlen völlig.

Der Magistrat muss sich deshalb kurzfristig und mit Nachdruck darum bemühen, diese Raumnot nachhaltig zu beseitigen.

gez. Hüseyin Sitki

Alle Anfragen im Volltext:

KA 19 Wie bewähren sich die Vorlaufkurse?

vom 09.03.2004

Anfrage
an den Magistrat
der Stadt
Frankfurt am Main

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 25. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 08.03.2004 wird der Magistrat gebeten, die folgende Anfrage zu beantworten.

Bezugnehmend auf die Stellungnahme des Dezernats VI vom 12.12.2003 auf die KA 18 möchten wir folgende Fragen noch einmal stellen, weil sie unzureichend beantwortet wurden:

1. Frage 3 der KA 18 wurde unzureichend beantwortet. Wie hoch ist die Prozentzahl der Kinder mit Migrationshintergrund? Zukünftig wäre es angebracht, eine statistische Erfassung der Beweggründe durchzuführen, die zu einer Nichtbeteiligung an den Vorlaufkursen führen.

2. Zusatzfrage zu Frage 4 der KA 18: Was ist mit den 28 Kindern nach der Rückstellung passiert und welche Maßnahmen sind für sie eingeleitet worden, um eine Förderung der deutschen Sprache zu gewährleisten?

3. Bezugnehmend auf die Antwort auf unsere Frage 8: Werden von den Schulleitern/ Schulleiterinnen auch Kenntnisse in der Muttersprache diagnostiziert?

Falls nein, warum nicht?

Falls ja, durch welches Personal?

Begründung:

Wir nehmen Bezug auf die Stellungnahme des Magistrats vom 12.12.2003 auf die Anfrage der KA 18 vom 02.10.2003.

Es wäre sinnvoll zu erfahren, in wieweit die zurückgestellten Kinder zwischenzeitlich eine besondere Förderung erhalten haben, um den Anforderungen der Einschulungstests zu genügen.

gez. Hüseyin Sitki

Wann wird der Arbeitskreis „Ethnic Monitoring“ einberufen?

KA 20

**vom 09.03.2004
Anfrage
an den Magistrat
der Stadt
Frankfurt am Main**

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 25. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 08.03.2004 wird folgende Bitte an den Magistrat gerichtet:

Der Magistrat wird gebeten, folgende Anfrage zu beantworten:
Die Stadtverordnetenversammlung hat mit Beschluss § 6543 vom 18.12.2003 die Gründung eines Arbeitskreises „Ethnic Monitoring“ unter Teilnahme der KAV beschlossen.

Wann wird diese Arbeitsgruppe eingerichtet?

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung hat durch ihren Beschluss die Wichtigkeit eines solchen Arbeitskreises bestätigt. Die Einrichtung des Arbeitskreises sollte nun zeitnah geschehen. Bisher hat die KAV jedoch noch keine Mitteilung erhalten, wann der Beschluss umgesetzt werden wird.

gez. Hüseyin Sitki

Zum Abbruch von Therapien für circa 360 schwerst traumatisierte Opfer im Rahmen des Programms „Therapie für Flüchtlinge und Opfer organisierter Gewalt“ beim Evangelischen Regionalverband

KA 21

**vom 27.03.2004
Anfrage
an den Magistrat
der Stadt
Frankfurt am Main**

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 26. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 26.04.2004 wird der Magistrat gebeten, die folgende Anfrage zu beantworten.

Eine Delegation von über 20 Patienten des Programms „Therapie für Flüchtlinge und Opfer organisierter Gewalt“ des Evangelischen Regionalverbandes wandte sich an die KAV mit der Bitte, sich ihres Anliegens anzunehmen und dieses auf dem politischen Forum zur Sprache zu bringen.

Durch die fristlose Kündigung ihrer Therapeutin seien die teilweise seit 8 bis 9 Jahren fortdauernden Behandlungen von heute auf morgen, ohne jegliche Vorankündigung und ohne jegliches Ersatzangebot, beendet worden.

Die 25 Frauen und Männer sind allesamt Patienten in dem vorgeannten Programm gewesen, in dem psychologische Therapie für Flüchtlinge in der Muttersprache angeboten wurde. Bei ihnen handelt es sich häufig um Opfer organisierter Gewalt, d.h. diese Menschen sind also gefoltert worden. Sie weisen darauf hin, dass dieser Vorgang aus medizinischer Sicht ein unerhörter Skandal ist. Es käme dem gleich, wie wenn während einer lebenswichtigen Operation die Beatmungsmaschine abgeschaltet wird, weil dem Arzt gekündigt wird. Die 25 Frauen und Männer repräsentierten insgesamt 360 Patientinnen und Patienten aus dem Programm, die teilweise aus dem ganzen Bundesgebiet kommen.

Dies vorausgeschickt fragen wir den Magistrat:

1. Welchen Standpunkt nimmt der Magistrat hinsichtlich der Tatsache ein, dass eine medizinisch so enorm wichtige Versorgung abrupt und ersatzlos beendet wird?
2. Wie bewertet der Magistrat diesen Vorfall, dass mit der psychischen Gesundheit von schwerst traumatisierten Menschen so sorglos umgegangen wird?
3. Sieht der Magistrat eine Möglichkeit, auf den Evangelischen Regionalverband dahingehend politisch Einfluß zu nehmen, dass den Betroffenen umgehend die Fortsetzung ihrer Therapien in ihrer Muttersprache ermöglicht wird?

gez. Hüseyin Sitki

Illegale in Frankfurt am Main

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 26. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 26.04.2004 wird der Magistrat gebeten, die folgende Anfrage zu beantworten.

1. Wie hoch ist die geschätzte Zahl der Ausländer ohne Aufenthaltsstatus (Illegale) in Frankfurt?
 2. Was unternimmt die Stadt Frankfurt in dieser Angelegenheit?
 3. Was unternimmt die Stadt insbesondere in Bezug auf die jugendlichen Illegalen?
- Gibt es helfende (soziale) Maßnahmen?

Begründung:

Das Problem der Illegalen wurde bisher kaum untersucht oder besprochen. Es ist nicht bekannt, wie die Stadt Frankfurt am Main mit diesen Menschen umgeht. Ob sie lediglich als „Kriminelle“ gesehen werden oder ob man sich auch mit dem hinter dem rechtlichen Status bestehenden menschlichen Schicksal befasst.

Ein besonderes Problem stellen die ausländischen Jugendlichen dar, welche z.B. aus dem nordafrikanischen Raum über EU-Länder in die Großstädte und damit auch nach Frankfurt ziehen und hier weder einer legalen Arbeit nachgehen, noch Sozialhilfe beziehen können.

gez. Hüseyin Sitki

Hartz IV: Was kommt auf die ausländischen Mitbürger zu?

Gemäss Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 30. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 27.09.2004 wird der Magistrat gebeten, die folgende Anfrage zu beantworten:

1. Kann es durch „Hartz IV“ zu Verschlechterungen der ausländerrechtlichen Situation von ausländischen Mitbürgern kommen?

KA 22

vom 27.04.2004

**Anfrage
an den Magistrat
der Stadt
Frankfurt am Main**

KA 23

vom 28.09.2004

**Anfrage
an den Magistrat
der Stadt
Frankfurt am Main**

2. Wird ausländischen Mitbürgern bei Fragen und Problemen zu „Hartz IV“, besonders beim Ausfüllen der Antragsbogen geholfen?

Begründung:

Zu 1.:

Immer wieder ist zu lesen, dass die Hartz-IV-Reformen zu mehr Benachteiligungen für Ausländer führen werden. Mit der Absichtserklärung der beiden kreisfreien Städte Frankfurt und Offenbach und den Arbeitsagenturen Frankfurt und Offenbach vom 27.05.2004 wird sich die Stadt Frankfurt an einer Arbeitsgemeinschaft nach § 44 b SGB II beteiligen und somit sind Ausländerbehörde und Verwaltung von ALG II unter dem gleichen Dach der gleichen Behörde.

Die Stadt Frankfurt am Main muss dementsprechend Aussagen über Verschlechterungen der ausländerrechtlichen Situation von ausländischen Mitbürgern machen können.

Zu 2.:

In der „Frankfurter Rundschau“ vom 01.09.2004 war zu lesen, dass die Hartz-Bogen besonders Ausländern Probleme bereiten.

Die KAV möchte deshalb wissen, was die Stadt Frankfurt am Main tut, um diese Probleme zu beheben.

gez. Hüseyin Sitki

Vorsitzender der KAV

KA 24 „Nicht beschulbare“ Kinder und Jugendliche

vom 28.09.2004 Bezug: Bericht des Magistrats vom 03.09.2004, B 593

**Anfrage
an den Magistrat
der Stadt
Frankfurt am Main**

Gemäss Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 30. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 27.09.2004 wird der Magistrat gebeten, die folgende Anfrage zu beantworten:

Das Problem der angeblich „nicht beschulbaren“ Kinder und Jugendlichen wird nicht in der Öffentlichkeit diskutiert. Weder die „Statistischen Jahrbücher“ der Stadt, noch die sogenannte DIFP-Studie erwähnt sie.

Der Bericht B 593 beantwortet in seiner Kürze und Knappheit noch nicht einmal die Fragen der SPD (A 569) ausreichend und vollständig.

Er enthält die Antwort auf die Frage, wie viel nicht beschulbare Kinder es im Vorjahr gab, leider vor.

Man nimmt jedoch an, dass die Zahl dieser „nicht Beschulbaren“ von Jahr zu Jahr anwächst, während kaum Maßnahmen für sie existieren. Vor dem Hintergrund dieser Annahme fragen wir den Magistrat:

1. Wie viele „nicht beschulbare“ Kinder und Jugendliche im letzten Schuljahr waren ausländische Kinder?
2. Wie viele „nicht beschulbare“ Kinder und Jugendliche wurden in den Schuljahren 1998 bis 2002 aus der Schule verwiesen? (Bitte pro Jahr getrennt aufführen)
3. Wie viele davon waren ausländische Kinder?
4. Wie viele dieser Kinder und Jugendlichen nehmen die Angebote der im Bericht genannten Prüfungen für Nichtschüler in Anspruch?
5. Ist es vorgesehen, die unter den Punkten 1 - 4 angesprochenen statistischen Daten zukünftig regelmäßig ins „Statistische Jahrbuch Frankfurt am Main“ aufzunehmen?

Begründung:

Das im Grundgesetz verankerte Recht auf Bildung und die Pflicht zum Schulbesuch sollte nicht durch behördliche Verfügungen ausgehebelt werden. Wenn es sich so verhalten sollte, dass immer mehr Kinder durch Verfügung als „nicht beschulbar“ bezeichnet und so vom Schulbesuch ausgeschlossen werden können, dann liegt die Vermutung nahe, dass hier wieder einmal unliebsame Kinder und Jugendliche regelrecht aus der Schule „abgeschoben“ werden.

Daneben ist es an der Zeit, dass endlich alle relevanten Daten zur Schulsituation auch öffentlich gemacht werden.

gez. Hüseyin Sitki

KA 25 Sind Ganztagschulen auch ganztags Schulen?

vom 28.09.2004

**Anfrage
an den Magistrat
der Stadt
Frankfurt am Main**

Gemäss Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 30. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 27.09.2004 wird der Magistrat gebeten, die folgende Anfrage zu beantworten:

1. Welche Inhalte, welche Konzeptionen gibt es für den Nachmittagsabschnitt der einzelnen Ganztagschulen in Frankfurt am Main?
2. Wie werden diese freiwilligen Angebote angenommen?
3. Gibt es Schulen, die unter dem Etikett „Ganztagschulen“ laufen, aber (noch) kein Nachmittagsangebot vorweisen können?
4. Wie ist die Zusammensetzung der Klassen? (Deutsche - Ausländer)
5. Welche Kosten fallen für das Nachmittagsangebot an?

Begründung:

Nach den verheerenden PISA-Ergebnissen ist auch in Hessen die Ganztagschule als ein möglicher Weg aus der Misere heraus erkannt und gangbar gemacht worden.

Doch wie sieht es an den Nachmittagen in den Ganztagschulen aus? Unbestreitbar kann die Ganztagschule nur dann den Erfolg bringen, wenn die zusätzliche Zeit, die die Schüler in der Schule verbringen auch mit einem pädagogischen Angebot verknüpft ist und nicht - wie es die Gewerkschaft GEW bezeichnet hat - eine „Halbtagschule mit Suppenküche“ ist.

gez. Hüseyin Sitki

KA 26 Was geschieht mit der Heinrich-von-Stephan-Schule?

vom 28.09.2004

**Anfrage
an den Magistrat
der Stadt
Frankfurt am Main**

Gemäss Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 30. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 27.09.2004 wird der Magistrat gebeten, die folgende Anfrage zu beantworten:

1. Soll die Heinrich-von-Stephan-Schule am Ende des angelaufenen Schuljahres geschlossen werden?
2. Wohin genau sollen die Schülerinnen und Schüler verteilt werden?

3. Warum wurden die begonnenen Dachsanierungsarbeiten nicht wie geplant weitergeführt?
4. Wie lange sollen die Schülerinnen und Schüler in den Containern untergebracht werden?
5. Wie viel kosten die Container die Stadt Frankfurt in dem gerade begonnenen Schuljahr und wie viel hätte der noch notwendige Rest der Dachsanierung gekostet?
6. Wie viel haben die bisher erforderlichen Gutachten und die bisher schon erbrachten Arbeiten zur Dachsanierung die Stadt Frankfurt am Main gekostet?

Begründung:

Die begonnene Dachsanierung der Heinrich-von-Stephan-Schule wurde unerwartet eingestellt. Dies geschah entgegen dem Inhalt des Berichtes B 430/2004, welcher sowohl die Sanierung als auch die Bereitstellung der Finanzmittel für diese im Haushalt vorsah.

Es sieht nun so aus, als ob sich die Schülerinnen und Schüler bis zum Ende des gerade angelaufenen Schuljahres mit Unterricht in Containern abfinden müssen. Dies wäre ohne Frage ein unzumutbarer Zustand. Besonders angesichts der Tatsache, dass für Gutachten und bisherige Arbeiten schon hohe Summen zum Erhalt des Schulgebäudes ausgegeben worden sind.

Nachdem das Ende der Elly-Heuss-Knapp-Schule bereits beschlossen ist, setzt sich die KAV weiterhin für den Erhalt der außerordentlich wichtigen Heinrich-von-Stephan-Schule mit ihrem hohen Anteil an Migrantenschülern ein.

gez. Hüseyin Sitki

KA 27 Weitere Nutzung des „Amerika-Hauses“

vom 28.09.2004

**Anfrage
an den Magistrat
der Stadt
Frankfurt am Main**

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 31. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 01.11.2004 wird der Magistrat gebeten, die folgende Anfrage zu beantworten.

1. Wird das „Amerika-Haus“ demnächst frei?
2. Kann schon ein genauer Zeitpunkt angegeben werden?
3. Wie wird das Amerika-Haus weiter genutzt?

Begründung:

Durch Umzug des Amerikanischen Konsulates soll das „Amerika-Haus“, welches sich in städtischem Besitz befindet, demnächst frei werden.

Da die KAV geeignete Vorschläge bezüglich einer künftigen Nutzung hätte, möchten wir gerne in Erfahrung bringen, wie konkret die Umzugs-Absicht des Konsulates ist und ob bereits Nutzungsvorschläge für das Haus vorliegen.

gez. Hüseyin Sitki

KA 28 Bürgernahe Verwaltungssprache (3)

vom 28.09.2004

**Anfrage
an den Magistrat
der Stadt
Frankfurt am Main**

**Beschluss der Stadtverordnetenversammlung
vom 20.11.2003, § 6419**

Gemäß Beschluss der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) in der 32. öffentlichen ordentlichen Plenarsitzung am 30.11.2004 wird der Magistrat gebeten, die folgende Anfrage zu beantworten.

1. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung § 6419 vom 20.11.2003 umzusetzen?
2. In welcher Weise wird vom „Leitfaden für eine bürgernahe Verwaltungssprache“ Gebrauch gemacht?
3. In welchen Ämtern oder Abteilungen geschieht dies?
4. In welchen Ämtern oder Abteilungen konnten bisher noch keine Veränderungen durchgeführt werden?
5. Was sind die Hinderungsgründe?

6. Welche Formulare wurden aufgrund des Leitfadens in welcher Weise verändert?
7. Sind z.B. automatisierte Bescheide von Programmen wie PROSOZ geändert worden?
8. Gibt es positive Rückmeldungen von Seiten der Klienten?

Begründung:

Der oben genannte Beschluss der Stadtverordnetenversammlung liegt nun ein Jahr zurück. In diesem Beschluss heißt es, dass der „Leitfaden für eine bürgernahe Verwaltungssprache“ der Stadt Bochum für die Stadt Frankfurt am Main übernommen wird.

Wir gehen davon aus, dass sich zwischenzeitlich Veränderungen, z. B. leichter verständliche Formulare und leichter verständliche Bescheide ergeben haben und möchten dies gerne in Erfahrung bringen. Wo noch keine Veränderungen herbeigeführt werden konnten, möchten wir gerne wissen, welche Ursachen dem im Wege stehen.

gez. Hüseyin Sitki

Alle Anträge an die AGAH im Volltext:

Frankfurt am Main, 12.01.2004

Die AGAH möge beschließen:

„Kommunales Wahlrecht für alle Ausländer

1. Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretung Nordrhein-Westfalen (LAGA) hat eine Initiative zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Migranten gestartet.

Die KAV Frankfurt unterstützt diese Initiative.

2. Die KAV Frankfurt wird auf städtischer Ebene eine ähnliche Initiative starten, bzw. über die AGAH Hessen versuchen, eine landesweite Initiative zu starten.

Begründung:

Bundespräsident Johannes Rau hat auf dem ökumenischen Kirchentag im Mai 2003 die folgenden richtigen Worte geäußert:

„Wir haben eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger betrifft: Auf der kommunalen Ebene können Bürger der Europäischen Union mitwählen. Das ist gut und das ist schön und das ist nützlich. Es ist aber falsch, dass wir ein kommunales Wahlrecht haben, das die Mehrheit der bei uns lebenden Ausländer ausschließt, nämlich die türkischen Mitbürger, die nicht mitwählen dürfen, weil und so lange die Türkei nicht zur Europäischen Union gehört. Ich glaube, dass man Wege finden müsste, damit auf der kommunalen Ebene alle dauerhaft hier lebenden Ausländer das Wahlrecht haben - das kommunale Wahlrecht.“

Das hat die LAGA in Nordrhein-Westfalen veranlasst, sich erneut dafür einzusetzen, dass es keine „Klassengesellschaft“ mehr in Deutschland geben darf.

gez. Hüseyin Sitki

Aufnahme des Themas „Ausländerbeiräte“ in die schulischen Lehrpläne

Die AGAH möge beschließen:

Der Hessische Landtag wird gebeten, einen Beschluss zu fassen, das Thema „Ausländerbeiräte“ in die schulischen Lehrpläne aufzunehmen.

Im Einzelnen soll dies geschehen durch:

1. Lehrplan Hauptschule; Fach „Politik und Wirtschaft“

Aufnahme unter Punkt 7.1 des Lehrplanes: „Einflussnahme durch Wahlen (Kommunalwahlen)“

2. Lehrplan Realschule; Fach „Politik und Wirtschaft“

Aufnahme unter Punkt 7.3 des Lehrplanes: „Wer entscheidet in der Gemeinde?“

3. Lehrplan Gymnasium; Fach „Politik und Wirtschaft“

Aufnahme unter Punkt 7.2 des Lehrplanes: „Demokratie und politische Beteiligung“

4. Für den Lehrplan für die Schule für Lernhilfe entsprechend.

Begründung:

In allen drei Schulformen sollen Schülerinnen und Schüler die Grundlagen des demokratischen Staates und der demokratischen Gesellschaft kennen lernen. Im Lehrplan für die Hauptschule heißt es z.B.: „Sie suchen nach Möglichkeiten, wie der/die Bürger/in - gerade der/die junge(n) Mensch(en) - Einfluss auf die Gestaltungsmöglichkeiten hat/haben und sie begreifen das Wahlrecht als eine demokratische Pflicht“.

Dadurch, dass ein Großteil dieser Schülerinnen und Schüler jedoch davon ausgeschlossen ist, auf kommunaler Ebene die Gemeindevertretung zu wählen und somit mitzubestimmen, entsteht nicht nur ein Unbehagen und ein Ausgrenzungsgefühl, sondern oft genug Frust und Missstimmung.

Die nicht deutschen jungen Menschen haben jedoch die Möglichkeit, indirekt über den Ausländerbeirat sich in geringem Maße an der Kommunalpolitik zu beteiligen. Aber während die Lehrpläne aller drei Schulformen zwar Themen wie „Fremdheit“, „Integration“ oder auch „Flucht und Vertreibung“ beinhalten, ist in ihnen das Thema „Ausländerbeiräte“ nicht zu finden. Viele ausländische Jugendliche wissen deshalb nichts von ihrer Möglichkeit der politischen Partizipation.

38 Prozent der Hessischen Hauptschüler (Quelle: Migrationsreport Hessen 2002) fühlen sich so von politischer Beteiligung vollkommen ausgeschlossen.

Eine Aufnahme in den Lehrplan ist deshalb nicht nur von pädagogischem Interesse, sondern auch notwendig, um die Wahlbeteiligung bei den Ausländerbeiratswahlen zu erhöhen.

gez. Hüseyin Sitki

Die AGAH möge beschließen:

„Interkulturelle Kompetenz“ muss zur Lehrerausbildung dazugehören

Der Hessische Landtag wird gebeten, den Beschluss zu fassen, dass „Interkulturelle Kompetenz“ als Lernziel in die Lehrerausbildung aufzunehmen ist.

Begründung:

Die Landesregierung will die Lehrerausbildung reformieren. Wir halten diesen Schritt für eine richtige und längst fällige Entscheidung.

Zudem ist diese Reform eine Gelegenheit, der Schulsituation in Hessen in Bezug auf Kinder mit Migrationshintergrund endlich Rechnung zu tragen.

Der Ausländeranteil der Schülerinnen und Schüler in hessischen Schulen beträgt durchschnittlich 15 Prozent. (Quelle: Hessenreport 2002) Und dabei sind noch nicht einmal diejenigen Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die (auch) einen deutschen Pass besitzen, erfasst. An den Hauptschulen beträgt der Anteil 38 Prozent und an den Sonderschulen 26 Prozent - leider mit weiter steigender Tendenz.

Gesehen werden diese Schülerinnen und Schüler noch immer hauptsächlich über ihren Förderbedarf und ihre Defizite. Sprach- und andere Kompetenzen, die sie mitbringen, werden nicht oft berücksichtigt.

Es gehört nicht in die Pflichtausbildung von Grundschullehrerinnen, dass sie für Sprachförderung qualifiziert werden. Es gehört nicht dazu, dass sie differenzierte Modelle an der Hand hätten, wie sie mit den sozialen Problematiken aus Migrationserfahrungen umgehen können.

Es ist an der Zeit, die enormen Möglichkeiten und Fähigkeiten der Migrantenkinder positiv und als Chance zu sehen. Mehr als in jedem anderen Berufszweig müssen Lehrerinnen und Lehrerinnen darin ausgebildet werden, mit kultureller Vielfalt umgehen zu können.

gez. Hüseyin Sitki

Die AGAH möge beschließen:

Antirassismus-Projekte an hessischen Schulen

Die AGAH setzt sich dafür ein, dass an mehr hessischen Schulen das Projekt „Schulen ohne Rassismus - Schulen mit Courage“ durchgeführt wird.

Begründung:

Seit 1995 initiiert der Verein „Aktion Courage“ das erfolgreiche Projekt „Schulen ohne Rassismus - Schulen mit Courage“, in dem sich Schülerinnen und Schüler für ein soziales, solidarisches und friedliches Miteinander und für eine Gesellschaft ohne Rassismus und Diskriminierungen von Anderen einsetzen.

Bundesweit beteiligen sich daran mehrere hundert Schulen und 150 Schulen sind bereits mit dem Titel „Schule ohne Rassismus“ ausgezeichnet worden.

Leider beteiligen sich in Hessen lediglich 9 Schulen an dem Projekt, davon keine einzige im Rhein-Main-Gebiet, wo der Migrantenanteil an Schülerinnen und Schülern besonders hoch ist.

Wir nehmen an, dass dies daran liegt, dass das Projekt, das im Rahmen des Programms „Xenos - Leben und Arbeiten in Vielfalt“ von der Europäischen Union, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird, in Hessen noch unbekannt ist.

Die AGAH sollte sich u.a. beim Kultusministerium, beim Staatlichen Schulamt und bei den örtlichen Schulämtern dafür einsetzen, dass das Projekt, z.B. durch Anbringen von Plakaten, durch Verteilen von Informationsmaterialien, bekannt gemacht wird.

gez. Hüseyin Sitk

VI. **Öffentlichkeitsarbeit**

Pressemitteilung Grenzüberschreitung des Bundesgrenzschutzes vom 13.02.2004:

Die KAV Frankfurt verurteilt zutiefst das Verhalten des Bundesgrenzschutzes und des Markus-Krankenhauses im Falle von Frau Suneya Ayari, die am 2. Februar von sieben Beamten aus der Station geholt und abgeschoben wurde.

Ist Abschiebung um jeden Preis jetzt der neue Weg Deutschlands? Werden psychische Krankheiten ignoriert, wenn man unbedingt eine „Flugtauglichkeit“ bescheinigt haben will? Und welche Verhältnismäßigkeit ist noch gewahrt, wenn sieben Beamte notwendig sein müssen, eine kranke Frau zu bewachen?

Kosten scheinen auf jeden Fall keine Rolle mehr zu spielen.

Und wie können Mitarbeiter des Krankenhauses annehmen, es handle sich um eine Verlegung, wenn eine solche Truppe von Beamten auftaucht?

Der „Schutz der Grenze“ darf nicht über den Schutz der Person gestellt werden. Mit dieser Aktion hat der Bundesgrenzschutz selbst eine Grenze überschritten, nämlich die der Menschenwürde.

Und nicht nur das. Der BGS handelt im Auftrag des Deutschen Staates. Für welches Deutschland-Bild ist er nun verantwortlich?

Pressemitteilung Deutschland gewinnt - nicht nur die Berlinale vom 17.02.2004:

Menschen wie Fatih Akin, der mit seinem Film „Gegen die Wand“ die diesjährige Berlinale gewonnen hat, „haben dieses Land wirtschaftlich und kulturell mitaufgebaut“ (Zitat Akin). Deutschland gewinnt durch seine Migranten! Nach Jahren, in denen Fatih Akin lediglich als ausländischer Regisseur wahrgenommen wurde, hat die Jury der Berlinale nun ein Zeichen gesetzt: Er ist ein Deutscher!

„Gegen die Wand“ ist ein deutscher Film.

Es wird immer schwerer, Grenzen innerhalb Deutschlands zu ziehen:

zwischen Ausländern und Deutschen, zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und Ausländern, etc., etc. Durch den Sieg eines Deutschen, der gleichzeitig auch ein Türke ist, ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung gegangen worden, nämlich den Begriff „deutsch“ neu zu definieren.

Die KAV Frankfurt gratuliert Herrn Akin ganz herzlich zu diesem Erfolg

KAV Frankfurt ermöglicht bürgernahe Verwaltungssprache

**Pressemitteilung
vom 05.04.2004**

Der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) ist es zu verdanken, dass aufgrund ihres Antrages nun endlich eine vereinfachte Verwaltungssprache bei der Stadt Frankfurt am Main eingeführt wird. Die Verwaltung hat den „Leitfaden zur bürgernahen Verwaltungssprache“ der Stadt Bochum übernommen.

Bescheide und Briefe der Stadt an ihre Bürger sollen also zukünftig klarer und verständlicher werden, ein Wunsch, den übrigens nicht nur die ausländischen Einwohner der Stadt schon lange geäußert haben.

Sätze wie „Ich darf Sie bitten, die säumige Rate innerhalb einer Woche an die Stadtkasse unter Angabe des Kassenzzeichens zu überweisen oder mir die Gründe für Ihre Säumigkeit mitzuteilen“ sollen ersetzt werden durch einfache Formulierungen wie:

„Bitte überweisen Sie die fällige Rate innerhalb einer Woche an die Stadtkasse. Geben Sie dabei das Kassenzzeichen an. Sollte Ihnen die Zahlung nicht möglich sein, teilen Sie mir bitte Ihre Gründe hierfür mit.“

Es bleibt nur noch zu hoffen, dass sich alle Mitarbeiter der Stadt Frankfurt an die Empfehlungen halten, denn noch ist der Leitfaden keine verbindliche Vorschrift. Trotzdem: die KAV Frankfurt wertet dies nicht nur als einen weiteren Erfolg ihrer Arbeit, sondern auch als einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung einer kundenorientierten Verwaltung.

Pressemitteilung vom 02.04.2004 **KAV klagt Hessische Landesregierung an: Schon wieder sind Migranten durch die Kürzungen betroffen**

Der Kahlschlag der Hessischen Landesregierung hat erneut scho-
nungslose Auswirkungen auf die Migranten. Mit Schließung der
Gemeinnützigen Gesellschaft für Migrationsberatung (GGfM) ist
wieder einmal infolge von Kürzungen der Landesmittel eine Einrich-
tung weggefallen, die soziale Dienste für Migranten angeboten hat.

Damit hat sich die Befürchtung der Kommunalen Ausländer- und
Ausländerinnenvertretung (KAV) leider bewahrheitet: Unter den
Kürzungen werden vor allem die Migranten in Hessen leiden müssen.
Die GGfM, die vor allem Ratsuchende aus der Türkei und den arabi-
schen Ländern in sozialen und rechtlichen Fragen beraten hat, war
eine wichtige, der Integration dienende Einrichtung. Aber der Weg
der Hessischen CDU, nämlich Deutschlernen als einziges Instrument
der Integration - und somit die Bringschuld der Migranten - anzuse-
hen, geht kontinuierlich weiter.

„Thema verfehlt“ - könnte man über die Arbeit der Hessischen Landes-
regierung zur Integration schreiben, denn Integration geht nur durch
Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und durch Verständnis. Und
gerade dies wurde und wird in den Einrichtungen praktiziert, deren
Existenz durch die Streichung der finanziellen Mittel nun nach und
nach vernichtet wird.

Pressemitteilung vom 19.05.2004 **Steht für Migrantenkinder nur die Hauptschule offen?**

Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten hat am letzten Montag
im Filmmuseum drei Filme vorgestellt, in denen Migranteneltern über
das deutsche Schulsystem aufgeklärt werden sollen.

Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung Frankfurt
(KAV) rät dem Amt, die Filme mit ihrem jetzigen Inhalt nicht in der
Öffentlichkeit zu zeigen!

In den Filmen wird Eltern indirekt, aber unverhohlen, davon abgera-
ten, ihr Kind auf eine höhere Schule zu schicken.

„Bei der Note Drei und schlechter“, so heißt es in einem der Filme,
„sollten Sie ihr Kind auf die Hauptschule schicken.“ Und an anderer
Stelle wird sehr deutlich gemahnt: „Wissen Sie eigentlich, was Sie von

Ihrem Kind verlangen, wenn Sie es auf das Gymnasium schicken?“

Die Argumentation im Film ist die, dass ein Kind auf einem niedrigeren Schulzweig bessere Noten bekommt und diesen Schulzweig auch meistern kann. Nicht darauf hingewiesen wird, dass dies erstens in der Pädagogik unbewiesen ist, denn höhere Anforderungen bringen oft auch bessere Noten. Vor allem aber nützt ein Notendurchschnitt von 1,0 auf der Hauptschule einem Jugendlichen heutzutage kaum etwas; die Berufsberatung des Arbeitsamtes sagt ganz deutlich, dass in die meisten Ausbildungsberufe, die früher den Hauptschulabsolventen offen standen, schon seit Jahren die Realschüler drängen. Ein schlechterer Abschluss der Realschule ist also vorteilhafter als ein sehr guter Hauptschulabschluss. Ganz zu schweigen von einem schlechten Abitur mit welchem dem Jugendlichen trotzdem sämtliche Wege ins Berufsleben und sogar die meisten ins Studium offen stehen.

„Das Hauptproblem im deutschen Schulwesen ist die widersinnige und diskriminierende Auslese nach der vierten Klasse“, so die Pädagogin Larissa Pfeiffer-Rüssmann (philtrat nr. 53 - juni/juli 2003). „Es zeigt sich, dass eine verlässliche Prognose zu einem so frühen Zeitpunkt gar nicht möglich ist, denn die Grundschulen liegen mit ihrer Einschätzung häufig falsch. So erhalten Kinder derselben Kompetenzstufe ungleiche Deutschnoten und unterschiedliche Empfehlungen für die weitere Schullaufbahn.“

Und wie die Grundschulstudie IGLU herausstellt, sind es besonders Kinder aus Arbeiter- und Migrantenfamilien, die benachteiligt werden: „Das Kind eines Managers hat - bei gleicher Leistung! - eine 2,63-mal so große Chance auf eine Gymnasialempfehlung wie das Kind eines Arbeiters; das Kind deutscher Eltern entsprechend eine 1,66-mal so große Chance wie ein Einwandererkind.“ („Die ZEIT“, 29.01.2004)

Unter den Deutschen hingegen nimmt der Trend zu, ihr Kind am liebsten auf dem Gymnasium zu sehen. Spontane Umfragen, die KAV-Mitglieder durchführten, bestätigten dies denn auch. Sie kamen zum Ergebnis, dass kein deutsches Elternpaar sein Kind mit einem Notendurchschnitt von 3,0 auf die Hauptschule schicken würde. Genau das wird aber den ausländischen Eltern von Schulleitern, die in den Filmen auftreten, empfohlen.

Sollen die immer leerer werdenden Hauptschulen etwa mit Migrantenkindern aufgefüllt werden?

Die Filme entstanden aus einer Idee, die sehr begrüßenswert ist:

Migranteneltern zu helfen, das deutsche Schulsystem zu verstehen. Leider sind sie mit diesem Inhalt nicht in der Lage, die sich weiterhin verschlechternde Situation von Migrantenkindern in Hessischen Schulen zu verbessern, im Gegenteil: sie würden sie verschlimmern: Über 60 Prozent der Hauptschüler sind Ausländer, an Realschulen nur 40 Prozent und ganze 18 Prozent an den Gymnasien.

**Pressemitteilung KAV befürchtet das Ende gleicher Bildungschancen
vom 03.06.2004 für Migrantenkinder**

Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) begrüßt grundsätzlich die Tatsache, dass das Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) in den neuen Filmen über die Bildungswegen in Hessen informiert. Gleichzeitig hat sie jedoch auch das AmkA davor gewarnt, diese Filme öffentlich zu zeigen (Pressemitteilung vom 21.05.04). Ausschlaggebend dafür waren vor allem Hinweise in den Filmen, die ausländische Eltern - das Zielpublikum der Filme - abschrecken, ihr Kind auf ein Gymnasium zu schicken. Bei „befriedigenden und schlechteren Leistungen“ wird die Hauptschule vorgeschlagen - welches deutsche Elternpaar praktiziert das?

Das AmkA verteidigt den Inhalt unter anderem mit dem Hinweis auf die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen. Doch der Entwurf des neuen Schulgesetzes, in welchem gerade diese Durchlässigkeit aufgehoben wird, liegt in Wiesbaden längst auf dem Tisch!

Das neue Schlagwort in diesem Entwurf heißt „Anschlussfähigkeit“ und macht deutlich, um was es sich handelt: Ein Wechsel zwischen den Schulformen soll künftig nur noch an den Gelenkstellen erfolgen können, eine Durchlässigkeit der Bildungsgänge und längeres gemeinsames Lernen der Schülerinnen und Schüler wird ausgeschlossen. Um das Ganze noch zu zementieren, wird das Abitur um ein Jahr vorverlegt, wobei die Schulstunden weitgehend den Schuljahren 11 und 12 zugegeben werden: Noch mehr geballtes Lernen, noch mehr Abstand zu den anderen Schulzweigen!

Unterstützt wird die Undurchlässigkeit der einzelnen Bildungsgänge durch die Einführung von Praxisklassen an den Hauptschulen, denn

auf diese Weise erhalten die Schülerinnen und Schüler dort nicht das notwendige Bildungsangebot, um ihren Bildungsweg an einer weiter qualifizierenden Schule fortsetzen zu können. Wie soll so die „Anschlussfähigkeit“ hergestellt werden?

Statt sozialer Selektion und Abschottung der einzelnen Schulformen nach oben, ist es an der Zeit, allen Kindern eine individuelle Förderung zukommen zu lassen, denn sie sind die Zukunft unseres Landes.

Vor diesem Hintergrund muß die KAV erneut und noch deutlicher davor warnen, die Filme zu zeigen: denn auch sie zementieren die Chancenlosigkeit sozial benachteiligter und ausländischer Familien. In abgeänderter Form wären die Filme ein begrüßenswerter Beitrag dazu, das Schulsystem transparenter zu machen. Wissen und uneingeschränkter Zugang zu Bildung ist nicht nur die Grundlage, die eigene Zukunft selbstbestimmt in die Hand nehmen zu können, sondern auch ein wesentlicher Faktor, der zur Integration beiträgt.

KAV klagt Kultusministerin Wolff an

**Pressemitteilung
vom 15.09.2004**

Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) widerspricht den jüngsten Äußerungen der Hessischen Kultusministerin Karin Wolff (CDU) entschieden. Wieder einmal macht die Ministerin indirekt die Migrantenkinder für die Bildungsmisere in Hessen verantwortlich.

Hessen habe als Konsequenz aus der Pisa-Studie als erstes Bundesland verbindliche Sprachtests sowie Deutschkurse für Ausländerkinder im Vorschulalter eingeführt, antwortete Wolff auf die OECD-Kritik am deutschen Bildungssystem.

Meint Frau Wolff so auf alle Missstände im Hessischen Bildungssystem reagieren zu können? Die KAV erinnert sich noch immer mit Betroffenheit an den Spruch, den sie im letzten Jahr in ihrem Verwaltungsgebäude aufhängen ließ: „Wer nicht Deutsch kann, darf nicht in die erste Klasse!“

Solch reißerische Sprüche mit unterschweligen Angriffen helfen der Bildungsnot in Hessen gewiss nicht aus der Klemme.

Die KAV hat in den letzten Jahren mehrfach direkt und über den Landesausländerbeirat Hessens der Landesregierung konstruktive

Vorschläge unterbreitet:

1. Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems
2. Abschaffung der Sonderschulen
3. Zulassung und Wahrnehmung von Zweisprachigkeit - Keine Einstellung des muttersprachlichen Unterrichts
4. Interkulturelle Kompetenz in die Lehrer-Ausbildung

Auch an die Adresse der Stadt Frankfurt am Main, die für die Kindergärten zuständig ist, hat die KAV mehrfach appelliert, bereits im Vorschulalter die vielen parallel laufenden Angebote nach deren Effizienz zu untersuchen und miteinander abzugleichen.

Was Hessen braucht, ist ein anderes Schulsystem, das nicht der Benachteiligung von Kindern aus sozial schwachem Milieu und von Migrantenfamilien Vorschub leistet. Lehrer müssen mit der Vielfalt in den heutigen Schulklassen zurechtkommen können und sollten nicht aus Not die unliebsamen Schülerinnen und Schüler auf die Sonderschulen abschieben können.

Alle Ganztagschulen sollten auch nachmittags ein pädagogisches Programm anbieten und nicht - wie es die GEW ausdrückte - „Halbtagschulen mit Suppenküchen“ sein.

Das Kultusministerium aber hat bisher nicht gezeigt, dass es angemessen auf die PISA-Ergebnisse reagieren kann. Im Gegenteil: das neue Schulgesetz zementiert sogar die Dreigliedrigkeit des jetzigen Schulsystems.

Solange nicht an den Punkten angesetzt wird, bei denen die Ursachen liegen, wird sich in Sachen PISA auch nichts tun.

Pressemitteilung KAV unterstützt PDS-Forderung nach mehr Demokratie

vom 17.09.2004

Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) unterstützt die Kritik der PDS-Fraktion im Römer an der geplanten Änderung der Hessischen Gemeindeordnung durch die Landesregierung.

Diese Änderungen enthalten zum Teil Einschnitte bei den Regelungen über die Ausländerbeiräte. Werden in einem Ort zu wenig Wahlvorschläge eingereicht, kann es zukünftig auch keinen Ausländerbeirat mehr geben.

Damit sollen die ohnehin schon schwachen Ausländerbeiräte noch

weiter ausgehebelt werden. Der richtige Weg aber wäre eine Unterstützung der Ausländerbeiräte gewesen. Denn wie inzwischen bekannt ist, ist sowohl die Wahlbeteiligung als auch die Zahl der eingereichten Wahlvorschläge abhängig vom Bekanntheitsgrad des Gremiums überhaupt. Dies belegen drei fundierte Studien aus den letzten Ausländerbeiratswahlen in drei Bundesländern:

„Ausländerbeiräte in der Krise?“, eine Studie der Landesregierung Rheinland-Pfalz, 2003, „Wahlanalyse zu den Ergebnissen der Ausländerbeiratswahlen am 4. November 2001“ von der AGAH und „Auswertung der Ergebnisse der Ausländerbeiratswahlen in NRW“, LAGA, 2000.

Anstatt die Ausländerbeiräte und die Wahlbeteiligung zu kritisieren, sollten die Kommunen also endlich mehr Geld für eine vernünftige Werbung bereitstellen. Verglichen mit den Ausgaben der Parteien für Kommunalwahlen sind die Werbekosten für eine Ausländerbeiratswahl weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die KAV wird deshalb auch auf ihrer nächsten Sitzung am 27.09. eine signifikante Erhöhung ihres Etats für das nächste Jahr, in dem in Hessen Ausländerbeiratswahlen stattfinden, beantragen.

Wirkungsvoll wäre es sicherlich auch gewesen, die Ausländerbeiratswahlen zusammen mit den Kommunalwahlen in Hessen stattfinden zu lassen. Die AGAH, die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, hatte dies auch beantragt, die Landesregierung hat es jedoch abgelehnt.

Die KAV hat außerdem bei der AGAH eine landesweite Kampagne für das Kommunalwahlrecht für alle Ausländer angeregt - auch dies fordert die PDS in ihrem Antrag und ihrer Pressemitteilung vom 14.09. Die Kampagne soll ebenfalls im nächsten Jahr stattfinden.

Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Wahlrecht zwar abgelehnt, jedoch ist die Begründung mehr als fraglich: Die Gewalten (und damit auch das Wahlrecht) gehen nur vom deutschen Volke aus, heisst es da. Nun wird aber erstens auf kommunaler Ebene gar keine Legislative (und damit keine Gewalt) gewählt und zweitens zählen EU-Angehörige, die dieses Wahlrecht besitzen, ebenfalls nicht zum „deutschen Volke“.

Das Kommunalwahlrecht für alle Ausländer - die Hauptforderung der KAV - würde im Übrigen alle Debatten um Ausländerbeiräte beenden.

Pressemitteilung vom 21.09.2004 **KAV-Erfolg: „Interkulturelle Kompetenz“ wird in die Lehrerausbildung in Hessen aufgenommen**

Die KAV hat einen Erfolg in Bezug auf die Schulsituation ausländischer Kinder in Hessen errungen:

Die Vermittlung interkultureller Kompetenz wird in die Lehrerausbildung aufgenommen.

Das Hessische Kultusministerium schreibt:

„In Kenntnis der Bedeutsamkeit dieses Themas werden die Pflicht- und Wahlpflichtmodule für die Lehrerausbildung und die inhaltlichen Orientierungen für die Fort- und Weiterbildung den Aufbau und den Erhalt dieser Kompetenz verbindlich vorsehen.“

Damit wurde ein bedeutsamer Schritt in Richtung auf die Chancengleichheit ausländischer Kinder sowie für Kinder mit Migrationshintergrund getan.

In Frankfurt am Main besucht jedes 3. ausländische Kind nach der Grundschule entweder die Hauptschule oder sogar die Sonderschule. Viele dieser Kinder werden jedoch nicht aufgrund von Lernschwierigkeiten, sondern aufgrund von sprachlichen Mängeln oder kulturellen Unterschieden für diese Schulen empfohlen, bzw. in sie überwiesen. Ihre Muttersprache beherrschen sie zumeist hervorragend, aber diese spielt - entgegen der Forderung der pädagogischen Wissenschaft - keine Rolle in der Schule.

Pressemitteilung vom 01.10.2004 **KAV debattierte mit den Verantwortlichen der Informationsfilme über das Schulsystem und bekräftigt ihr Urteil**

Auch nach der Sitzung der KAV am 27.09., bei der die umstrittenen Informationsfilme des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten in voller Länge gezeigt wurden, bleibt das Plenum der KAV bei seinem Urteil: Der zweite Film, Titel: „Weiterführende Schulen“, sollte in dieser Form ausländischen Eltern nicht gezeigt werden!

Die KAV hörte sich in ihrer Sitzung die Stellungnahmen von vier Verantwortlichen des Filmes an. Diese konnten jedoch die einzelnen Kritikpunkte (siehe Anlage!) nicht entkräften. Im Gegenteil: einer dieser Verantwortlichen bestätigte eine Denkweise, die die KAV vermutet hatte. In seiner Erklärung legte er dar, dass die Zielgruppe

„Problemfamilien“ seien und führte aus: „Die Eltern, mit denen wir arbeiten, sind nicht direkt die Eltern von Gymnasialkindern.“

Genau gegen dieses Vorurteil tritt die KAV jedoch entschieden ein. Wer traut sich zu, für die Eltern die Entscheidung zu fällen, auf welche Schule sie ihr Kind schicken?

Die Mehrheit der KAV-Mitglieder stellte in dem Film eine eindeutige Tendenz fest, Migrantenkindern den Besuch der Hauptschule zu empfehlen, aber vom Gymnasium abzuraten. Also wird der Trend, der an den Schulen leider sowieso schon vorherrscht - Ausländerkinder sind Hauptschüler - nur verstärkt, anstatt ihm entgegen zu wirken. Immer wieder ist im Film von Überforderung die Rede, aber nie von Unterforderung.

Die Verantwortlichen geben zwar an, die Filme seien aus einer Vielzahl von Gesprächen mit Migrantenfamilien heraus entstanden, aber gerade hierin liegt nach Ansicht der KAV ihr Manko: Anstatt diese Eltern über alternative und neue Wege aufzuklären, werden fast ausschließlich Informationen über die Schule gegeben, auf der leider sowieso schon 80 Prozent der Migrantenkinder landen: die Hauptschule. Dazu sind nun wirklich keine Informationsfilme notwendig.

Die KAV hingegen fragt: Wie will man diesem Negativ-Trend entgegenwirken?

Es stellte sich im Verlauf der Sitzung heraus, dass weder das städtische noch das staatliche Schulamt an der Entstehung der Filme beteiligt wurden, keine außenstehende Institution wurde im Vorfeld um ihre Meinung gefragt.

Die KAV fordert weiterhin, den zweiten Informationsfilm entweder komplett zurückzuziehen oder aber zumindest neu zu synchronisieren. Dem uralten Vorurteil, dass aus sozial schwachen Familien - denn genau sie sind mit den „Problemfamilien“ nahezu identisch - keine Gymnasialkinder erwachsen können, darf im 21. Jahrhundert zumindest von städtischer Seite nicht noch mehr Nahrung gegeben werden.

Es ist gut und wichtig, dass die Mitarbeiter des Filmes versuchen, diese Eltern zu erreichen. Aber wenn dieser Kontakt gelingt, dann muss gerade diesen Eltern Mut gemacht werden. Wo anders als bei diesen Familien kann man anfangen, Chancengleichheit herzustellen?

Pressemitteilung KAV: Kopftuchverbot für Beamtinnen ist paradox
vom 08.10.2004

Das von der hessischen CDU-Fraktion beschlossene Kopftuch-Verbot, welches auch auf alle Beamtinnen in Hessen ausgeweitet wurde, ist nach Ansicht der KAV nicht nur verfassungswidrig, sondern auch paradox.

Mit seiner Begründung, keine Beamtinnen für das „Hinterzimmer“ einzustellen, verkennt CDU-Fraktionschef Jung, dass gerade die Sachbearbeiterinnen im Publikumsverkehr häufig Angestellte und keine Beamtinnen sind.

Da die CDU aber ihr Kopftuch-Verbot nicht auch auf Angestellte bezogen hat, - und aufgrund des Tarifrechtes auch nicht so leicht beziehen kann - ist es möglich, dass gerade die weiblichen Personen, durch die eine Behörde mit den Bürgern in Kontakt tritt, theoretisch ein Kopftuch tragen dürfen.

Im Bürgeramt der Stadt Frankfurt am Main sind laut aktuellem Stellenplan (2005) 77 von 237 Beschäftigten Angestellte; im Wohnungsamt 70 von 173 und sogar im Ordnungsamt 308 von 878, darunter übrigens auch Angestellte im Sicherheits- und Ordnungsdienst.

Viele von diesen Angestellten erfüllen hoheitliche Tätigkeiten.

Pressemitteilung Die KAV möchte die Migrantinnen und Migranten über
vom 08.10.2004 **Hilfsmöglichkeiten bei ALG II informieren**

Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) bittet die Presse, die ausländische Bevölkerung der Stadt über die folgenden Möglichkeiten der Hilfe bei ALG II zu informieren:

Die Sozialrathäuser senden Ihnen die neuen Formulare zu. Diese Formulare sind teilweise schon ausgefüllt. Der Rest wird zusammen mit Ihnen im Sozialrathaus besprochen und gemeinsam ausgefüllt.

Bei der Vorsprache erhalten Sie zusätzlich ein ausführliches Merkblatt, welches Ihnen auch erläutert wird. Dieses Merkblatt gibt es in türkisch, englisch, französisch, arabisch und kroatisch.

Das Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ) hilft Ihnen ebenfalls beim Ausfüllen der Bögen.

FALZ - Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V.

Am Hauptbahnhof 18

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069 / 70 04 25, Fax: 069 / 70 48 12

E-Mail: FALZ@t-online.de

Die Bundesagentur für Arbeit hat eine Hotline eingerichtet, bei der Fragen zum Arbeitslosengeld II, bzw. Sozialgeld beantwortet werden.

Und das zum Ortstarif: 0180-1012012

Weitere Informationen und Links finden Sie auch im Internet:

www.arbeitsagentur.de/

Viele Informationen und Hilfen

www.meinestadt.de/frankfurt-am-main/jobs/info/jobs_hartz4

Hier gibt es Informationen - auch auf Türkisch!

KAV fordert stärkere Förderung von Migrantenkindern

**Pressemitteilung
vom 18.10.2004**

Seit mehreren Jahren macht die KAV auf die schlechte Situation an Frankfurter Schulen aufmerksam. Mit dem hessenweiten Vergleichstest der Abschlussarbeiten von Haupt- und Realschulen, bei dem die Frankfurter Schülerinnen und Schüler am schlechtesten abgeschnitten haben, kann das Dilemma nun nicht mehr geleugnet werden.

Der Leiter des Staatlichen Schulamtes, Herr Hans-Rolf Eifert, sieht den Grund der Misere hauptsächlich in den sprachlichen Schwierigkeiten der Migrantenkinder.

Auch hier hat die KAV schon wiederholt Förderungen gefordert.

Es gibt bereits zahlreiche Maßnahmen, die an Frankfurter Schulen laufen, aber zum einen sind die mitunter schon an Nachbarschulen unbekannt, zum anderen werden sie nie auf ihre Effektivität überprüft und zum dritten sind sie oft zu bescheiden angesetzt. Das Projekt „MitSprache“ zur sprachlichen und soziokulturellen Integration von zugewanderten Schülerinnen und Schülern und deren Eltern wird zum Beispiel nur an sechs Frankfurter Schulen durchgeführt.

Die städtischen Fördermittel für herkunftssprachlichen Unterricht belaufen sich jährlich auf gerade einmal 30.000 € - und diesen Betrag müssen sich auch noch 23 Einrichtungen teilen.

Dabei sagt Schulamtsleiter Eifert: „Das Kind muss in seiner Sprache gefördert werden, dann lernt es auch besser Deutsch.“

Die KAV hat schon anfangs dieses Jahres einen Bericht gefordert, welcher Aufschluss über alle Projekte und Maßnahmen des Landes und der Stadt geben sollte. Dieser Antrag wurde von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.

Angesichts der aktuellen Erkenntnisse fordert die KAV, endlich alle effektiven Förderprogramme an Frankfurter Schulen zu vernetzen, auszubauen und auch zu evaluieren. Besonders die Förderungen im Elementarbereich, also schon vor Schuleintritt, müssen endlich erweitert werden. Hierfür ist die Stadt alleine verantwortlich.

Ob Frankfurt in den kommenden Jahren weiterhin das Schlusslicht in Sachen „Bildung“ sein wird und ob Migrantenkindern endlich ein Hauch von Chancengleichheit zuteil wird, liegt vor allem in den Händen der städtischen Politiker.

Pressemitteilung Die KAV fordert den Erhalt der Heinrich-von-Stephan-Schule vom 18.10.2004

Mit der Heinrich-von-Stephan-Schule soll eine dritte Schule in Frankfurt am Main mit hohem Anteil an Migrantenkindern geschlossen werden. Das plant zumindest das Schuldezernat der Stadt Frankfurt am Main.

Die KAV wehrt sich entschieden gegen diese Pläne.

Weiterhin sind Migrantenkinder die Hauptleidtragenden der Bildungsmisere. Sie stellen in der Stadt den Großteil der Hauptschüler, der Sonderschüler und der Jugendlichen ohne jeglichen Abschluss.

Eine Schule, die sich besonders um diese sogenannten „Benachteiligten“ kümmert, ist die Heinrich-von-Stephan-Schule in Sachsenhausen. Werden die dort angebotenen Bildungsgänge auf mehrere Schulen in Frankfurt verteilt, geht wertvolles Know-How verloren.

Die KAV hat zu dieser Situation im Februar diesen Jahres eine Anhörung mit Experten durchgeführt. Fazit dieser Anhörung war: Statt sogenannter „Ghetto“-Schulen führt das Verteilen von den oft „unge liebten“ Migrantenkindern zu „Ghettos in den Schulen“. Sie werden überall dort, wo sie nicht gewünscht sind, die unteren Plätze einnehmen.

Dies ist jedoch bei der Heinrich-von-Stephan-Schule und der Elly-Heuss-Knapp-Schule gerade nicht der Fall. Beide Schulen haben im Laufe der Jahre erfolgreiche Konzepte zur Integration entwickelt.

Konzepte, die nun zum Sterben verurteilt sind.

Die KAV appelliert an die Verantwortlichen in der Politik, die beiden Schulen nicht zu schließen und so nicht einer stärkeren Benachteiligung von Migrantenkindern Vorschub zu leisten.

Jahresbericht 2003 der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) ist erschienen

**Pressemitteilung
vom 04.11.2004**

Der Jahresbericht 2003 der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) ist erschienen.

In dem Bericht legt die KAV ihre Aktivitäten und Erfolge des Vorjahres dar, wovon die Verabschiedung einer Antidiskriminierungsrichtlinie durch die Stadt Frankfurt am Main sicher der wichtigste Gewinn für die ausländische Bevölkerung der Stadt ist. Nach mehr als 10 Jahren, in denen sich die KAV immer wieder in verschiedenen Gremien der Stadt dafür eingesetzt hat, wurde - auf einen neuen Antrag der KAV hin - die Richtlinie endlich am 18.09.2003 beschlossen.

Auch die Einführung einer einfacheren und damit verständlicheren Verwaltungssprache bei der Stadtverwaltung Frankfurt hat die Bevölkerung - in diesem Falle nicht nur die ausländische - der KAV zu verdanken.

Wenngleich sich die KAV mit einigen Initiativen gegenüber der Stadtverordnetenversammlung nicht durchsetzen konnte - hier ist besonders die schwache Bildungspolitik der Stadt Frankfurt am Main in Bezug auf die Migrantenkinder gemeint - bilanzieren wir das Jahr 2003 als überaus erfolgreich.

Vieles von dem, was die Ausländervertretung leistet, läßt sich auch nicht in Zahlen und Fakten ausdrücken. Es ist wichtig, dass die nicht deutschen Einwohner unserer Stadt eine Institution haben, die sowohl für sie spricht als auch ihnen zuhört und ihre Anliegen aufgreift. Wie die stark ansteigende Zahl der Kontakte zur KAV beweist, ist uns dies auch gelungen.

Migrantenvereine und mit der KAV in Verbindung stehende Institutionen und Personen erhalten den Jahresbericht automatisch. Er kann aber selbstverständlich von allen Interessenten über die Geschäftsstelle der KAV bestellt werden und wird kostenlos zugesandt.

Pressemitteilung KAV wünscht allen Muslimen ein friedliches Ramadan-Fest
vom 12.11.2004

Zum Abschluss des Fastenmonats Ramadan feiern die gläubigen Muslime ein Fest des Friedens. Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass es in diesen Tagen viele Diskussionen um den Islam oder dessen Angehörige gegeben hat, die teilweise sehr kontrovers geführt wurden. Das Abschlussfest des Ramadan aber ist ein Fest des Verzeihens und der Versöhnung. Wir hoffen, dass sich die Wogen wieder glätten und sowohl Muslime untereinander als auch Muslime und Nicht-Muslime wieder Wege finden, die sie zueinander führen. In diesem Sinne wünscht die KAV allen Muslimen ein schönes Ramadan-Fest.

Pressemitteilung KAV appelliert an die Kommunalpolitiker, sich für die Schülerinnen und Schüler Frankfurts einzusetzen
vom 15.11.2004

Allen Verantwortlichen ist schon lange bekannt: an Frankfurter Schulen lernen ca. 40% Migrantenkinder bzw. Kinder mit Migrationshintergrund und dies geschieht leider noch immer mit meist sehr mäßigem Erfolg. Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung der Stadt Frankfurt (KAV) hat schon mehrfach auf diese nicht länger tolerierbare Situation aufmerksam gemacht, u.a. bei ihrer Anhörung zu Schulkarrieren von Migrantenkindern „Migrantenkinder sind ein Schatz, den es zu heben gilt“ am 17. Mai 2003 im Römer.

Bei der Frage nach den Ursachen wird einstimmig von allen Experten und Fachkräften, u.a. auch von vielen Frankfurter Schulleitern ein zentraler Punkt genannt: die universitäre Vorbereitung der Lehrer vernachlässigt in nicht akzeptabler Weise die sprachliche, nationale, ethnische und kulturelle Heterogenität, die im normalen Alltag jeder Frankfurter Schule einfach nicht zu übersehen ist. Den durchaus engagierten Lehrerinnen und Lehrern soll an dieser Stelle kein Vorwurf gemacht werden, im Gegenteil - es ist zum Teil beachtlich, mit welchem ungenügendem Handwerkszeug sie den oft schwierigen Schulalltag zu bestreiten versuchen. Die Kritik der KAV richtet sich vielmehr an die Adresse der Politik.

Es ist endlich an der Zeit, im 3. Gesetz zur Qualitätssicherung in hessi-

schen Schulen die Lehrerausbildung und Fortbildung den aktuellen Erfordernissen in den Schulen anzupassen, d.h. konkret, „Interkulturelle Kompetenz“ muß als Modul in den Ausbildungskatalog und die Prüfungsordnung der Lehrer aufgenommen werden und ebenfalls als Fortbildungsthema vom künftigen Amt für Lehrerbildung bzw. anderen Trägern angeboten werden. Ebenso müssen schulinterne Weiterbildungsmöglichkeiten durch interkulturelle Projekte und Fortbildungskurse zu interkulturellen Themen selbstverständlich werden und die Teilnahme an diesen Veranstaltungen muß verpflichtend sein. Nur Lehrer, die sich auch selbst während ihrer Ausbildung mit der Wahrnehmung kultureller Differenz, der Bedeutung der eigenen Kultur für die tägliche Wahrnehmung, Zuschreibungen und Bewertungen auseinandergesetzt haben, werden in der Lage sein, Migrantenkinder so zu fördern, dass sie in unserem Bildungssystem ebenso erfolgreich abschneiden wie deutsche Kinder.

Dringend erforderlich ist auch die Fortbildung der Lehrer im Fach „Deutsch als Zweitsprache“, es kann nicht akzeptiert werden, dass dieses Fach in der Ausbildung nur fakultativ angeboten wird. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Marieluise Beck und auch die ehemalige Bundestagspräsidentin Dr. Rita Süßmuth sprechen von einer „Bringschuld“ der Bundesrepublik gegenüber den Migranten. Dies gilt gerade auch im Bildungsbereich. Bildung ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Hier ist ein dringender Perspektivenwechsel dahingehend notwendig, dass das Bildungssystem den aktuellen Erfordernissen, d.h. auch den Erfordernissen der Migrantenkinder anzupassen ist.

Der KAV Frankfurt liegt bereits seit 22.Juli 2004 eine schriftliche Zusage des Hessischen Kultusministeriums vor, dass „Interkulturelle Kompetenz“ Inhalt der Lehrerausbildung/ Fortbildung werden soll. Wir fragen: wann wird dies in die Tat umgesetzt? Im Gesetzentwurf des 3. Gesetzes zur Qualitätssicherung in hessischen Schulen (aktuelle Fassung vom 8.6.2004) fehlt es nach wie vor.

In einem aktuellen Antrag wird die KAV nun auch die Stadtverordnetenversammlung auffordern, sich für eine Änderung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes einzusetzen.

Pressemitteilung Herder-Schüler werden wieder im Stich gelassen
vom 23.11.2004

Nach dem Festhalten der Stadt Frankfurt am Main und des Staatlichen Schulamtes an der Auflösung des Herder-Gymnasiums werden dessen Schülerinnen und Schüler jetzt schon wieder im Stich gelassen.

Das Staatliche Schulamt sieht eine jahrgangswise Auflösung vor, aber dies führt zu einem Desaster: Immer mehr Schülerinnen und Schüler melden sich mittlerweile auf andere Gymnasien um, damit sie einen sicheren Schulplatz bekommen. Übrig bleiben Restklassen - und diese sind noch dazu meist mit Migrantenkindern besetzt, die keine andere Schule haben möchte. Der Schulelternbeirat befürchtet sogar, dass diese Kinder letztendlich kein Abitur mehr machen können.

Durch diese Unsicherheit ist die Motivation bei SchülerInnen und LehrerInnen mittlerweile fast auf „0“ gesunken. Die meisten Projekte und Maßnahmen der Schule stehen still, Klassenfahrten finden nicht mehr statt, die Qualität des Unterrichts nimmt ab.

Angesichts dieser beschämenden Situation fordert die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung, dass der Plan einer jahrgangswisen Auflösung gestoppt wird und das Staatliche Schulamt für alle Schülerinnen und Schüler eine komplette Übernahme auf eine andere Schule (z.B. die Helmholtzschule) durchführt. Nur so können die Gymnasiasten mit Sicherheit auch ihr Abitur machen.

Pressemitteilung KAV: Integration ist eine zweiseitige Sache
vom 26.11.2004

Nachdem nun auch ein Brandanschlag auf eine Moschee im deutschen Sinsheim - einer Stadt, die sich selbst als ausländerfreundlich sieht - stattgefunden hat, wird die Debatte um eine eventuell verfehlte Integrationspolitik lauter.

Die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) sieht die Integrationsmaßnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden nicht als gescheitert oder gar als schon im Ansatz falsch an. Wir sind jedoch der Meinung, dass sie in all den Jahren immer wieder nur die Ausländer im Fokus hatte. Es war der Ausländer, der Hilfe brauchte, es war der Ausländer, der sich zu integrieren hatte, er war das Ziel fast aller Integrationsmaßnahmen. Dabei wurde oft völlig übersehen, dass auch die Aufnahmegesellschaft ihren Beitrag zur Integration leisten

muss, dass auch sie lernen muss, mit den Fremden zu leben.

Für uns Ausländer kommen solche Aktionen nicht völlig unerwartet. Denn auch diejenigen unter uns, die sehr gut Deutsch sprechen, die über Beruf und Freizeit, über Freunde und Vereine und sogar über die deutsche Staatsbürgerschaft völlig integriert sind, haben latente Fremdenfeindlichkeit immer wieder zu spüren bekommen. Nicht umsonst hat die KAV den Erlass einer Antidiskriminierungsrichtlinie mit langem Atem vorangetrieben.

Ausländer und Deutsche sollten über eine Veränderung der Integrationsmaßnahmen nachdenken, der Deutsche sollte nicht länger der sein, der den Rat gibt und der Ausländer der, der ihn braucht. Auch die umgekehrte Vorstellung ist mittlerweile nicht nur denkbar, sondern sogar unbedingt notwendig, damit wir in ein paar Jahren von einer wirklich gelungenen Integration sprechen können. Denn es ist nicht mehr eine Frage ob, sondern nur noch wie wir in Zukunft zusammen leben.

**Ortsbeirat 1 beschließt auf einen KAV-Antrag hin:
Der Blittersdorffplatz im Bahnhofsviertel wird
in François-Mitterrand-Platz umbenannt**

**Pressemitteilung
vom 14.12.2004**

Eine Anregung der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung der Stadt Frankfurt am Main (KAV) vom 29.05.2004 hat sie auf den Weg gebracht: die Umbenennung des Blittersdorffplatzes im Bahnhofsviertel in François-Mitterrand-Platz.

Der Ortsbeirat 1 hat dies - gemäß Stadtrecht - in eigener Hoheit nun beschlossen.

In Würdigung seiner überragenden Verdienste für die Stadt, verlieh die Stadt Frankfurt am Main Mitterrand bereits im Jahre 1986 die Ehrenbürgerrechte, eine Auszeichnung, die Frankfurt nur selten vergibt. Der französische Staatspräsident hat sich vor allem um die Einigung Europas und die deutsch-französische Freundschaft große Verdienste erworben. Zusammen mit Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl hat er maßgeblich die europäische Geschichte mitgestaltet.

VII Die Veranstaltungen der KAV 2004

7. Februar 2004 Podiumsdiskussion: **„Warum trifft es immer nur Schulen mit hohem Anteil von Migrantenkindern?“**

Die beiden beruflichen Schulen Elly-Heuss-Knapp- und Heinrich-von-Stephan-Schule sowie die Herderschule, ein Gymnasium, standen am Anfang des Jahres 2004 kurz vor ihrem Ende. Jahrelange Bemühungen um ihren Erhalt und wichtige an den beruflichen Schulen gebündelte Benachteiligtenkonzepte trafen weder beim Staatlichen Schulamt noch bei den Politikern der großen Frankfurter Parteien auf Gehör. Lediglich der Herderschule stellte das Staatliche Schulamt ein Ultimatum: 50 Neu-Anmeldungen bis zum Frühjahr könnten die Schließung verhindern.

Vor diesem Hintergrund lud die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung am 7. Februar Herrn Hans-Rolf Eifert, den Leiter des Staatlichen Schulamtes, Frau Prof. Dr. Ingrid Haller und Herrn Dr. Cengiz Deniz zu einer Podiumsdiskussion ein. Es moderierte Frau Ulrike Holler vom Hessischen Rundfunk.

Diskutiert werden sollte über die Frage: „Sind Schulen mit einem hohen Anteil von Migrantenkindern nützlich oder hinderlich?“ Die Gäste kamen zu dem Ergebnis, dass obwohl die meisten Gründe für eine Verteilung von Migrantenkindern sprechen, in speziellen Fällen eine Bündelung von Know-How wichtig und notwendig sei.

Im Anschluss an die Diskussion forderten sowohl Schüler- als auch Elternvertreter aller drei Schulen den Leiter des Staatlichen Schulamtes auf, seine Entscheidungen noch einmal zu überdenken.

15. Mai 2004 **Sossenheimer Gesundheitsfest**

Die Idee war auf der Sossenheimer Gesundheitskonferenz im Jahr 2002 entstanden, an der auch die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung teilgenommen hat: ein Gesundheitsfest in Sossenheim. Am 15. Mai 2004 wurde es dann auf dem Sossenheimer Kirchberg realisiert.

Unter dem Motto „Sich gut fühlen in Sossenheim“ gaben verschiedene Vereine, soziale Einrichtungen und Ärzte an 33 Ständen Informationen zur Gesundheit. Die KAV nutzte die Gelegenheit, um die ausländischen Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema zu informieren und informierte u.a. über die Gesundheitsberatung für afrikanische Frauen, Männer und Familien, Drogensprechstunden in Moscheen, den Gesundheitswegweiser für Migrantinnen und Migranten und andere Angebote.

Das Fest wurde von über 600 Menschen besucht.

Kandidaten für das Europa-Parlament zum Thema „Kommunalwahlrecht für alle Ausländer“

24. Mai 2004

Im Juni 2004 fanden in der Europäischen Union die Wahlen zum Europa-Parlament statt. Es waren für die Einwohner von 10 neuen Beitrittsländern die ersten Europawahlen. Diese Unionsbürger haben selbstverständlich auch das Kommunalwahlrecht.

Wie aber steht es mit den Migranten, die teilweise schon seit über 40 Jahren in Deutschland eine Heimat gefunden haben, und diejenigen, die sogar hier geboren, aber keine EU-Bürger sind?

Zu den Fragen „Kommunalwahlrecht für alle Ausländer? Was ist möglich? Was ist nötig?“ lud die KAV die Kandidaten für das Europa-Parlament der großen Parteien in ihre Plenarsitzung ein. Die Gäste waren:



Foto: Ustleber

Prof. Dr. Daniela Birkenfeld (CDU), Ozan Ceyhun (SPD), Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Wolf Klinz (FDP) und Dr. Eberhard Dähne (PDS).

Kandidaten für das Europaparlament

Auch wenn die Statements der Parteivertreter kaum von der grundsätzlichen Haltung der jeweiligen Partei abwichen, ergab sich doch aus ihren Inhalten noch ein großer Diskussionsbedarf.

Die KAV hält nach wie vor an ihrer Forderung nach dem Kommunalwahlrecht für alle länger in Deutschland bleibenden Ausländer fest.

26. Juni 2004 **Parade der Kulturen**

„Zeigt Frankfurt in allen Farben“ war das Motto der zweiten Parade der Kulturen in unserer Stadt. Über 40.000 Besucherinnen und Besucher und 2000 Akteure sorgten für eine multikulturelle Unterhaltung und trugen dazu bei, dass die Kulturen, die über ihre Menschen in Frankfurt zu Hause sind, positiv dargestellt wurden und sich näher kamen. Grund genug für die KAV, diesmal nicht nur dabei zu sein, sondern Mitveranstalter dieser beispielhaften Veranstaltung zu werden. Als Partner des Organisers, des Frankfurter Jugendringes, trat die KAV

im Jahre 2004 deutlicher als im Vorjahr ins Rampenlicht. Durch einen Stand zusammen mit der agah, der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, waren wir ständig präsent. Für die KAV hat die Parade auch einen Symbol-Charakter: Menschen verschiedener Kulturen gehen einen gemeinsamen Weg! Und zwar in ihrer Heimatstadt, in Frankfurt. Wie etwa der „Notting Hill Carnival“ in



Foto: Lunapark64

Parade der Kulturen

London, ist es unser Wunsch, dass die Parade der Kulturen zu einer permanenten Frankfurter Veranstaltung wird - und gegen eine Vergrößerung und Bereicherung gibt es ebenfalls keine Einwände. Es gilt, die Schätze und Reichtümer, die Frankfurt zu bieten hat, auch zu zeigen.

2. Oktober 2004 **Treffen mit den Vereinen**

Am 02. Oktober 2004 fand das diesjährige Vereinstreffen in der ehemaligen Gnadenkirche statt. Der Vorsitzende der KAV, Herr Hüseyin Sitki informierte die Gäste mit seiner Rede über die Erfolge der KAV im Bereich der Förderung der Migrantenkinder in Bezug auf Schulbildung.

Unter den ca. 70 Gästen waren u.a. der Fraktionsvorsitzende Herr

Heiner Halberstadt (PDS) und vom Kultur- und Freizeitausschuss Herr Jochem Heumann (CDU). Sie hielten einzeln eine kurze Rede. Anschließend sorgten die Gipsy Latinos für mexikanische Rhythmen. In netter Atmosphäre wurde getrunken, gegessen und getanzt. Herr Mekonnen von „Integra TV“ sorgte dafür, dass dieser Abend gefilmt und ein paar Tage später im Offenen Kanal gesendet wurde.



Foto: Chabba

Vereinstreffen

Wir leisten einen Eid ab!

18. Dezember
2004

Der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber äußerte nach den Vorkommnissen in den Niederlanden und der in Deutschland neu aufgeflamnten Integrationsdebatte, dass alle Ausländerinnen und Ausländer, die eingebürgert werden wollen, einen Eid auf das Grundgesetz leisten sollten.

Das Türkische Volkshaus veranstaltete unter der Mitwirkung von Atilla Yergök und der Zusammenarbeit mit der KAV dazu eine Aktion in der Leipziger Straße in Bockenheim. Die gewünschten und bestellten 200 Exemplare des Grundgesetzes wurden zwar von der Bundesregierung nicht geliefert, aber Passanten konnten trotzdem einen symbolischen Eid auf die Verfassung der Bundesrepublik leisten. Broschüren wurden verteilt und von der Möglichkeit der Diskussion und Meinungsäußerung wurde angeregt Gebrauch gemacht.



Fotos: Kazim Doğan



Gäste in den Plenarsitzungen 2004:

Im Jahr 2004 haben wir uns besonders bemüht, zu jeder unserer Plenarsitzungen einen besonderen Gast einzuladen. Wir möchten uns an dieser Stelle bei all diesen Gästen für ihr Kommen herzlich bedanken.

Herr Frank Goldberg

Der Leiter der Geschäftsstelle des Präventionsrates der Stadt Frankfurt stellte in der Sitzung vom 12. Januar 2004 das Projekt „Gewalt sehen helfen“ vor.

Stadtrat Dr. Nordhoff und Herr von Wolzogen

In der Sitzung vom 9. Februar 2004 stellten Stadtrat Dr. Nordhoff (Dezernat Kultur und Freizeit) und Herr von Wolzogen vom Historischen Museum das Konzept der neuen Migrationsausstellung im Historischen Museum vor.

Frau Helga Shahibi

In der gleichen Sitzung hielt Frau Helga Shahibi vom Verein Lehrerkooperative Bildung und Kommunikation e.V. einen Vortrag über das Problem „Analphabetismus“, die Situation in Frankfurt und über Maßnahmen zur Bekämpfung.

Frau Dr. Annette Kühnel

Zum Begriff „Interkulturelle Kompetenz“ hielt Frau Dr. Annette Kühnel (Pädagogin, Ethnologin und Politikwissenschaftlerin) in unserer Sitzung am 8. März ein Referat. Die KAV hatte den Antrag gestellt, die Stadt solle sich einheitlich für eine einzige Definition des Begriffes entscheiden und diese dann auch konsequent anwenden.

Frau Helga Nagel

In der gleichen Sitzung gab Frau Helga Nagel, Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten einen Überblick über die Situation der älteren Migrantinnen und Migranten in der Stadt.

Frau Oberbürgermeisterin Petra Roth

Die Oberbürgermeisterin unserer Stadt hielt am 30. August eine Rede zur Situation der Deutschen Städte. Eine Delegation des Präsidiums der KAV hatte sie im Frühjahr besucht und hatte dabei Frau Roth zu einer Plenarsitzung eingeladen.

Ibrahim Esen

In Vertretung des Vorsitzenden Ercan stellte Herr Esen (auch KAV-Mitglied) das Türkische Volkshaus, einer der ältesten Migrantenvereine der Stadt Frankfurt am Main, in der Sitzung vom 27. September vor.



OB Roth

Michael König und Franjo Akmadza

Als nächste Migrantenvereine wurden in der Sitzung vom 1. November die Kroatisch-Europäische Kulturgesellschaft durch ihren Vorsitzenden, Herrn König, und die Kroatische Gemeinde durch den Vorsitzenden und KAV-Mitglied Franjo Akmadza vorgestellt.

Herr Ingo Staymann

Der Leiter des Jugend- und Sozialamtes, Herr Staymann, hielt in der Sitzung vom 30. November einen Vortrag zur sozialen Lage der Stadt und ging dabei besonders auf die für Ausländer wichtigen Punkte ein.

Details zu den einzelnen Vorträgen können Sie im Kapitel „Die Sitzungen 2004“ den einzelnen Protokoll-Auszügen entnehmen. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir das umfangreiche Referat von Frau Dr. Kühnel an dieser Stelle nicht wiedergeben können.

VIII

Ausländische Bevölkerung in Frankfurt am Main nach Zahlen

Einwohnerstand am 31.12.2004:

	31.12.2003	31.12.2004	Veränderung
Insgesamt	623 350	625 206	+ 1856
Darunter Ausländer	169 022	165 600	- 3422

Prozentuale Ausländerquote: 26,5

Einwohner mit Hauptwohnung in Frankfurt am Main am 31.12.2004 nach Kontinenten und ausgewählten Staatsangehörigkeiten:

Staatsangehörigkeit	Anzahl	
	absolut	in %
Europa	122 551	74
davon		
EU-Staaten zusammen	51 158	30,9
darunter		
Belgien	370	0,2
Dänemark	232	0,1
Finnland	437	0,3
Frankreich	3 354	2
Griechenland	7 039	4,3
Großbritannien	2 694	1,6
Irland	459	0,3
Italien	14 494	8,8
Litauen	578	0,3
Luxemburg	106	0,1
Niederlande	1 013	0,6
Österreich	2 666	1,6
Polen	5 880	3,6
Portugal	3 731	2,3
Schweden	474	0,3

Staatsangehörigkeit	Anzahl	
	absolut	in %
Slowakei	488	0,3
Slowenien	579	0,3
Spanien	4 970	3
Tschechien	595	0,4
Ungarn	708	0,4
übriges Europa zusammen	71 393	43,1
darunter		
Albanien	128	0,1
Bosnien und Herzegowina	5 349	3,2
Bulgarien	1 091	0,7
Kroatien	12 408	7,5
Mazedonien	1 325	0,8
Rumänien	1 622	1
Russische Föderation	2 203	1,3
Schweiz	608	0,4
Serbien und Montenegro	12 437	7,5
Türkei	31 690	19,1
Ukraine	1 821	1,1
Amerika	6 683	4
darunter		
Argentinien	166	0,1
Brasilien	702	0,4
Chile	196	0,1
Dominikanische Republik	228	0,1
Kanada	353	0,2
Kolumbien	809	0,5
Kuba	138	0,1
Mexiko	134	0,1
noch Amerika		
Peru	277	0,2
USA	3 292	2

Staatsangehörigkeit	Anzahl	
	absolut	in %
Afrika	13 176	8
darunter		
Ägypten	529	0,3
Algerien	426	0,3
Angola	120	0,1
Äthiopien	1 052	0,6
Eritrea	1 025	0,6
Ghana	571	0,3
Kamerun	410	0,2
Marokko	6 792	4,1
Nigeria	234	0,1
Sudan	131	0,1
Togo	100	0,1
Tunesien	605	0,4
Asien	21 484	13
darunter		
Afghanistan	2 683	1,6
Bangladesch	483	0,3
China (Volksrepublik)	1 810	1,1
Georgien	270	0,2
Indien	2 581	1,6
Indonesien	362	0,2
Irak	310	0,2
Iran	2 220	1,3
Israel	591	0,4
Japan	2 371	1,4
Jordanien	268	0,2
Kasachstan	229	0,1
Korea, Republik	771	0,5
Libanon	109	0,1
Malaysia	110	0,1

Staatsangehörigkeit	Anzahl	
	absolut	in %
Myanmar	104	0,1
Nepal	147	0,1
Pakistan	1 565	0,9
Sri Lanka	868	0,5
Syrien	160	0,1
Taiwan	181	0,1
Thailand	1 173	0,7
Vietnam	633	0,4
Australien und Ozeanien	360	0,2
darunter		
Australien	294	0,2
Staatenlos	837	0,5
Ungeklärt und ohne Angabe	509	0,3
Ausländerinnen und Ausländer zusammen	165 600	100
Einwohnerinnen und Einwohner insgesamt	625 206	x

(Quelle: Melderegister Frankfurt am Main)

IX Sitzungstermine 2005

Montag, 10.01.2005

Montag, 07.02.2005

Dienstag, 01.03.2005

Montag, 18.04.2005

Montag, 30.05.2005

Montag, 27.06.2005

Montag, 05.09.2005

Dienstag, 27.09.2005

Montag, 31.10.2005

Montag, 28.11.2005

Die Plenarsitzungen finden im Plenarsaal des Römers,
Römerberg 23, um 18:00 Uhr statt und sind öffentlich.

Ausländerbeiratswahl in Hessen

**Am 27. November 2005
können Sie wählen!**



**Hier leben,
hier wählen!**

Mitreden

Mitentscheiden

Wählen

www.auslaenderbeiratswahl.de



**Ihre Interessensvertretung
in Frankfurt am Main**